

LAND
mit
Zukunft

2.Aussendung

Landesdelegiertenkonferenz
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen

22./23. März 2025
Congress Union Celle,
Thaerplatz 1

LDK Celle 22./23. März 2025

Ablauf / Vorläufige Tagesordnung

Samstag, 22.03.2025

13.00 Uhr Neudelegiertentreffen

13.00 Uhr Ausgabe der Delegiertenkarten

13.30 Uhr Einlass in den Saal

14.00 Uhr **Beginn der LDK**

TOP 0 Formalia

TOP 1 Generaldebatte zum Ergebnis der Bundestagswahl

TOP 2 Grüne Halbzeitbilanz zur Landesregierung

TOP 3 Rechenschaftsbericht und Entlastung des Landesvorstands

TOP 4 Wahl des Landesvorstands

TOP 5 Grüne Politik für Ländliche Räume

Ende ca. 19.30 Uhr

Sonntag, 23.03.2025

09.30 Uhr Fortsetzung der LDK

TOP 6 Satzungsänderungen

TOP 7 Wahl des Parteirats

TOP 8 Weitere Wahlen
- Bundesfinanzrat
- Länderrat
- Landesschiedsgericht
- Rechnungsprüfung

TOP 9 Weitere Anträge

ca. 14.30 Uhr voraussichtliches Ende der LDK

LDK Celle 22./23. März 2025

(Die Reihenfolge und Anzahl der Tagesordnungspunkte ist noch nicht endgültig! Auch können sich die Anfangs- und Endzeiten noch ändern. Bitte achtet auf die aktualisierten Tagesordnungen in den Aussendungen und der Tischvorlage.)

Vorläufige Tagesordnungspunkte	Nr.	Antrag/Änderungsantrag Bewerbung	Antragssteller*in Bewerber*in	2.A. Seite
TOP 1 Generaldebatte zum Ergebnis der Bundestagswahl				
Top 2 Grüne Halbzeitbilanz zur Landesregierung				
TOP 3 Rechenschaftsbericht und Entlastung des Landesvorstands				
TOP 4 Wahl des Landesvorstands 2 Vorsitzende, 1 Schatzmeister*in, 3 Beisitzer*innen	<i>Lavo1</i>	<i>Landesvorsitzende/ Frauenplatz</i>	<i>Greta Garlichs KV Hannover</i>	<i>1. A. S.1</i>
	<i>Lavo2</i>	<i>Landesvorsitz/offener Platz</i>	<i>Maximilian Strautmann KV Osnabrück-Stadt</i>	<i>1. A. S.4</i>
	Lavo3	Landesvorsitz/offener Platz	Joachim Fuchs KV Stade	1
	Lavo4	Landesvorsitz/offener Platz	Alex von Fintel KV Wilhelmshaven	4
	Lavo5	Landesvorsitzende/ Frauenpaltz	Cornelia Kuck KV Ammerland	7
	<i>LSM1</i>	<i>Landesschatzmeister</i>	<i>Heiko Sachtleben KV Peine</i>	<i>1.A. S.7</i>
	LSM2	Landesschatzmeister	Malte Lindenmeyer KV Osnabrück-Stadt	10
	<i>B1</i>	<i>Beisitzer</i>	<i>Dirk-Claas Ulrich KV Göttingen</i>	<i>1.A. S.11</i>
	<i>B2</i>	<i>Beisitzerin</i>	<i>Mira Fels KV Hannover</i>	<i>1.A. S.14</i>
	<i>B3</i>	<i>Beisitzerin</i>	<i>Ann-Sophie Wiek KV Nienburg</i>	<i>1.A. S.16</i>
	B4	Beisitzer	Mesut Ercik KV Osterholz	13
B5	Beisitzer	Hanno Himmel KV Lüchow-Dannenberg	16	
TOP 5 Grüne Politik für Ländliche Räume	A1	<i>Lebensqualität vor Ort: grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume</i>	<i>Landesvorstand</i>	<i>1.A.S. 19</i>

	Ä1	Zeile 337-339 Zeile 357-359	LAG Sport	20
TOP 6 Satzungsänderungen	Satz 1	<i>Stärkung der Antragsberechtigung von Parteigremien</i>	<i>Felix Bach KV Braunschweig</i>	1.A S.27
	Satz 2	<i>§ 25 Absatz 1 Landessatzung</i>	<i>Landesvorstand</i>	1.A.S. 29
	Satz 3	<i>Satzungsänderungen Diversitätsrat</i>	<i>Landesvorstand</i>	1.A.S. 30
TOP 7 Wahl des Parteirats	P1		<i>Claudia Wilke KV Peine</i>	1.A. S.31
	P2		<i>Mathis Weselmann KV Hannover</i>	1.A.S. 33
	P3		<i>María Máñez KV Harburg-Land</i>	1.A.S. 35
	P4		<i>Lisa-Marie Jalyschko KV Braunschweig</i>	1.A.S. 37
	P5		<i>Nico Söhnel KV Wolfenbüttel</i>	1.A. S.39
	P6		<i>Mogdeh Töbelmann KV Diepholz</i>	1.A. 42
	P7		<i>Lena Krause KV Wolfenbüttel</i>	1.A.S. 44
	P8		<i>Luca Theresa Wirkus KV Osnabrück-Stadt</i>	1.A. S.47
	P9		<i>Sven Giegold KV Verden</i>	21.
	P10		<i>Christina-Johanne Schröder KV Wesermarsch</i>	22
	P11		<i>Marcel Richter KV Braunschweig</i>	24
	P12		<i>Karo Otte MdB KV Northeim</i>	26
	P13		<i>Nadja Allmers-Plump KV Delmenhorst</i>	28
	P14		<i>Michael Lühmann MdL KV Göttingen</i>	30
	P15		<i>Swantje Michaelsen MdB KV Hannover</i>	32

TOP 7 Wahl des Parteirats			Deltlev Schulz-Hendel MdL KV Lüneburg	34
	P17		Lino Klevesath KV Göttingen	36
	P18		Simon Gast KV Osnabrück-Land	39
	P19		Mareen Guth KV Osnabrück-Land	41
	P20		Lennart Quiring KV Verden	43
	P21		Anne Kura MdL KV Osnabrück-Stadt	45
	P22		Angela Sanchez KV Harburg-Land	47
TOP 8 Weitere Wahlen				
Bundesfinanzrat (2 Delegierte, davon 1 Mitglied des Landesvorstands und ein sachverständiges Mitglied, je eine Stellvertretung)	BuFiRat 1		Andreas Hoffmann KV Braunschweig	49
Länderrat 6 Mitglieder, davon 1 aus dem Landesvorstand und 1 aus der Landtagsfraktion, sowie Stellvertreter*innen)	LR1		<i>Christopher Jesse</i> <i>KV Cuxhaven</i>	<i>1.A.S. 49</i>
	LR2		<i>Shalini Antonia Welch</i>	<i>1.A.S. 51</i>
	LR3		Juli Klippert KV Hannover	51
	LR4		Detlev Schulz-Hendel MdL KV Lüneburg	53
	LR5		Pia Lucienne Bänecke KV Harburg-Land	54
	LR6		Karina Sinn KV Vechta	55
	LR7		Anne Kura MdL KV Osnabrück-Stadt	57
	LR8		Lena Gumnior MdB KV Verden	59
Landesschiedsgericht	LSG1		Thomas Rackow KV Stade	60

Vorsitzende*r, stv. Vorsitzende*r; 4 Beisitzer*innen	LSG2	Vorsitz	Thomas Klein KV Osnabrück-Stadt	61
	LSG3	Stv. Vorsitzende	Mareike Morgenstern	62
Rechnungsprüfung	RP1		Christian Björn Schmutte KV Vechta	63
TOP 9 Weitere Anträge	WA1	Humusaufbau zur Co2- Reduzierung	KV Diepholz	65
	WA2	Tourismusland Niedersachsen stärken- prädikatisierte Kommunen nachhaltig unterstützen Antragsteller*	KV Wesermarsch	67
	wA3	Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im (Vereins-)Sport	LAG Sport	68
	wA4	Qualzucht-Kommission für Heimtiere gründen	LAG Tierschutzpolitik	71
	wA5	Beitragsfinanzierung ÖPNV	LAG Mobilität & Verkehr	73
	wA6	Die Sanierung des Westschnellwegs Hannover zur Blaupause für Partizipation und integrierte Verkehrsplanung machen	LAG MoVe	75
	wA7	Koalitionsvertrag im Bereich Kultur weiter umsetzen	LAG Kultur	77
	WA8	Verbesserung der Rechte und Einbringungschancen von Studierenden in Niedersachsen	Grüne Jugend Niedersachsen	79
	WA9	Sondervermögen sinnvoll einsetzen: Verkehrswende, Bildung, Gesundheit, Soziale Teilhabe und Klimaschutz statt Autobahn- und Straßenneubau	Leonhard Pröttel u.a. KV Wolfenbüttel	81
	wA10	A 39 stoppen!	Julia Verlinden MdB, u.a. KV Lüneburg	83

Lavo3 Joachim Fuchs

Tagesordnungspunkt: 4.1. Landesvorsitzende*r

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

unsere Partei steht vor entscheidenden Herausforderungen und gleichzeitig großen Chancen. Wir haben bei der Bundestagswahl das zweitbeste Ergebnis unserer Parteigeschichte erreicht und sind trotzdem nicht zufrieden. Und das nicht nur, weil wir einen höheren Anspruch haben und mitgestalten wollen, sondern vor allem, weil wir wissen: Es braucht starke Grüne, um eine Politik zu machen, die die Herausforderungen von heute mit zukunftsgerichteten Lösungen angeht und die Lösungen nicht in der Vergangenheit sucht.

Ich kandidiere für den Landesvorsitz, weil ich davon überzeugt bin, dass wir als Partei eine klare Richtung brauchen: eine starke, professionelle und zukunftsorientierte Organisation, die nah an den Menschen in Stadt und Land bleibt.

Wir kennen die Aufgaben der Zukunft

Die Klimakrise hat Einfluss auf sämtliche Lebensbereiche und Politikfelder und ist – auch wenn das in den letzten Monaten viel zu sehr unter den Tisch gefallen ist – die Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht unsere Lebensgrundlage, unsere Sicherheit – innen, wie außen –, unsere Gesundheit und auch unseren Wohlstand.

Wir in Niedersachsen sind davon gleich mehrfach berührt. Durch unsere Küsten stehen wir vor besonderen Herausforderungen, was die Klimafolgenanpassung betrifft. Die Menschen und die Natur hier nachhaltig zu schützen, wird uns in den nächsten Jahrzehnten massiv herausfordern. Gleichzeitig sind wir das zentrale Bundesland, was die Energiewende angeht. Wir müssen den Weg weiter gehen, dass Niedersachsen bundesweit Vorreiter bei Windkraft, Solarenergie und Wasserstofftechnologien ist und bleibt.

Klimaschutz darf keine soziale Frage werden, bei der nur diejenigen profitieren, die es sich leisten können. Menschen mit großen Vermögen müssen stärker zur Finanzierung beitragen. Eine gerechte Steuerpolitik ist dafür essenziell.

Bildung entscheidet über Lebenschancen. Trotz der schwierigen Haushaltslage haben wir es in Niedersachsen geschafft, so viel Geld in Bildung zu stecken, wie noch nie. Nun gilt es, diesen Kurs fortzusetzen und Niedersachsen zu einem Vorreiter für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu machen.

Die jüngsten Entwicklungen in der Welt zeigen aber auch einmal mehr, dass echte Bildung nicht nur bedeutet, fachliche Inhalte und Kompetenzen für die nächsten Klausuren und Prüfungen zu verinnerlichen, sondern insbesondere der politischen und historischen Bildung eine enorme Bedeutung zu kommen wird. Historische, gesellschaftliche und globale Zusammenhänge müssen zusammen gedacht und analysiert werden und junge Menschen müssen wir befähigen, kritisch zu hinterfragen und echte Zukunftslösungen zu entwickeln.

Unsere Partei wächst



Geburtsdatum:
30.04.1992

Kreisverband:
Stade

E-Mail:
j.fuchs@gruene-stade.de

Wir sind in den letzten Jahren stark gewachsen – und mit uns auch unsere Verantwortung, diese Dynamik in konstruktive Bahnen zu lenken. Viele Neumitglieder bringen wertvolle berufliche und gesellschaftliche Erfahrungen mit. Ihre Kompetenzen müssen systematisch in unsere Parteiarbeit integriert werden, damit wir als Partei weiter wachsen und innovativ bleiben.

Unsere Partei lebt vom Engagement ihrer Mitglieder. Ein zentraler Baustein für unseren Erfolg ist eine mitgliedernahe Parteistruktur, die alle einbindet und Partizipation erleichtert. Dafür braucht es gezielte Programme und Austauschformate zwischen neuen und erfahrenen Mitgliedern genauso, wie zwischen der Parteibasis und Amts- und Mandatsträger:innen.

Für eine starke Zukunft: Professionalisierung vorantreiben

Durch meine Arbeit in einem Kreisvorstand in einem ländlich geprägten Gebiet weiß ich um die starke Rolle einer Landespartei. Kreisverbände leisten die Kärnerarbeit. Diese vielen, neuen und erfahrenen Mitglieder gilt es nachhaltig zu stärken. Die kommunale Ebene ist das Fundament unserer politischen Arbeit. Hier entscheiden sich Wahlergebnisse, hier setzen wir unsere politischen Ideen konkret um. Daher müssen wir die Vernetzung zwischen Landes- und Kommunalpolitik verbessern und unsere Strukturen so ausrichten, dass lokale Themen gehört und gestärkt werden. Wir müssen grüne Politik noch besser in ländlichen Regionen sichtbar und verständlich machen. Der Landesverband muss die Kreisverbände aktiv dabei unterstützen, ihre Themen in die Öffentlichkeit zu bringen. Gezielte Schulungen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit können hier genauso hilfreich sein, wie der Aufbau und die Koordination eines „Best Practice“-Netzwerks, um erfolgreiche Strategien zwischen Kreisverbänden systematisch zu teilen und übertragbar zu machen.

Insbesondere im anstehenden Kommunalwahlkampf kann der Landesvorstand hier durch Vernetzung und Koordination die Kreis- und Ortsverbände gezielt unterstützen und entlasten.

Viele Kreisverbände haben sich mittlerweile auch durch die Unterstützung des Landesverbandes auf den Weg gemacht, hauptamtliche Kreisgeschäftsführungen anzustellen. Angesichts der zahlreichen neuen Mitglieder, kommt auf sie eine noch größere Aufgabe zu. Wir müssen als Landesverband deshalb noch mehr in die Förderung von Kreisgeschäftsführungen investieren, um uns weiter zu professionalisieren.

Unsere Ziele sind mein Weg

Ich bin bei Bündnis 90/Die Grünen eingetreten, ich engagiere mich seither auch aktiv, weil «Verantwortung übernehmen» und «Farbe bekennen» für mich nicht nur Redewendungen sind, sondern handlungsleitend. Ich möchte aktiv gestalten und traue mir zu, unseren Landesverband gemeinsam mit Euch voranzubringen. In meiner bisherigen beruflichen und politischen Arbeit habe ich stets darauf geachtet, aktiv den Zusammenhalt zu stärken und Brücken zwischen vielfältigen Perspektiven zu bauen. Dafür bringe ich Besonnenheit und Kooperationsbereitschaft, aber auch die nötige Klarheit und genügend Kritikfähigkeit mit. Das biete ich Euch für die nächsten zwei Jahre an.

Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten die Veränderungen der nächsten Jahre gemeinsam als Partei zu gestalten und bitte Euch um Euer Vertrauen, diesen Weg mit Euch gehen zu dürfen.

Lasst uns Niedersachsen grün, stark und gerecht gestalten!

Euer Joachim

Über mich

- Jahrgang 1992
- Lehrer für Geschichte und Mathe
- Vater eines Kindes
- seit 2021 im Kreisvorstand Stade
- Mitglied im Koordinationsteam Regionalkonferenz Elbe-Weser
- Bundestagskandidat für den Wahlkreis 30 (Stade-Rotenburg) 2025, Listenplatz 16
- Bergsportler, Segler und Musiker

Lavo4 Alex von Fintel

Antragsteller*in: Alexander von Fintel (KV Wilhelmshaven)

Tagesordnungspunkt: 4.1. Landesvorsitzende*r

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde

„Mögest du in interessanten Zeiten leben“ soll ein alter chinesischer Fluch sein. Die Zeiten, in denen wir leben, sind leider mehr als nur interessant – sie sind chaotisch und bedrohlich.

Populistische und fremdenfeindliche Antworten von rechts lassen sich leicht formulieren und leider auch gut verkaufen, selbst wenn sie keine Probleme lösen können. Als Grüne stehen wir vor der Herausforderung, eigentlich selbstverständliche Dinge wie unsere Abhängigkeit von der Natur neu erklären zu müssen.

Zum Glück sind wir mehr denn je zuvor. Die Aufgabe unseres Landesverbandes für die nächsten Jahre lautet, 15.000 Mitglieder so einzubinden, dass wir basisdemokratisch bleiben. Ob die Strukturen, die für 9.000 Mitglieder gut waren, auch zu 15.000 noch passen, ist eine Frage, die wir uns stellen müssen.

Die Aufgabe des Landesvorstandes wird sein, unsere immer größer und vielfältiger werdende Partei bis zu den Kommunalwahlen zusammenzuführen, damit wir gemeinsam eine klare Botschaft unüberhörbar durch ganz Niedersachsen rufen: „Eine hoffnungsvolle Zukunft gibt es nur mit Grün!“

Erfahren

Ich bin seit 1991 Mitglied einer Grünen Partei – zuerst der britischen Green Party, dann seit 2001 von Bündnis 90/Die Grünen.

Wegen meines Umzugs nach Deutschland und meiner Ehe habe ich beruflich viele Stationen hinter mir. Ich wechselte von einer großen Werbeagentur in London zu einer Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung in Hamburg.

Ich bin jetzt seit sieben Jahren Lehrer an einer Oberschule in Wilhelmshaven. Ich habe außerdem als Übersetzer und sogar als Stand-up-Komiker Geld verdient. Während meiner Selbstständigkeit war ich Mitglied der Vollversammlung der Oldenburgischen IHK. Als Fundraiser für Entwicklungsprojekte habe ich Projekte in Uganda, Ghana und Togo besucht. Einiges, das ich dort erlebt habe, – sowohl positiv als auch negativ – werde ich nie vergessen.

In meinem Berufsleben musste ich mit vielen verschiedenen Vorgesetzten klarkommen und habe auch gelernt, Anweisungen freundlich, aber bestimmt zu erteilen. Die wichtigsten Menschen in einer Organisation sind diejenigen, die die Arbeit wirklich machen – egal, wie groß ihr Büro sein mag.

Ich bin seit rund 20 Jahren aktiv bei den Grünen. Ich war Ratsmitglied, im Landesparteirat und LAG-Sprecher. Derzeit bin ich Vorstandssprecher des KV Wilhelmshaven sowie Sprecher der LAG Postwachstum und Gemeinwohlökonomie.

Ich habe in drei Ländern gelebt und drei Systeme kennengelernt. Während meines Studiums an der Universität Oxford habe ich mit Professoren über Ontologie und Verfassungstheorie diskutiert. Ich habe ein Jahr lang in Paris gejobbt und musste dabei auf jeden Franc achten. In meinem ersten Job in



Geburtsdatum:

18.02.1971

Kreisverband:

Wilhelmshaven

Deutschland habe ich Menschen, die nicht lesen konnten, das Fernsehprogramm vorgelesen und ihnen geholfen, etwas Passendes auszuwählen.

Kommunikativ

Wir leben in einer Gesellschaft, in der Fakten immer weniger zählen. Es reicht nicht, wenn Klima- oder Wirtschaftswissenschaftler*innen attestieren, dass unser Programm effektiver wäre als die Ideen anderer Parteien. Wir müssen unsere Inhalte auch verständlich und überzeugend vermitteln.

Vor allem in meiner Rolle als Lehrer für Englisch und Gesellschaftswissenschaften an einer Oberschule habe ich gelernt, komplexe Zusammenhänge so zu erklären, dass jede*r sie verstehen kann. Ich habe gelernt, dass Begriffe, die wir ständig benutzen, häufig unklar sind.

Bei Wähler*innen ohne Abitur liegen wir bei gerade mal 6 %. Dass wir als Partei, die Vielfalt ernst nimmt, diese Menschen nicht erreichen, ist mehr als enttäuschend.

Ich verstehe mich nicht nur mit grün-affinen Menschen mit Hochschulabschluss, sondern auch mit pubertierenden Achtklässler*innen, ehrgeizigen Eltern, frustrierten Mittelständler*innen, anspruchsvollen Politikprofessor*innen sowie natürlich mit enttäuschten Wähler*innen am Wahlstand.

Vielseitig

Ich habe mich als aktives Parteimitglied mit vielen verschiedenen Themen befasst und LDK-Anträge u. a. zu folgenden Themen (mit)eingebracht: LNG, Holzpellets, Kavernenspeicher, kommunale Finanzen, Postwachstum, Social Media, Elternzeit für Mandatsträger*innen sowie das nachhaltige Anlegen von Rentenfonds.

In der Kommunalpolitik habe ich mich mit skrupellosen Vermieter*innen, Baumnachpflanzungen, Hundefreilaufflächen, der Krankenhausfinanzierung und vor allem mit der hohen Verschuldung vieler Kommunen befasst.

Für mich gehört das Thema Social Media zu den dringendsten Aufgaben überhaupt. Denn ohne einen vernünftigen, faktenbasierten öffentlichen Diskurs ist es nahezu unmöglich, gute Politik zu machen.

Entweder wir verhindern die Verbreitung von Fake News und Verschwörungstheorien, oder wir sorgen dafür, dass sie schnell und effektiv widerlegt werden. Wenn uns das nicht gelingt, wird es keine Mehrheit für eine Politik geben, die wissenschaftliche Fakten – etwa über Klima, Artenvielfalt oder die Grenzen des Wachstums – akzeptiert.

Beim CSD in Wilhelmshaven im Sommer waren rund 3.000 Menschen. Die Organisatorin wusste jedoch nicht, ob sie sich wirklich darüber freuen sollte – dass so viele Menschen das Gefühl hatten, Solidarität zeigen zu müssen, lag am Aufstieg der AfD. Schließlich hatte sie vor gerade mal fünf Jahren selbst nicht das Gefühl, dass Wilhelmshaven überhaupt einen CSD brauchte.

Doch leider brauchen wir CSDs. Und wir brauchen BUND, NABU und Extinction Rebellion; Campact und Correctiv und Omas gegen Rechts; Greenpeace und Sea Shepherd; Amnesty und Reporter ohne Grenzen; Pro Asyl und die vielen Menschen, die im Mittelmeer Leben retten – und dafür beschimpft oder sogar verhaftet werden.

Solange wir nicht lernen, fair, friedlich und nachhaltig miteinander zu leben, werden auch wir Grünen gebraucht.

Leider leben wir in interessanten Zeiten. Ich liebe zwar Unterhaltung, aber ich trete an, um mich für etwas Langeweile einzusetzen.

Ich würde mich über eure Unterstützung sehr freuen.

Grüne Grüße,

Alex

Über mich

Alexander von Fintel

Geboren in Nottingham (GB)

Jahrgang 1971

Verheiratet, zwei Kinder (21 und 19 Jahre)

Lehrer

M.A. in Politik und Volkswirtschaft (Universität Oxford)

Dipl.-Pädagoge (Universität Oldenburg)

Mitglied der Green Party bzw. bei Bündnis 90/Die Grünen seit 1991

Bundestagskandidat 2013 & '17 für den Wahlkreis Friesland, Wilhelmshaven & Wittmund

Landtagskandidat 2022 für den Wahlkreis Wilhelmshaven*

Parteirat Niedersachsen: Mitglied 2013-17

Ratsmitglied in Sande: 2011-16

KV Wilhelmshaven: Vorstandsmitglied seit 2018, Sprecher seit 2023

LAG Wirtschaft & Finanzen: Mitglied seit 2008, Sprecher 2013-17

LAG Postwachstum & Gemeinwohlökonomie, Sprecher seit 2023

Mitgliedschaften:

Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven / Friesland e.V.

Attac

BI-Lebensqualität Horsten-Etzel-Marx

GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

IHK Oldenburg: Vollversammlungsmiitglied 2015-2021, Mitglied im Beirat Friesland-Wilhelmshaven seit 2015

Radio Jade e.V. (Bürger*innenfunk)

*Ich bin aktuell der nächste Nachrücker für den Landtag. Falls ich als Landesvorsitzender gewählt werden sollte, und ein grünes Fraktionsmitglied sein Mandat in den nächsten zwei Jahren zurückgeben sollte, würde ich auf den Landtagssitz verzichten.

Lavo5 Cornelia Kuck

Tagesordnungspunkt: 4.1. Landesvorsitzende*r

Selbstvorstellung

Bewerbung mit Perspektive

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Unser oberstes Ziel ist es nun, bei der Kommunalwahl 2026 herausragende und stabile Ergebnisse zu erzielen. Dafür müssen wir jetzt schon damit beginnen, die zahlreichen engagierten Menschen zu unterstützen, die in den letzten Monaten in unsere Partei gekommen sind und die bereit sind, jetzt und zukünftig Verantwortung in den Kommunen zu übernehmen. Dafür ist es entscheidend, schnell eine effektive Personalpolitik zu entwickeln, die unseren Kreisverbänden dabei hilft, geeignete Hauptverwaltungsbeamt*innen und Fachkräfte für die Verwaltung zu gewinnen, denn bei einem Anteil von nur 15,5 % an Bürgermeisterinnen gibt es beispielsweise noch viel Raum nach oben. Wir müssen engagierte Basis-Grüne motivieren, sich aktiv auf kommunale Mandate zu bewerben.

Die ersten Wahlauswertungen zeigen: Wir müssen unsere Kernkompetenzen klarer herausstellen. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind unsere Stärken. Das muss in Niedersachsen noch sichtbarer werden, um einen Wahlkampf zu gestalten, der die progressiven Wähler*innen anspricht und überzeugt. Unsere Stärke ist es, Klima- und Naturschutz gemeinsam mit den sozialen Fragen zusammenzudenken. Dazu gehört auch, den notwendigen Wandel in der Arbeitswelt sozialverträglich und mit Blick auf die Bedürfnisse von Familien zu gestalten. Zu unseren stärksten Bereichen zählen die Bildungspolitik, einschließlich der Ausstattung von Schulen, KiTas und anderen Bildungseinrichtungen, sowie die Politikfelder Klima-, Naturschutz und Mobilität. In diesen Bereichen bieten wir ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Parteien, das wir noch stärker herausstellen sollten.

Es ist überwältigend, wie viele Menschen sich in den letzten Monaten engagiert in den Wahlkampf eingebracht haben. Mit frischen Ideen, viel Elan und Energie haben Sie unseren Kandidat*innen beim Haustürwahlkampf, auf Ständen und bei Veranstaltungen tatkräftig unterstützt. Jetzt ist es an uns, ihnen Angebote und Möglichkeiten zu unterbreiten, die es ihnen ermöglichen, sich weiterhin einzubringen und gemeinsam mit den langjährigen und erfahrenen Mitgliedern unsere Partei wertebasiert und zukunftsorientiert auszurichten. In diesem Kontext ist eine detaillierte Analyse der Wählerwanderungen und des Wahlverhaltens junger Menschen entscheidend, um unsere Politikgestaltung und deren Kommunikation effektiv zu steuern. Zugleich müssen wir Formate entwickeln, in denen sich junge Menschen einbringen und mitgestalten können.

Viele unserer Kreisverbände, besonders in den ländlichen Regionen, benötigen Unterstützung, um eine grüne Politik im Sinne von Feminismus, Sozialverantwortung und Ökologie umzusetzen. Die Workshops und zielgruppenspezifische Mentoring-Programme sind gute Maßnahmen, die wir weiter ausbauen können und müssen! Im Vorstand möchte ich mich dafür einsetzen, Strategien für verbesserte Kommunikation und Zusammenarbeit entwickeln, um neue Mitglieder zu binden und sie zur aktiven Mitwirkung zu motivieren.



Geburtsdatum:
27.08.1963

Kreisverband:
KV Ammerland

Themen:
Klima- und Naturschutz, soziale Gerechtigkeit, Transformation der Landwirtschaft, Stärkung der ländlichen Räume

E-Mail:
connykuck01@gmail.com

Auch möchte ich die Bündnisse, die in der Regierungsverantwortung strapaziert wurden, wieder erneuern und dazu beitragen, neue Kooperationspartner*innen und Verbündete für unsere Sache zu finden. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind wertvolle Bündnispartner*innen, die mit ihrem Wissen und ihrem Know-how unsere Politik unterstützen und darüber hinaus während der Wahlkämpfe an unserer Seite stehen können. Wir sind eine Bündnispartei und das Schmieden solcher Allianzen, um Veränderungen gemeinsam voranzutreiben, ist entscheidend für eine wirkungsvolle grüne Politik und sollte nicht nur auf Wahlzeiten beschränkt sein.

Perspektive aus feministischer Sicht

Wir positionieren uns als feministische Partei. Doch sind wirklich alle unsere Parteimitglieder feministisch? Vermutlich nicht, denn sonst würden viele unserer Strukturen anders aussehen. Feminismus bedeutet mehr als nur paritätische Besetzungen zu erreichen. Es geht darum, überkommene Rollenmuster zu hinterfragen, Gerechtigkeit für unterrepräsentierte Gruppen zu verwirklichen und bestehende Machtstrukturen aufzubrechen. Unterm Strich geht es weiterhin um Gleichstellung in unserer Gesellschaft. Als langjährige berufstätige Mutter und engagiertes Personalratsmitglied habe ich mich unermüdlich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen junger Familien und Arbeitnehmerinnen eingesetzt. Dabei lag mein Fokus stets darauf, Verständnis und Akzeptanz bei den Arbeitgeberinnen zu fördern und eine inklusive Arbeitskultur zu schaffen, die die Vielfalt der Lebensentwürfe anerkennt und unterstützt.

Angesichts der Tatsache, dass wir in vielen Versammlungen – besonders in von Männern dominierten Bereichen wie der Wirtschafts- und Verkehrspolitik, aber auch in der Kommunalpolitik im Allgemeinen – überwiegend oder ausschließlich Männern gegenüberstehen, ist es unsere Pflicht, Frauen zu fördern und zu stärken sowie sie in Ämter zu wählen.

An der Basis stehen wir regelmäßig vor dem Problem, Frauen für die Vorstandsarbeit oder als Delegierte zu gewinnen. Gerade mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen dürfen wir nicht an der Parität scheitern.

Perspektive im ländlichen Raum – Eine Chance für Neues!

In ländlichen Regionen stecken ungenutzte Potenziale! Trotz der zahlreichen schichtigen Herausforderungen (z.B. Mangel Mietwohnraum, hohe Neubau-Mieten, unzureichender ÖPNV, Sicherstellung der Gesundheitsversorgung und Daseinsfürsorge, Demografischer Wandel, soziale Spaltung sowie die zunehmende rechtsextreme Ideologien und Demokratiefeindlichkeit) sehe ich große Chancen für unsere Partei in Niedersachsen

Deshalb: Es ist an der Zeit, die regionalen Stärken zu identifizieren und zu nutzen! Durch die Förderung innovativer Projekte und lokaler Initiativen können wir den ländlichen Raum attraktiver und lebenswerter gestalten.

Mit gezielten Investitionen können wir die Mobilität verbessern und soziale Einrichtungen besser vernetzen, was Familien und das Gemeinschaftsleben stärken wird. Der Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur, einschließlich Radwege und Ladesäulen für E-Fahrzeuge, wird den Alltag verbessern und die Region für die Zukunft nachhaltig zu gestalten.

Erneuerbare Energien bieten immense Möglichkeiten, die Energieversorgung auf nachhaltige Weise zu sichern und gleichzeitig die lokale Wirtschaft zu beleben. Durch die Einbeziehung der Gemeinden in die Planung und den Betrieb von Windkraft- und Solaranlagen können wir Akzeptanz und Teilhabe fördern. Hier ergeben sich verlässliche Einnahmen für die Kommune.

Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen, aber auch vor der Chance, sich neu zu erfinden. Mit Fokus auf Nachhaltigkeit und Innovation kann der Sektor eine Schlüsselrolle in der zukünftigen

Entwicklung ländlicher Gebiete spielen. Dass die Landwirtschaft sich nun mit CO2-Neutralität befasst, ist ein großer Schritt.

Gemeinsam können wir den ländlichen Raum transformieren und zu einem lebendigen, einladenden Ort machen, der Zukunft und Tradition erfolgreich verbindet -selbstverständlich verbunden mit dem Naturschutz (Wiedervernässung der Moore etc.) und mit der Akzeptanz der Bürgerinnen.

Gemeinsam für ein starkes Niedersachsen

Als Sprecherin dieses Landesverbandes möchte ich mit euch und für euch die bestmögliche, nachhaltige und gerechte grüne Politik gestalten, sowohl für unsere Partei als auch für die Menschen in Niedersachsen. Ich bin überzeugt: Wir können und werden erfolgreich sein.

Mit einer klaren Strategie, mutigen Ideen und entschlossenem Handeln. Dafür bitte ich um euer Vertrauen.

Lasst uns Niedersachsen grüner, gerechter und zukunftsfähig machen!

Danke für euer Vertrauen.

Conny Kuck

VITA

● Geboren 1963 in Delmenhorst lebe ich seit 1999 im ländlichen Ammerland

- übrigens seit 1999 fossilfrei mit Wärmepumpe und PV! –

● Mutter von drei erwachsenen Söhnen

● Angestellte bei der LWK Niedersachsen: Lufa-Nord-West - aus der Umweltanalytik kommend habe ich dort den Wasserbereich für die chemische Analytik aufgebaut, wo mein Hauptaufgabengebiet heute landwirtschaftliche Wässer sind: u.a. die Analyse und Bewertung von Tränkwasser und Oberflächenwasser. Anmerkung: 1986 habe ich 24/7 Radioaktivitätsmessungen durchgeführt. Daher immer wieder "Atomkraft, Nein Danke!"-

● Seit 04/2016 Grünes Mitglied in der Fraktion der Grünen im Gemeinderat Wiefelstede

● 2017 Vorstand OV Wiefelstede

● 2018- 2023 Vorstandssprecherin im Kreisverband Ammerland

Außerdem:

● Personalratsarbeit (ÖPR, GPR)

● Kommunen für biologische Vielfalt

● BUND

● Verdi

Bin gerne mit Freunden und Familie unterwegs, schätze gute Musik und liebe das Theater. Entspanne in guter Gesellschaft und langen Spaziergängen in der Natur.

LSM2 Malte Lindenmeyer

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesschatzmeister*in

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Schreiben werbe ich um euer Vertrauen für die Wahl in das Amt des Schatzmeisters im Vorstand unseres Grünen Landesverbandes (LV). Was mich dabei antreibt, möchte ich euch im Folgenden erläutern.

Mein beruflicher Alltag dreht sich um Zahlen, Finanzen und strategische Planung – sei es bei der Modellierung globaler Energiesysteme oder der Leitung internationaler Forschungsprojekte. Meine fachlichen sowie organisatorischen Kompetenzen möchte ich nun einbringen, um aktiv an einer inklusiven Neuaufstellung unseres LV in Niedersachsen mitzuwirken.

Spätestens die vergangene Bundestagswahl markiert eine Zäsur im Selbstverständnis unserer Partei. Gerade in Niedersachsen mussten wir empfindliche Stimmenverluste hinnehmen. Während die Aufarbeitung läuft, zeichnen sich erste Konsequenzen für die zukünftige Ausrichtung unserer Partei ab: Wir müssen uns wieder mehr auf unsere Kernthemen Klima- sowie Umweltschutz konzentrieren, ohne dabei die Fragen sozialer Gerechtigkeit aus den Augen zu verlieren. Außerdem sind wir diejenige Partei, welche sich am glaubhaftesten für die Stärkung unserer Demokratie einsetzt.

Das Abschneiden bei der Bundestagswahl hat spürbare Veränderungen zur Folge. Neben der neuen Rolle als Oppositionspartei im Bund und gleichsam politisch verringerter Gestaltungskraft betreffen diese direkt unseren Landesverband: Statt 13 Abgeordneten (2021) befinden sich nun noch acht niedersächsische Abgeordnete im Bundestag, was zu deutlich verringerten Mandatsbeiträgen führt. Andererseits konnten wir als Partei in den letzten Monaten einen großen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Das Wachstum erfordert nicht nur eine Professionalisierung unserer Parteistrukturen, sondern auch ein inhaltliches Angebot für viele Menschen, die wegen unseres Spitzenkandidaten und seinem Politikstil bei uns eingetreten sind. Mit meiner Kandidatur möchte ich dazu beitragen, die Neumitglieder nachhaltig einzubinden. Nicht zuletzt bieten die gestiegenen Mitgliedsbeiträge die Möglichkeit, stabile Finanzen bei weniger Mandaten zu wahren.

Niedersachsen wählt im Herbst 2027 einen neuen Landtag. Wie zuletzt im Bund sind wir Grünen hier Teil der Regierung. Und auch in unserem Bundesland stehen wir vor Herausforderungen: Die sehr problematische wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser, der Personalmangel in der Landesverwaltung sowie Schwierigkeiten bei der Infrastruktur inkl. klimafreundlicher Mobilität sind nur drei Beispiele unter vielen.

Für eine erfolgreiche Wahlkampf Vorbereitung braucht es – gerade in Finanzfragen – ein kritisches Gegengewicht zur Landespolitik innerhalb der Partei. Durch die konsequente Trennung von Parteiamt und politischem Mandat lassen sich Probleme und Interessenskonflikte identifizieren und vermeiden. Ferner ermöglicht die Trennung einen freien Umgang mit Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern sowie den Kreisverbänden (KVs).



Geburtsdatum:
26.04.1994

Kreisverband:
Osnabrück-Stadt

Themen:
Energie, Wirtschaft, Europa & Internationales, Klimaschutz

E-Mail:
m.lindenmeyer@live.com

Es versteht sich von selbst, dass von einem professionellen Vorgehen auch die Kommunalwahlen im Jahr 2026 profitieren werden. Bei den anstehenden Veränderungen sollen die Mandatsträger wie auch die Mitglieder selbstverständlich mitgenommen und eingebunden werden. Reformvorschläge sollen sich dem Feedback der langjährig Engagierten stellen und von Mehrheiten in KVs und Gremien getragen werden.

Sollte ich als Landesschatzmeister gewählt werden, dann möchte ich einen effektiven Einsatz der verfügbaren finanziellen Mittel ermöglichen. Mir liegt besonders die Stärkung der Arbeit in KVs und die enge Zusammenarbeit mit der Bundesebene am Herzen. Angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen möchte ich mich für die Stiftung Leben und Umwelt einsetzen und auch das Ehrenamt sichtbar machen.

Über die organisatorische Arbeit hinaus könnt ihr von mir mit inhaltlichen Akzenten zu den Themen Energie, Wirtschaft, Außenpolitik und natürlich Klimaschutz rechnen. Dabei werde ich auf mein langjähriges Engagement innerhalb der Partei mit häufig fachlichem Schwerpunkt zurückgreifen.

Mit eurer Hilfe möchte ich das Geld für die Grüne Zukunft bestmöglich anlegen. Im Rahmen des Prozesses möchte ich explizit auch die vielen Neumitglieder adressieren und einbinden. Als junger Erwachsener kann ich dabei die partizipativen Möglichkeiten in unserer Partei symbolisieren. Es ist mir zudem ein wichtiges Anliegen, für die große Bandbreite aller Positionen in den verschiedenen informellen Vereinigungen zu stehen und Ausgleich zu schaffen.

Für all dies bitte ich um euer Vertrauen.

Grünes Engagement (Auszüge)

- Langjähriges Parteimitglied (seit 2017)
- Sprecher der LAG Energie & Atom
- Aktive Mitarbeit in LAG Europa & Internationales sowie BAG Delegierter
- Trainee im Europäischen Parlament (2021), Schwerpunkt: AFIR (Alternative Fuel Infrastructure Regulation)
- Studentische Hilfskraft bei der Bundestagswahl 2021
- Fraktionspraktikum in Landtagsfraktion (2020)

Berufliches

- Expert Researcher am Fraunhofer Institut für Energiewirtschafts und Energiesystemtechnik (IEE)
- Projektleiter des [LEAP-RE OASES](#) Projektes
- Studienfächer: Physik, Politikwissenschaften
- Heute: Promotion zum Doktor der Ingenieurwissenschaften
 - Forschungsaspekte: Import von Power-to-X Produkten, Globale Energiesysteme, Transformation des maritimen Sektors

Privates

- 30 Jahre alt, verheiratet
- Wohnhaft in Osnabrück und Hamburg
- Ambitionierter Hobbysportler (Laufen, Badminton)
- Großes Interesse für Literatur, besonders die politische Ideengeschichte
- Immer interessiert an neuen Perspektiven und Diskussionen

B4 Mesut Ercik

Tagesordnungspunkt: 4.3. Beisitzer*innen

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen und Engagierte,

mit Begeisterung und Energie bewerbe ich mich für das Amt des Beisitzers im Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen. Seit der Einführung des Vielfaltsstatuts 2020 engagiert sich unsere Partei für Chancengleichheit und sichtbare Vielfalt. Ich möchte diesen Prozess aktiv vorantreiben. Als 36-jähriger Hafearbeiter, Gewerkschafter und Familienvater setze ich mich täglich für faire Arbeitsbedingungen und ein respektvolles Miteinander ein. Als Co-Kreissprecher in Osterholz und Ratsmitglied in Lilienthal engagiere ich mich dafür, politische Räume für bisher unterrepräsentierte Stimmen zu öffnen.

Politisch engagiere ich mich als Co-Kreissprecher im Kreisverband Osterholz und als Ratsmitglied in Lilienthal. In beiden Funktionen arbeite ich daran, die politischen Entscheidungen vor Ort im Sinne der Menschen zu gestalten. Besonders wichtig ist mir dabei, dass Politik nicht nur von jenen gemacht wird, die bereits privilegierte Zugänge zu politischen Strukturen haben, sondern dass wir aktiv Räume für jene schaffen, deren Stimmen bislang zu selten gehört werden.

Mein politisches Verständnis ist maßgeblich von meiner eigenen Lebensrealität geprägt. Aufgewachsen in einer Familie ohne akademischen Hintergrund und mit Migrationsbiographie, kenne ich die alltäglichen Barrieren in Bildung, Beruf und Gesellschaft. Ich habe in meiner Familie erlebt, mit welchen

Herausforderungen Menschen konfrontiert sind, wenn sie im Alltag auf Barrieren stoßen – sei es in der Bildung, im Arbeitsleben oder in der gesellschaftlichen Teilhabe. Diese Erfahrungen haben mir bewusst gemacht, dass Vielfalt mehr ist als nur ein Schlagwort. Für mich umfasst Vielfalt Dimensionen wie ethnische Herkunft, Geschlecht, Menschen mit Behinderungen, Fähigkeiten, Alter, Religion, sexuelle Orientierung und soziale Herkunft.

Vielfalt bedeutet für mich, nicht nur die Unterschiede zwischen Menschen anzuerkennen, sondern sie als Bereicherung zu begreifen. Eine inklusive Gesellschaft profitiert von unterschiedlichen Perspektiven, wenn wir aktiv gegen Diskriminierung vorgehen und strukturelle Barrieren abbauen.

Unsere Partei hat sich mit dem Vielfaltsstatut auf den Weg gemacht, ein Spiegelbild der Gesellschaft zu werden – in ihrer Zusammensetzung, in ihren Themen und in ihrer politischen Praxis. Doch dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen. Gerade Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationsbiographie, Menschen aus nicht-akademischen Familien und viele andere unterrepräsentierte Gruppen stoßen in politischen Strukturen oft auf Hindernisse. Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, diese Hürden abzubauen.

Ich möchte Vielfalt intersektional betrachten und in unserer Partei aktiv leben. Dabei ist es mir ein besonderes Anliegen, nicht nur einzelne Gruppen in den Fokus zu nehmen, sondern das Thema Vielfalt in seiner ganzen Breite zu betrachten und intersektional zu denken.



Geburtsdatum:
01.01.1989

Kreisverband:
Osterholz

Themen:
Vielfalt und Inklusion,
Antidiskriminierung, Arbeiter und
Gewerkschaftspolitik, Partipation
und politische Teilhabe,
Intersektionalität, Soziale Herkunft
und Bildungsgerechtigkeit,
Gleichstellung und
Geschlechtergerechtigkeit,
Gesellschaftlicher Zusammenhalt,

E-Mail:
mesut.ercik@gruene-lilienthal.de

Sollte ich gewählt werden, werde ich mich mit Nachdruck für folgende Schwerpunkte einsetzen:

Vielfalt leben

Das Vielfaltsstatut ist ein wichtiges Instrument für eine inklusivere Partei – doch es muss mit Leben gefüllt werden. Ich werde mich für gezielte Förderung unterrepräsentierter Gruppen einsetzen, z. B. durch Weiterbildungen, Mentoring und niedrigschwellige Beteiligungsformate, die auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.

Sensibilisierung und Weiterbildung

Vielfalt beginnt mit Bewusstsein. Ich setze mich für verstärkte Schulungen zu Vielfalt, Inklusion und Antidiskriminierung ein – mit besonderem Fokus auf die Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen.

Vereinbarkeit von Engagement, Beruf und Familie

Politik muss für alle machbar sein. Familienfreundliche und inklusive Parteistrukturen sind essenziell, damit niemand aufgrund seiner Lebenssituation ausgeschlossen wird. Mit meiner Erfahrung als Gewerkschafter und Kommunalpolitiker weiß ich, wie wichtig es ist, zuzuhören, Lösungen zu entwickeln und Menschen aktiv einzubinden. Ich stehe für eine Politik, die Vielfalt nicht nur fordert, sondern lebt.

Lasst uns Niedersachsen gerechter und inklusiver gestalten!

Ich freue mich über euer Vertrauen und eure Unterstützung.

Über mich:

- Mesut Ercik
- Wohnhaft in Lilienthal (KV Osterholz)
- Geboren am 01.01.1989
- Verheiratet, zwei Kinder
- Hafenarbeiter
- Gewerkschafter
- Vertrauensperson
- Stellvertretender Betriebsrat • Demokratieberater
- Ehrenamtlicher Übersetzer

Politisches Engagement:

Ratsmitglied

- Mitglied im Verwaltungsausschuss
- Mitglied im Kulturausschuss
- AG Planung und Bedarfsfragen (KiTa, Schule)
- Co-Kreissprecher KV Osterholz
- Ko-Kreis BuntGrün Niedersachsen
- Votenträger BuntGrün Niedersachsen für die Wahl des Landesvorstandes 2025

Hobbys:

- Familienausflug
- Musik
- Lesen
- Fußball

Mesut Ercik

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'ME' or similar, written in a cursive style.

B5 Hanno Himmel

Tagesordnungspunkt: 4.3. Beisitzer*innen

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen.

Um das Wichtigste gleich vorwegzunehmen, die wachsende Zustimmung zu rechtsextremen oder antidemokratischen Weltbildern, zum Autoritarismus lässt mir keine Ruhe mehr. Dass in Deutschland die AfD bald mehr als 150 Abgeordnete im Bundestag haben wird und in den nächsten Jahren mehrere hundert Millionen Euro an Steuergeldern in rechtsextreme Strukturen fließen werden, erschüttert mich zutiefst und ist mir ein tiefer Schmerz.

Unverrückbar.

Heutige Politik in Deutschland ist immer auch Politik nach Auschwitz. Dieser Ort steht wie kein anderer für die mörderischen Verbrechen und die Menschenfeindlichkeit der NS-Diktatur und ist für mich wesentlicher Bezugspunkt im Leben und politischen Handeln.

Eine Zeit lang lebte ich in Polen und habe mich viele Tage im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau aufgehalten. Dabei hat sich als tiefe Spur eingepägt, dass ich in meinem Leben Verantwortung für Menschenwürde im Miteinander unserer Gesellschaft übernehmen will. Das ist unverrückbar.

Wir sind Menschen der Geschichte. Im Großen wie im Kleinen. Gedenken an Auschwitz und die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft halte ich für sehr wichtig. Das hat nichts mit Schuld kult zu tun.

Als Grüne übernehmen wir hier und heute Verantwortung, wir stehen dafür ein, dass die Menschenwürde Ausgangs- und Zielpunkt ist. Wir stehen ein für unser Grundgesetz, für das so viele Menschen gekämpft haben.

Was das angeht war unsere Partei für mich immer ein Zuhause. Aus der sehr klaren Haltung unserer Partei gegenüber menschenfeindlichen Haltungen habe ich in den letzten Monaten viel Kraft geschöpft. Hass und Hetze sind Gift für ein solidarisches und demokratisches Miteinander. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir Solidarität und Wertschätzung in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Und durch kongruentes Handeln Vertrauen schaffen.

Im Landesvorstand möchte ich mich einsetzen und werben für ein Verbotsverfahren gegen die AfD, initiiert über die Bundesländer, auch parteiübergreifend. Ein erfolgreiches Verbotsverfahren wäre die dringend benötigte Notbremse, die uns eine kurze Atempause verschafft. Die Aufgabe, die sich parallel für Politik und Zivilgesellschaft stellt, im Grunde eine Re-Demokratisierung, ist immens und muss gestaltet und begleitet werden.

Sprachlosigkeit als Nährboden für Autoritarismus und ein raues Miteinander

Wenn Menschen mit ihren Anliegen und Problemen nicht vorkommen, hängen wir sie ab. Wenn zentrale Versprechen der Demokratie nicht eingelöst werden, wenden Menschen sich einfachen Lösungen zu.



Geburtsdatum:
26.07.1981

Kreisverband:
Lüchow-Dannenberg

Themen:
Ländlicher Raum, Kommunalpolitik;
Teilhabe, Transparenz,
Kommunikation;
Gesundheitsversorgung

E-Mail:
hanno.himmel@gruene-luechow-
dannenberg.de

Während Ausbildung und Studium habe ich in Leipzig und Halle an der Saale gelebt. Dabei sind mir viele Perspektiven auf Mauerfall und Wiedervereinigung begegnet. Und viele Menschen, die verzweifelt nach einer alten Identität im neuen Leben gesucht haben.

Die Versäumnisse im damaligen Vereinigungsprozess beschäftigen uns bis heute. Als Folge lässt sich die Zustimmung eines großen Anteils der Bevölkerung für die extreme Rechte festhalten.

Im ländlichen Raum gehen stetig Orte der Begegnung und des Austauschs verloren. Sie neu zu schaffen und zu etablieren, passiert nicht von selbst und ist mit erheblichem Aufwand verbunden.

Menschen entwöhnen sich davon, unterschiedliche Meinungen miteinander auszutauschen und diese auszuhalten. Stattdessen werden Meinungen in einer digitalen Blase verschriftlicht und in kreisende Bewegung gebracht. In der direkten Begegnung wird Widerspruch plötzlich als fehlende Meinungsfreiheit interpretiert.

Kommunikation ist selbstverständlich ein elementarer Bestandteil unseres politischen Handelns. Die Frage, wie wir unsere eigene Kommunikation gestalten, aber auch wie wir Kommunikationsräume entwickeln können, stellt sich ständig neu. Ich möchte dazu beitragen, dass wir den direkten Kontakt zu den Menschen suchen, gerade im ländlichen Raum, gerade dort, wo wir vermeintlich weniger Zustimmung finden. Um zu zeigen, dass Grüne Politik auch die Menschen auf dem Land meint.

Gleichberechtigte Teilhabe.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir ein Miteinander entwickeln können, in dem jede*r Mensch mit seinen Besonderheiten gleichberechtigt teilhaben kann.

Doch wie können wir diejenigen in die Parlamente bringen, die aktuell unterrepräsentiert sind? Das ist vor allem im ländlichen Raum eine Riesenaufgabe, für die ich mich mit Blick auf die nächste Kommunalwahl intensiv einsetzen möchte.

Unsere Parlamente müssen diskriminierungsfreie Räume sein. So können wir wesentlich dazu beitragen, dass sich in den Entscheidungen die Vielfalt der Gesellschaft abbildet.

Feminismus, Gender und Vielfalt sind starke Grüne Inhalte, bei denen wir gerade im Allgemeinen leider deutliche Rückschritte wahrnehmen müssen. Verhärtung und Ablehnung sind groß, angesichts dessen, dass vielfältige Bevölkerungsgruppen ihre Rechte einfordern.

Das können wir nicht hinnehmen. Das will ich nicht hinnehmen. Wir brauchen starke Grüne Kommunikation zu diesen Themen im ländlichen Raum. Bei den Kommunalwahlen können wir unsere Haltung ganz besonders sichtbar machen.

Transformation – der ländliche Raum verändert sich

Es ist großartig, wie sehr Grüne in den letzten Jahren die Energiewende vorangebracht haben. Nochmal mehr, wenn man betrachtet, unter welchen Umständen das geschehen ist.

Und es ist gut, dass Kommunen teilhaben können an den Gewinnen, die durch erneuerbare Energien generiert werden.

Was wir aber gerade flächendeckend erleben, sind erhebliche Spannungen aufgrund der massiven Veränderungen, die mit der Errichtung von vor allem Windkraftanlagen einhergehen. Der ländliche Raum, der für viele als Heimat empfundene Lebensraum verändert sich erheblich.

Bürger*innen adressieren Wut, Ärger und Unverständnis auf Gemeindeebene. Meines Erachtens eine große Überforderung für Gemeinderäte und Kommunalverwaltungen.

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass Bürger:innen gehört werden und sich Akzeptanz unabhängig von wirtschaftlichen Vorteilen entwickelt. Das betrifft natürlich alle Politikfelder. Dass wir Formate

entwickeln, etablieren und unterstützen, die Teilhabe und Partizipation erleichtern. Niedrigschwellige Gesprächsangebote, leichte Sprache. Rechtzeitige Information und Transparenz.

Immer ein Ohr bei den Menschen.

Ich bin Landarzt. Jeden Tag spreche ich mit vielen Menschen, die mir Einblick gewähren in Belastungen und Probleme. Die Gesundheitsversorgung hier vor Ort beobachte ich seit mehr als zehn Jahren. Es ist stetiger Rückgang. Arztpraxen, Apotheken und Therapie schließen. Die Gewinnung von neuen Fachkräften in Einzelfällen mit viel Aufwand. Die Arbeitsbedingungen, vor allem in Kliniken, sind konstant angespannt. Termine bei Ärzt*innen gibt es nicht einfach so, und schon gar nicht bald. Die aktuelle Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes hat den Charakter eines geordneten Rückzugs aus der Fläche.

Die Erfahrungen, die kranke, pflegende oder unterstützende Menschen machen, sind immer wieder zermürend. Menschen, die mit Krankheit konfrontiert sind, brauchen ein funktionierendes Gesundheitssystem.

Ein dysfunktionales Gesundheitssystem fällt unserer Demokratie jetzt schon auf die Füße. Das können wir in Niedersachsen besser. Mit einer starken LAG Gesundheit und Soziales im Rücken. Gesundheitsversorgung ist ein Grünes Thema.

Im Landesvorstand möchte ich mit meiner Erfahrung und meinen Einblicken unterstützen und dazu beitragen, dass wir die Gesundheitsversorgung fundiert und zukunftsorientiert für die Menschen entwickeln.

Hier nochmal meine Punkte in Stichworten:

- Perspektive des ländlichen Raumes auf Landes- und Bundesebene transportieren.
- Kommunalwahlen vorbereiten.
- Teilhabe, Transparenz, Kommunikation
- Verbotverfahren für AfD auf den Weg bringen.
- Gesundheitsversorgung in der Fläche
- Verantwortung übernehmen. Mit meiner Person ganz und gar für Grüne Inhalte einstehen.

Ich bewerbe mich bei der LDK in Celle für das Amt des Beisitzers im Landesvorstand. Wenn Ihr bereits vorher Fragen oder Anmerkungen zu meiner Bewerbung habt, freue ich mich, von Euch zu hören.

Über Euer Vertrauen würde ich mich sehr freuen. Die Aufgabe würde ich mit Dankbarkeit und Respekt annehmen.

Hanno

Geboren 1981 in Erkelenz, Kreis Heinsberg, NRW

Verheiratet, fünf Kinder

2001 – 2003 Anderer Dienst im Ausland, Oswiecim (Polen)

2003 Ausbildung zum Rettungsassistenten in Halle (Saale)

Studium der Humanmedizin in Leipzig und Hannover

Seit 2021 Landarzt in Gemeinschaftspraxis

Politisches Engagement

Parteimitglied seit 2020, KV Lüchow-Dannenberg

Beisitzer im KV-Vorstand von 2021 bis 2023

Mitglied der LAG Gesundheit und der LAG Europa

Seit 2021 Ratsmitglied der Gemeinde Waddeweitz,

Kreistagsmitglied (stellv. Fraktionsvorsitzender).

Stellv. Landrat

Vorstandsarbeit bei KURVE Wustrow seit 2022

Mitglied von IPPNW



Ä1 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: Landesarbeitsgemeinschaft Sport

Beschlussdatum: 09.03.2025

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 337 bis 339 einfügen:

Spielplätze, Sportplätze, Sporthallen, Schwimmbäder und Parks sind öffentliche Orte, an denen Menschen zusammenkommen und deren Zustand ein Indikator für den Zustand der

Von Zeile 357 bis 359:

Als Partei möchten wir noch näher dran sein. Dazu gehört, wichtige Formate wie Netzwerkkonferenzen Netzwerkveranstaltungen oder Bürger*innenberatungen zu relevanten Themen in der Fläche zu etablieren. Mit den Netzwerkkonferenzen "Sport & Grüne" haben wir ein beispielhaftes und erfolgreiches Format geschaffen, mit dem wir zukünftig auch verstärkt Sportvereine im ländlichen Raum erreichen wollen.

Begründung

Mit unserer Veranstaltungsreihe der Netzwerkkonferenzen "Sport & Grüne" haben wir ein Format etabliert, mit dem wir den Austausch mit dem organisierten Sport in Niedersachsen verstetigen konnten - da sind wir unseren politischen Mitbewerber*innen einen großen Schritt voraus. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir mit den Netzwerkkonferenzen "Sport & Grüne" bisher größtenteils Sportvereine aus dem urbanen Raum erreichen. Unsere Aufgabe muss es nun sein, auch im Sport noch mehr in den ländlichen Raum zu wirken. Mehr Infos unter <https://gruene-niedersachsen.de/4-netzwerkkonferenz-sport-gruene-in-niedersachsen/>.

P9 Sven Giegold

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Unsere bündnisgrünen Ziele können wir nur über ein vereinigt, demokratisches Europa erreichen. Nach den Protesten von Fridays for Future haben wir mit dem Europäischen Green Deal enormes erreicht. Jetzt weht uns mit Trump und dem Aufstieg des Rechtspopulismus der Wind von vorn ins Gesicht. In dieser Situation kommt es wieder auf Europa an, um unsere ökologische, soziale und wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Seit Herbst 2024 bin ich nun auch politisch aus NRW nach Niedersachsen heimgekehrt. Im November 2024 wurde ich mit Unterstützung des Landesverbands Niedersachsen in den Bundesvorstand als Koordinator für Europa und Internationales gewählt. In den Parteirat möchte ich gerne meine Inhalte - Politische Ökologie, Wirtschaftspolitik, Europa - einbringen und die Brücke zwischen Landes-, Bundes- und Europaebene stärken.



Geburtsdatum:
17.11.1969

Kreisverband:
Verden (Aller)

Themen:
Europa, Ökologie, Wirtschafts- und
Wettbewerbspolitik, European Green
Deal, Bürokratieabbau,
Gemeinwohlorientierte
Unternehmen

E-Mail:
sven@sven-giegold.de

P10 Christina-Johanne Schröder

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

wir haben viele neue Mitglieder gewonnen und einen beeindruckenden Wahlkampf geführt. Dennoch ist die Bundestagswahl für uns nicht wie erhofft ausgefallen – mit einem Verlust von rund 4,6 % in Niedersachsen. Kein anderes Flächenland hat einen so starken Rückgang erlebt.

Nach einer gründlichen Analyse im Landesverband müssen wir schnellstmöglich den Blick nach vorne richten: Im Herbst 2026 stehen die Kommunalwahlen an. Jetzt gilt es, die Energie und Motivation aus der vergangenen Zeit mitzunehmen und möglichst viele unserer Neumitglieder für eine Kandidatur zu gewinnen.

Denn starke GRÜNE in den Kommunalparlamenten bedeuten mehr nachhaltige, soziale und zukunftsorientierte Politik vor Ort. Ob Klimaschutz, Verkehrswende, kommunales Wohnen oder gute Daseinsvorsorge – viele Entscheidungen fallen direkt in den Gemeinden und Landkreisen.

Warum viele GRÜNE in den Kommunalparlamenten gebraucht werden

Kommunen sind der Ort, an dem Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit konkret werden – sei es durch nachhaltige Bauleitplanung, die Förderung erneuerbarer Energien oder den Ausbau des ÖPNV. Starke GRÜNE Stimmen vor Ort sorgen dafür, dass diese Themen nicht untergehen, sondern aktiv gestaltet werden – und sie legen die Basis für starke Landtags-, Bundestags- und Europawahlergebnisse.

Personalentwicklung weiter professionalisieren

Erste Schritte zur Professionalisierung wurden bereits im Landesverband gegangen, doch es gibt noch viel zu tun: Wir müssen unsere Netzwerke in Verbände und Unternehmen ausbauen, Kontakte dorthin gezielt pflegen, ausscheidende Abgeordnete und Hauptamtliche enger an die Partei binden und Kompetenzen langfristig sichern – so, wie es bei FDP und SPD längst selbstverständlich ist. Das entspricht auch unserem eigenen Anspruch als Bündnispartei. Nur so können wir dauerhaft eine starke, handlungsfähige GRÜNE Politik im politischen Mehrebenensystem verankern.

LAGen stärken – die ThinkTanks unserer GRÜNEN Partei

Unsere Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen) sind zentrale Orte für inhaltliche Debatten und strategische Weiterentwicklung. Viele neue Mitglieder bringen wertvolle Perspektiven und Expertise mit und möchten aktiv mitgestalten. Unsere LAG-Sprecher*innen leisten dabei beeindruckende koordinative Arbeit – eine unverzichtbare Stütze unserer Partei.



Geburtsdatum:
06.12.1983

Kreisverband:
Wesermarsch

Themen:
Wohnen, Bauen, Stadtentwicklung,
Kommunen, Landwirtschaft und
Planungsbeschleunigung

E-Mail:
cjschroeder@gmx.de

Doch dieses große Potenzial können wir noch besser nutzen: Trotz des Mitgliederwachstums spiegelt sich dies nicht immer in der Beteiligung an LAG-Sitzungen wider. Auch auf den letzten Parteitag haben LAG-Anträge nicht den Raum eingenommen, den sie verdient hätten. Deshalb müssen wir überlegen, wie wir die Strukturen weiter stärken, neue Mitglieder gezielt einbinden und den LAGen die Sichtbarkeit und den Einfluss verschaffen, den sie für eine starke inhaltliche Arbeit brauchen.

Eure Christina-Johanne (CJ)

P11 Marcel Richter

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund:innen,

Soziale Gerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen und eine feministische Perspektive in der Arbeitsmarktpolitik sind zentrale Aufgaben, die unsere Partei noch stärker in den Fokus rücken muss. Besonders FLINTA-Personen, migrantische Beschäftigte und Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen erfahren täglich strukturelle Benachteiligung. Niedrigere Löhne, unsichere Beschäftigung, fehlende Mitbestimmung und mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind keine Einzelfälle, sondern systematische Probleme.

Als Gewerkschaftssekretär:in, Schwerbehindertenvertreter:in und Sprecher:in der Niedersächsischen GewerkschaftsGrünen liegt mir der Einsatz für eine gerechte Arbeitswelt besonders am Herzen. Eigene Erfahrungen als FLINTA-Person in einer oft männlich dominierten Arbeitswelt haben mir gezeigt, wie wichtig es ist, feministische und inklusive Perspektiven in der Politik zu verankern. Unsere Partei muss sich klarer und entschlossener an die Seite derjenigen stellen, die im aktuellen System benachteiligt sind.

Die Bundestagswahl hat deutlich gemacht, dass die Grünen bei Arbeitnehmer:innen nicht die notwendige Unterstützung erhalten haben. Unsicherheit durch die sozial-ökologische Transformation, zunehmende Tariffucht und steigende Lebenshaltungskosten verunsichern viele Menschen. Klare Antworten fehlen, besonders für diejenigen, die von sozialen Ungleichheiten am stärksten betroffen sind. Unsere Partei muss hier sichtbarer, mutiger und konkreter werden.

Im Parteirat möchte ich mich dafür einsetzen, dass:

- Feministische Arbeitsmarktpolitik zur Selbstverständlichkeit wird, mit gleichen Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und echter Vereinbarkeit von Beruf und Familie für FLINTA-Personen.
- Soziale Gerechtigkeit als zentrales politisches Ziel unserer Partei verankert wird, mit einem klaren Fokus auf faire Löhne, Tarifbindung und Mitbestimmung.
- Inklusion nicht nur ein Schlagwort bleibt, sondern Barrieren für Menschen mit Behinderungen in der Arbeitswelt konsequent abgebaut werden.
- Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen als zentrale Bündnispartner:innen unserer Politik gestärkt werden, um eine gerechte sozial-ökologische Transformation zu ermöglichen.
- Arbeitswelt und Politik diverser werden, damit FLINTA-Personen, migrantische Beschäftigte und Menschen aus prekären Verhältnissen nicht nur mitgedacht, sondern aktiv vertreten werden.

Soziale Gerechtigkeit, Feminismus und Inklusion müssen im Zentrum unserer Politik stehen. Eine gerechte Zukunft erfordert entschlossenes Handeln, klare Positionen und sichtbare Veränderungen.



Geburtsdatum:
13.11.1982

Kreisverband:
Braunschweig

Themen:
soziale Gerechtigkeit,
Arbeitnehmer:innenrechte, FLINTA,
Inklusion und feministische
Arbeitsmarktpolitik

E-Mail:
marcel.richter@gruene-
braunschweig.de

Dafür braucht es mutige Stimmen in unserer Partei – und genau diese Perspektive möchte ich in den Parteirat einbringen.

Lasst uns gemeinsam für eine gerechte, feministische und inklusive Gesellschaft kämpfen. Dafür bitte ich um euer Vertrauen und eure Stimme. Vielen Dank!

Kurzvita

Marcel Richter
(keine Pronomen)

*13.11.1982 in Aschersleben

- Absolvent:in Europäische Akademie der Arbeit in der Goethe Universität Frankfurt am Main
- Gewerkschaftssekretär:in für kollektive Betriebs- und Tarifarbeit in der Energiewirtschaft sowie Gesamtschwerbehindertenvertretung, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
- Seit 2021 Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Seit 2021 Sprecher:in der GewerkschaftsGrünen Niedersachsen
- Seit 2021 Stadtbezirksrät:in im westlichen Ringgebiet der Stadt Braunschweig (Fraktionsvorsitz)
- 2024 Absolvent:in des Empowerment-Programms, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen
- 2024 Delegierte der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, Soziales und Gesundheit
- 2025 Bundestagskandidat:in im Wahlkreis 51 (Helmstedt-Wolfsburg)

Mitgliedschaften in Vereinen und Initiativen

- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
- Sozialverband VdK Deutschland e.V.
- Kommunalpolitische Vereinigung GRÜNE Niedersachsen
- Freunde und Förderer der Europäischen Akademie der Arbeit e.V.
- „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus“ e.V.
- Förderverein Bündnis gegen Rechts Braunschweig e.V.



P12 Karo Otte

Antragsteller*in: Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck)

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Ihr Lieben,

„Zukunft wird vor Ort gemacht“ – das ist der Leitsatz meiner Arbeit in der Grünen Bundestagsfraktion.

Unsere Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen sich zeigt, ob wir die Demokratie stärken und die Herausforderungen des Klimawandels anpacken. Vor Ort zeigt sich, wie wir als Gesellschaft zusammenstehen und sichere Netze für die Menschen schaffen – Netze, die auch in unsicheren Zeiten bestehen.

In der Kommunalpolitik im Kreistag in Northeim und als Mitarbeiterin in der Verwaltung beim Landkreis Göttingen habe ich selbst erlebt, wie immer wieder Entscheidungen in Berlin und Hannover an den Realitäten vor Ort vorbeigetrossen wurden.

Als Bundestagsabgeordnete bin ich in unserer Fraktion für die Kommunalpolitik und die kommunalen Finanzen zuständig. Hier setze ich mich mit voller Kraft für starke Kommunen ein. Kommunalpolitik ist das Rückgrat unserer Demokratie, und ich bin davon überzeugt, dass wir als Grüne unsere kommunalpolitische Verankerung weiter ausbauen müssen. Deshalb habe ich auf Bundesebene die BGKomm, den Dachverband der kommunalpolitischen Vereinigungen, mitgegründet. Als Verband trägt die BGKomm langfristig kommunale Perspektiven und Anliegen in die Bundespolitik. Hier darf ich als Vertreterin unserer Bundestagsfraktion im Vorstand mitarbeiten und so eine starke Stimme grüner Kommunalpolitik in Berlin etablieren.

Ob als Vorstandsmitglied der BGKomm oder als Abgeordnete im Bundestag: Auch in den kommenden Jahren möchte ich weiterhin für starke kommunale Kassen, gegen Gewalt an Kommunalpolitiker:innen und für konsequenten Klimaschutz von der Großstadt bis in die kleinste Gemeinde eintreten. Unsere Kommunen können so viel. Was unsere Städte und Gemeinden brauchen, ist das Heft des Handelns in ihren Händen. Es geht nicht nur, aber auf jeden Fall vor allem ums Geld. Für gut ausgestattete kommunale Kassen möchte ich mit ganzer Kraft nicht nur in Berlin weiter streiten.

Ich bewerbe mich bei euch erneut für einen Sitz im Landesparteirat, um gemeinsam mit Swantje Michaelsen die Landesgruppe aus dem Bundestag in diesem wichtigen Gremium zu vertreten.

Auch in Niedersachsen engagiere ich mich intensiv für kommunale Themen: Im Landesvorstand der KPVGruN arbeite ich mit daran, die Interessen unserer Kommunalpolitiker*innen zu bündeln und zu vertreten.

Ich möchte meine Erfahrungen und mein Engagement weiterhin in den Landesparteirat einbringen, um die Perspektiven der kommunalen Ebene und der niedersächsischen Bundestagsgruppe zusammenzubringen. Der Parteirat ist genau der richtige Ort dafür. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Politik nah an den Menschen bleibt und wir die besten Ideen für eine grüne Zukunft in Niedersachsen entwickeln, die auch vor Ort Früchte tragen.



Geburtsdatum:
11.09.1996

Kreisverband:
Northeim/Einbeck

Themen:
Starke öffentliche Finanzen und
Kommunalpolitik

E-Mail:
Karo.otte.mdb@gmail.com

Ich freue mich auf eure Unterstützung und den weiteren Austausch mit euch!

Herzliche Grüße
Eure Karo

Mehr über mich und meine Arbeit: www.karolineotte.de

Vita:

seit 2024

Gründungs- und Vorstandsmitglied der Grünen Kommunalpolitischen Bundesvereinigung (BGKomm)

Vorstandsmitglied beim Institut Solidarische Moderne

seit 2022

Vorstandsmitglied und Schatzmeisterin KPVGrün

seit 2021

Abgeordnete im Bundestag für GRÜNE Niedersachsen & Wahlkreis 52 (Goslar – Northeim – Osterode)

seit 2018

Mitglied im Parteirat der GRÜNEN Niedersachsen

2016 bis 2021

Mitglied der GRÜNEN Fraktion im Northeimer Kreistag und stv. Fraktionsvorsitzende

2015 bis 2021

Kreisvorstandsmitglied des GRÜNEN Kreisverbandes Northeim/Einbeck

seit 2010

aktiv in der GRÜNEN JUGEND Northeim und beim GRÜNEN Kreisverband

P13 Nadja Allmers-Plump

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirat

Selbstvorstellung

Liebe Freund:innen,

mein Name ist Nadja Johanne Allmers-Plump, ich bin 28 Jahre alt und seit Februar 2022 Kreisverbandsvorsitzende in Delmenhorst und möchte mich, meine Perspektive und meine Fähigkeiten gerne in den Parteirat einbringen!

Meine Erfahrungen in Delmenhorst

In den vergangenen zwei Jahren konnten wir hier den prozentual größten Mitgliederzuwachs in ganz Niedersachsen verzeichnen. Aus dem ehemals kleinsten Kreisverband sind wir zum drittkleinsten aufgestiegen. 2023 und 2024 waren wir jeweils der am schnellsten wachsende Kreisverband in Niedersachsen. Dabei habe ich erlebt, dass sich viele Menschen mit ihrer politischen Meinung immer weniger verstanden fühlen und nach einer neuen politischen Heimat suchen – genau das können wir ihnen bieten. Gerade in einer Stadt wie Delmenhorst, in der die AfD stark ist, ist es umso wichtiger, Menschen willkommen zu heißen und mit ihnen einen Ort des Miteinanders zu schaffen.

Warum kandidiere ich für den Parteirat?

- Ich verstehe Kommunales: Ich möchte meine dreijährige Erfahrung in Mitgliedergewinnung, Vernetzung und Basisarbeit einbringen, die ich als Vorsitzende des am schnellsten wachsenden Kreisverbandes in Niedersachsen sammeln konnte.
- Ich verstehe politische Vorgänge: Neben meiner praktischen Erfahrung in der Kommunalpolitik verfüge ich über ein sozialwissenschaftliches Studium (Soziologie/Politik), sodass ich auch ein fundiertes theoretisches Verständnis von Politik einbringen kann.
- Ich kenne Niedersachsen sehr gut: Aufgewachsen auf einem Hof in einem 12-Seelen-Dorf in Butjadingen, später habe ich in Nordenham und Oldenburg gearbeitet. Heute bin ich dienstlich viel in ganz Niedersachsen unterwegs. Momentan studiere ich in Oldenburg.
- Ich kann gut organisieren: Hauptberuflich bin ich beim Landesamt für Steuern tätig. Dabei ist ein hohes Maß an Organisation erforderlich, wovon bereits mein Kreisverband profitiert. Genau diese Fähigkeit möchte ich auch im Parteirat und für unsere Partei einsetzen.

Was ist zu tun?

Immer wieder merke ich, wie wichtig gute Kommunikation ist – sei es mit Mitgliedern, Bürger:innen oder anderen Kreisvorständen. Als Parteiratmitglied will ich zusammen mit dem Landesvorstand daran arbeiten, die Brücke zwischen Landesvorstand und Kreisverbänden, aber auch zwischen den Kreisverbänden selbst, weiter zu festigen. Dazu gehören zum Beispiel regelmäßige Austauschrunden, in denen wir voneinander lernen können. Wichtig ist auch eine bessere Unterstützung und Wertschätzung des Ehrenamtes angesichts der wachsenden Herausforderungen und der wachsenden Partei. Zum Beispiel braucht es mehr Schulungen zu unserer Sicherheit, um sich im Privaten oder Digitalen besser vor Angriffen durch Rechtsextreme zu schützen.



Geburtsdatum:
03.11.1996

Kreisverband:
Delmenhorst

Themen:
Soziale Gerechtigkeit,
Antifaschismus

E-Mail:
nadja.allmers-plump@gruene-
delmenhorst.de

Ich freue mich darauf, unsere Partei gemeinsam mit euch weiterzuentwickeln und bitte um eure Unterstützung für den Parteirat.

Grüne Grüße

Eure Nadja

Zu meiner Person:

Maxime: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Beruflicher Werdegang

- 04/11 bis 02/20: regelmäßig Servicekraft in der Gastronomie
- 08/15 bis 08/18: Duales Studium in der Finanzverwaltung mit Abschluss Diplom Finanzwirtin (Steuerakademie Rinteln)
- 08/18 bis 08/19: Bearbeitung von Steuererklärungen gewerblicher Betriebe im Finanzamt Nordenham
- Seit 08/2019: Sachbearbeiterin im Landesamt für Steuern Niedersachsen (LStN), Referat: Einkommensteuer für Gewinneinkünfte
 - ab 02/20 niedersächsische Vertreterin der Bund-Länder-Uag EVA Gewinneinkünfte (Entwicklung Produkt KONSENS der Finanzverwaltungen der Bundesländer)
- Seit 10/2021: Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg, Germanistik/Sozialwissenschaft (Schwerpunkt Politikwissenschaften) (Bachelor Abschluss vss. im April 2025)
- Seit 10/2024: Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg, Social Sciences (Master Abschluss vss. im April 2027)

Grüner Werdegang

- Seit 05/2021: Mitglied BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Delmenhorst
- Seit 02/2022: Vorsitzende des KV Delmenhorsts
- Seit 09/2023: Sprecherin Bezirkskonferenz Weser-Ems
- 03/2023 bis 03/2025: Delegierte für den Länderrat
- Seit 09/2024: Beisitzerin im Ortsvorstand LStN der Deutschen Steuergewerkschaft
- Seit 10/2024: Aufsichtsratsmitglied ADG Abfallwirtschaft Delmenhorst GmbH
- 2025: Bundestagskandidatin, Landeslistenplatz 21

Mitgliedschaften: LAG Wirtschaft und Finanzen, LAG Frauen, Seawatch e.V. (Fördermitgliedschaft), Breites Bündnis gegen Rechts Delmenhorst, Deutsche Steuergewerkschaft

Hobbies: Gute Musik hören, feiern, Krafttraining

P14 Michael Lühmann

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

wir leben in herausfordernden, in aufgewühlten, in ernsten Zeiten. Krieg in Europa, geführt an der Front in der Ukraine und hybrid in ganz Europa, Dammbürche im Deutschen Bundestag, Faschisten im Höhenflug, im Osten auf dem Sprung zur Macht, die Demokratie und die Zivilgesellschaft massiv unter Druck, die Debatten um Migration, Flucht und Asyl vollkommen entgleist und unzulässig verwoben mit der Debatte um innere Sicherheit. Dazu die Klimakrise, eine massive soziale Spaltung, kaputte Infrastrukturen, Hass, Hetze, Einschüchterung, außen- wie innenpolitische Gewissheiten der Bonner und Berliner Republik, angegriffen und erodiert.

Politik in Zeiten des Rechtsrucks, des hybriden Krieges und des Endes vieler Gewissheiten braucht mehr denn je demokratisch gewillte Kräfte, wehrhafte Demokrat*innen, breite Bündnisse. Politik in diesen Zeiten braucht auch Hoffnung, Klarheit und Haltung. All das kann, soll und muss unsere Partei sein können, ein progressiver Kraftort der wehrhaften Demokratie und der offenen Gesellschaft. Das ist unser Ort als Partei, das ist unsere Aufgabe, keine leichte, schon gar keine bequeme. Aber es ist nun mal an uns, die Würde des Menschen zu verteidigen, zugleich die von unseren Kindern geborgte Erde zu bewahren und Bündnispartner*innen dafür zu suchen und Bündnispartei zu sein.

An dieser großen Aufgabe will ich gern mitwirken, die notwendigen Debatten mitbegleiten und bewerbe mich daher bei Euch für einen Platz im Parteirat. Als leidenschaftlicher Antifaschist, als kommunal verankerter Politiker, als langjähriger Parteien-, Demokratie- und Rechtsextremismusforscher, als Innenpolitiker, als kirchlich engagierter Mensch, als ostdeutsches Kind der Transformation. Gerade als Kind der Revolution von 1989 glaube ich fest an die Kraft der Demokratie, gerade als Kind der brutalen Baseballschlägerjahre weiß ich, was wir verteidigen müssen.

Ich will gern meinen Teil dazu beitragen, dass dieser ganz besondere Landesverband weiterhin progressive Strahlkraft entfaltet, nicht nur, aber eben auch bei der Frage, wie wir Demokratie verteidigen. Denn klar ist und bleibt, auch ein AfD Verbot ist und bleibt nur ein Anfang eines Zurückdrängens des Rechtsextremismus. Dazu gehört auch eine Sicherheitsdebatte, die rechte Gewalt und rechten Terror ebenfalls in den Blick nimmt, dazu gehört auch eine Sicherheitsdebatte, die Sozialpolitik als Prävention ernst nimmt, die Prävention überhaupt ernst nimmt.

Demokratie, Vielfalt, die offene Gesellschaft verteidigen, die Zukunft zurückholen, die Faschisten nicht durchkommen lassen, dafür will ich gemeinsam mit Euch und für unsere Partei streiten und kämpfen, dafür bitte ich um Euer Votum und Euer Vertrauen für den Parteirat,

herzlich

Euer Micha

Leben vor, in und neben der Politik



Geburtsdatum:
27.02.1980

Kreisverband:
KV Göttingen

Themen:
Antifaschismus & progressive
Innenpolitik

E-Mail:
michael.luehmann@posteo.de

1980 geboren in Leipzig und dort aufgewachsen

Verheiratet, Papa von vier, ein Hund & ein großer Garten

Studium der Mittleren und Neueren Geschichte und der Politikwissenschaften in Leipzig und Göttingen, 2007-2022 Mitarbeiter der AG Parteien- und politischer Kulturforschung, ab 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung der Uni Göttingen

Seit 2013 Parteimitglied, 2021 Bürgermeisterkandidatur in Bovenden, 2021 Fraktionsvorsitzender im Rat und Ortsrat Bovenden, seit 2023 Ratsherr und Mitglied des Orsrates Bovenden

Seit 2022 Mitglied des Niedersächsischen Landtages, Innenpolitischer Sprecher und Sprecher für Antifaschismus der grünen Landtagsfraktion

2021-2022 Beisitzer im Vorstand des KV Göttingen

Mitglied der LAG Sport und der LAG Demokratie und Recht

Mitglied der Gemeindevertretung der evangelischen Kirche Bovenden, seit Herbst 2024 Mitglied der Gesamtsynode der evangelisch-reformierten Kirche



P15 Swantje MichaelSEN

Antragsteller*in: Swantje Henrike MichaelSEN (KV Hannover)
Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

es sind schwierige und herausfordernde Zeiten, in denen wir Politik machen. Die Bundestagswahl liegt erst wenige Tage zurück, das Ergebnis ist nicht das, was wir uns gewünscht und wofür wir gekämpft haben. Trump ist seit 6 Wochen Präsident der USA und hat in dieser Zeit nicht nur den Kahlschlag im eigenen Land begonnen, sondern gleich die gesamte Weltordnung aufgekündigt. Spätestens seit dem Ausstieg der USA aus der Ukraine-Hilfe ist klar: Europa muss nicht nur die Ukraine stärker unterstützen, sondern auch schnell seine Verteidigungsfähigkeit selbst herstellen, dabei braucht es ein starkes Deutschland.

Gleichzeitig bleibt der Erhalt unserer Lebensgrundlagen eine der zentralen Herausforderungen: Temperaturrekorde, Extremwetterereignisse, Waldbrände, teils von dramatischem Ausmaß, zeigen deutlich, wie sehr die Auswirkungen der Klimakrise weltweit spürbar sind und auch uns in Deutschland und Europa treffen. Schon jetzt spüren 80 Prozent der Kommunen die Auswirkungen der Klimakrise vor Ort. Auch die Kommunen in Niedersachsen brauchen die verlässliche Unterstützung des Bundes beim Kampf gegen die Klimakrise, bei der Klimafolgenanpassung und beim Naturschutz.

In den letzten Jahren haben wir für die Reform der Schuldenbremse geworben, um notwendige Investitionen in Verteidigung, aber auch in Straßen, Brücken oder für Klimaschutz und Bildung vornehmen zu können. Aber die Union hat ihre Zustimmung ausgeschlossen, ja, sie haben bis vor 10 Tagen noch Wahlkampf damit gemacht, dass die Investitionen allein aus Wirtschaftswachstum finanziert werden könnten. Um jetzt, keine 10 Tage nach der Wahl neue Schulden und Sondervermögen auf den Weg bringen zu wollen. Manchmal ist das parteipolitische Taktieren angesichts der Weltlage fast unaushaltbar.

Wir steuern auf eine schwarz-rote Koalition zu – damit werden wir nach 3,5 Jahren Regierung in dieser Wahlperiode in der Opposition sein. Klar ist: mit mehr als 20% AfD im Bundestag geht es noch mehr als bisher darum, die Demokratie und den Parlamentarismus zu verteidigen. Es gilt, dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen - gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen.

Ich bin sicher: es braucht uns GRÜNE dafür, denn wir sind die Stimme für Gerechtigkeit und Klimaschutz. Wir meinen es ernst mit der Veränderung, wir wollen für unsere Werte, Überzeugungen und Ideen eintreten und genau dafür Verantwortung übernehmen.

Im Bund werden wir in den nächsten Jahren in der Opposition sein. In Niedersachsen regieren wir in einer Rot-Grünen Koalition. Wir haben eine Kommunalwahl vor Augen, bei der wir nicht nur starke GRÜNE in Stadt- und Ortsräten und Kreistagen werden wollen, sondern auch (Ober)bürgermeister*innen und eine Landrätin zu verteidigen haben. All das unter einen Hut zu bringen, wird nicht einfach. Wir werden über die Ebenen sehr gut zusammenarbeiten und viel kommunizieren müssen. Und wir müssen gemeinsam Entscheidungen treffen und klare Prioritäten setzen.



Geburtsdatum:
04.10.1979

Kreisverband:
Hannover

Themen:
Verkehrswende, Feminismus,
Demokratie

E-Mail:
swantje.michaelSEN@gruene-
hannover.de

Wir GRÜNE sind uns der Notwendigkeit des Wandels bewusst. Als lebendige Partei streiten wir intern auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse um den besten Weg, prüfen und entwickeln unsere Überzeugungen und Konzepte. Als Partei der Veränderung müssen wir uns auch immer wieder selbst verändern. Dafür ist die interne Vernetzung sowie die Pflege von Bündnissen besonders wichtig. Der Parteirat bündelt Stimmen und Sichtweisen aus Niedersachsen, über Ebenen und Funktionen und lässt diese in die Arbeit des Vorstands einfließen. Daran möchte ich mitwirken und zusammen mit Karo Otte die Landesgruppe aus dem Bundestag im Parteirat vertreten. Dafür bitte ich um euer Vertrauen und eure Stimme.

Eure Swantje

Grünes Engagement

Seit 2023 Mitglied im Parteirat

Seit 2021 Mitglied des Bundestags

2017-21 Mitglied im Vorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Region Hannover

2016-21 Mitglied in kommunalen Parlamenten (Stadtbezirksrat und Regionsversammlung)

Seit 2014 bei den GRÜNEN aktiv, seit 2015 Mitglied

Berufliches und anderes Engagement

Seit 2023 Vorstandsmitglied im ADFC Hannover

Seit 2019 Vorstandsmitglied im Büro für Beteiligungskultur und Stadtentwicklung, Hannover

Seit 2018 Leiterin der AG Mehr Frauen im ADFC Bundesverband

2013-21 Leitung der Geschäftsstelle des ADFC Hannover

2008-2012 Mitarbeiterin bei Experiment e.V., Bonn

2000-2008 Studium der Geschichte und Kunstgeschichte in Mainz, Stockholm, Köln

P16 Detlev Schulz-Hendel

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

wir haben in den letzten Wochen intensiv die Ergebnisse der Bundestagswahl diskutiert und miteinander analysiert. Jetzt ist es aber unbedingt notwendig, schnell den Blick nach vorne zu richten. Und das mit Mut und Zuversicht aber vor allem Entschlossenheit auf allen Ebenen.

Auf der Bundesebene regiert demnächst eine Koalition aus Union und SPD. Gleichzeitig werden wir unsere erfolgreiche Arbeit in der Koalition mit der SPD hier in Niedersachsen fortsetzen. Beides zusammen betrachtet stellt uns vor große Herausforderungen in den nächsten Jahren. Umso entscheidender ist es weiterhin mit der notwendigen Energie und Leidenschaft für unsere Grünen Ziele zu streiten.

Auf der Landesebene haben wir viel erreicht. Bei dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, im Bildungsbereich aber auch bei der Mobilität waren und sind wir die antreibende Kraft im Land. Wir haben maßgeblich dafür gesorgt, dass Bahnstreckenreaktivierungen in Niedersachsen wieder Wirklichkeit werden. Das war und ist mir eine besondere Herzensangelegenheit.

Anne und ich sind gerade erst in unseren Ämtern als Fraktionsvorsitzende in einer Doppelspitze bestätigt worden und in meiner Funktion als Co-Vorsitzender bewerbe ich mich erneut für den Parteirat.

Gerade jetzt brauchen wir starke und motivierte Grüne auf allen Ebenen. Starke Grüne, die sich für eine Integrationsoffensive, für die Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Starke Grüne die nicht müde werden, für soziale Gerechtigkeit zu streiten. Wir dürfen nicht länger zusehen, wenn die Union nach unten tritt und Steuergeschenke nach oben ankündigt. Die notwendigen Zukunftsinvestitionen lassen sich nicht zu Lasten der Bürgergeldempfänger*innen finanzieren, dafür brauchen wir die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Außerdem braucht es eine umfassende Reform der Schuldenbremse, die nicht bloß Aufrüstung und Infrastruktur in den Mittelpunkt stellt, sondern auch Klimaschutzinvestitionen gleichberechtigt berücksichtigt und soziale Fragen stärker in den Mittelpunkt rückt.

Grundlage für all diese Herausforderungen der Zukunft sind eine gute Vernetzung und effiziente Kommunikationsstrukturen auf allen unseren Ebenen. Der Parteirat ist gerade hier ein wichtiges Gremium zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen. Auch über den Parteirat werden wir uns maßgeblich über alle Ebenen von der Kommune bis hin zum Bund austauschen.

Dazu möchte ich auch künftig mit viel Leidenschaft, Erfahrung aber auch Herzblut meinen Beitrag leisten. Ich bitte Euch um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung.



Geburtsdatum:
15.04.1962

Kreisverband:
Lüneburg

Themen:
Medien, Soziales, Mobilität, ländliche Räume

E-Mail:
detlev-schulz-hendel@t-online.de

Euer Detlev

- staatlich geprüfter Betriebswirt
- seit 2017 Landtagsabgeordneter und seit 2022 Co-Vorsitzender der Landtagsfraktion
- Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit 2005
- 2013-2014: Kreissprecher Kreisverband Lüneburg
- 2013-2015 und seit 2023: Mitglied im Parteirat des GRÜNEN LV Niedersachsen
- 2016-2021: Mitglied im Landesfinanzrat des GRÜNEN LV Niedersachsen
- seit 2011: kommunale Mandate in verschiedenen Funktionen

P17 Lino Klevesath

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Bewerbung für einen offenen Platz im Parteirat von Bündnis 90/
DIE GRÜNEN Niedersachsen

Göttingen, im März 2025

Liebe Freund*innen,

unsere liberale Demokratie und unser soziales Miteinander werden angegriffen, und zwar massiv. 17,8 Prozent in unserem Bundesland wählen die AfD, die die liberale Demokratie abschaffen will, nicht-deutschstämmige Menschen konkret bedroht und ihre Politik zum Schaden der Armen hinter einem Schwall der Hetze gegen Geflüchtete und Minderheiten verbirgt. Die USA, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass Deutschland nach den Verbrechen des Nationalsozialismus wieder zu einer Demokratie wurde, wenden sich nun gegen uns Europäer*innen und drohen sogar selbst in die Diktatur abzugleiten. Wir GRÜNE, die wie keine andere große Partei für Demokratie und Menschenrechte und den Erhalt von Klima und natürlichen Lebensgrundlagen eintreten, sind seit Jahren das Ziel von Angriffen der Demokratiehasser*innen und der fossilen Lobby, was durch die Attacken von Unionspolitiker*innen noch verstärkt wurde. Die Ergebnisse der Bundestagswahl zeigen, dass diese Kampagne Erfolg hat. Gerade im ländlichen Raum, in dem die AfD massiv an Raum gewinnt, haben wir es schwer. Aber in unseren Hochburgen in den Städten wie Göttingen haben wir besonders viele Stimmen verloren – und zwar gerade an die Linke.

Für mich ist klar: Wir GRÜNEN müssen aus dem Wahlergebnis unsere Lehren ziehen. Wir müssen unser Projekt der sozial-ökologischen Wende offensiv nach vorne stellen – und zwar auf Landesebene in Regierungsverantwortung, wo wir unsere gute Arbeit fortsetzen müssen, aber noch stärker kommunizieren sollten, wo wir uns von den Strukturkonservativen in der SPD abgrenzen. Gleiches gilt für unsere Oppositionsarbeit in Berlin, wo wir eine klare Alternative zu Schwarz-Rot aufzeigen müssen, wo sowohl Energiewende als auch echte Sozialpolitik und der Kampf für eine Gesellschaft der Vielfalt drohen, zwischen dem fossilen Blackrock-Manager Friedrich Merz und dem grenzenlosen Pragmatismus der Sozialdemokrat*innen geschleift zu werden.

Wir GRÜNEN haben in der Ampelkoalition teilweise schlecht kommuniziert – das ist mittlerweile eine Binse. Aber neben realen Erfolgen wie dem Ausbau der Erneuerbaren, dem 49-Euro-Ticket oder dem gestiegenen Mindestlohn haben wir auch reale Fehler gemacht. Wir hätten in der Koalition stärker für das bereits vereinbarte Klimageld kämpfen müssen, denn ohne dieses Instrument war unser Anspruch, Klimaschutz und sozialen Ausgleich zu verbinden, im Wahlkampf nicht glaubwürdig genug. Auch eine gerechte Reform der Erbschaftssteuer, mit der die wirklich Reichen in unserer Gesellschaft besser zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden können, hätte stärker betont werden sollen. Und: Dem Angst-Diskurs um Einwanderung, Migration und Geflüchtete können wir nicht begegnen, in dem wir selbst das Thema spielen. Die Abschiebung nach Afghanistan und die indirekte Zusammenarbeit mit den frauenverachtenden, anti-demokratischen Taliban war mit grünen Menschenrechtspolitik unvereinbar und hat für die Sicherheit in Deutschland keinen Mehrwert – die



Geburtsdatum:
25.02.1982

Kreisverband:
Göttingen

Themen:
Menschenrechte, Vielfalt, Religions-
und Weltanschauungspolitik;
Außenpolitik

E-Mail:
lino@lino-klevesath.de

Kooperation mit derartigen Regimen vergrößert vielmehr die Sicherheitsrisiken – das ist mir als studierter Politik- und Islamwissenschaftler klar. Grüne dürfen sich an Diskussionen, die Sicherheitspolitik und Abschiebungen vermengen, nicht beteiligen. Der Kampf um die Wiederherstellung des Sicherheitsgefühl der Menschen wird im Inland gewonnen – durch Investitionen in die Kommunen, um allen Menschen einschließlich den Geflüchteten eine gute Infrastruktur zu bieten; Investitionen in Schulen, um Menschen Chancen zu eröffnen; in den Zugang zu psychotherapeutische Versorgung, um Ängsten und Traumata entgegenzuwirken, und nicht zuletzt durch Investitionen in unsere Polizei und die Bundeswehr, um uns und unsere Verbündeten gegen Demokratiefeinde wie Wladimir Putin und seiner Verbündeten zu verteidigen.

Wir GRÜNE haben auch bei uns in Niedersachsen einige wichtige Diskussionen vor uns – vor Ort in den KVn und den kommunalen Parlamenten, aber auch in Hannover im Landesvorstand, unserer Landtagsfraktion und nicht zuletzt im Parteirat.

Als aktives Basismitglied aus Südniedersachsen möchte ich die Perspektive der Universitätsstadt Göttingen als auch des ländlichen Raums in der Region weiter in den Parteirat zusammen mit den anderen Mitgliedern aus Südniedersachsen einbringen, ebenso wie die Perspektive der LAGen, die ich als langjähriger Sprecher der LAG Weltanschauung und Staat gut kenne.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl zeigen uns, dass wir bei unseren inhaltlichen Prioritäten und der Kommunikation einiges ändern müssen. Die Ergebnisse, die wir vor einigen Jahren erzielt haben, zeigen, dass mehr Zustimmung für GRÜN durchaus möglich ist. Packen wir es die Arbeit also an – auch durch unsere Debatten in der Partei, und zwar gerne kontrovers, aber immer im Geiste der Solidarität!

Bei Fragen schreibt mir gerne eine E-Mail oder ruft mich einfach an.

Über Eure Unterstützung freue ich mich sehr.

Euer Lino

Kontakt

Lino Klevesath
Beethovenstraße 11a
37085 Göttingen

0179-6534380
Lino@Lino-Klevesath.de
Facebook: fb.com/lino.klevesath

Politisches Engagement

2010–2016, seit 2022: Sprecher der LAG Weltanschauung und Staat

2016 und seit 2021: Mitglied des Kreisvorstandes (Beisitzer)

seit 2022: Mitglied der AG Mobilität im Kreisverband Göttingen

seit 2021: Mitglied im Parteirat (Niedersachsen)

2017–2019: Mitorganisation von „Pulse of Europe“, Göttingen

2016–2022: stv. Sprecher der BAG Säkulare Grüne

2015–2017: Delegierter des LV Niedersachsen in der BAG Frieden

2010–2013: Mitglied des Kreisvorstandes (Kassierer)

seit 2009: Mitglied bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Berufliches

seit 2017: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung (FoDEx, Fachbereich „Radikaler Islam“)

2014–2017: Persönlicher Mitarbeiter von Gerald Heere MdL

2013–2014: Persönlicher Mitarbeiter von Julia Hamburg MdL

2013: Stipendiat des Orient-Instituts Beirut, Libanon

2008–2013: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte

2004–2005: Sprachlernaufenthalt in Damaskus, Syrien

2002–2008: Studium der Politikwissenschaft, Arabistik, Mittlere und Neuere Geschichte, Göttingen

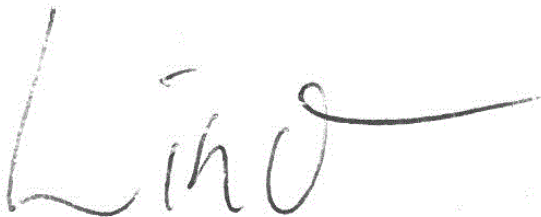
2002: Abitur in Winsen (Luhe)

Mitgliedschaften und Engagement

- Europa-Union
 - ver.di
 - Akut-Hilfe für Kinder und Jugendliche im Libanon e.V. (2017–2020 Tätigkeit als Kassierer)
-

Hobbys

- Kochen
- Reisen
- Wandern

A handwritten signature in black ink that reads "Lino". The signature is written in a cursive, flowing style with a long horizontal stroke extending to the right.

P18 Simon Gast

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Grüne Politik braucht Mut zur Selbstkritik!

Ich denke, ich spreche für die meisten, wenn ich sage, dass das Ergebnis der Bundestagswahl ziemlich ernüchternd war. Klar, immer noch das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten, aber wir sind weit hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben. Ich finde, es braucht jetzt eine ehrliche Analyse zur Bundestagswahl. Denn wir haben massiv Vertrauen verloren, weil wir für viele eben nicht mehr glaubwürdig für das standen, wofür wir 2021 von vielen Menschen gewählt wurden. Gerade Menschen aus meiner Generation betrifft das. Ich möchte den Wahlausgang nicht schön reden und ich fordere hier Mut zur Selbstkritik ein. Diesen Mut möchte ich im künftigen Parteirat einbringen.

Grüne Politik braucht den ländlichen Raum!

Der ländliche Raum braucht grüne Politik, weil er ein Interesse daran hat, dass unsere Lebensgrundlagen geschützt werden. Aber grüne Politik braucht vor allem den ländlichen Raum. Denn hier werden die Moore wieder vernässt, hier muss die Landwirtschaft nachhaltiger und tierfreundlicher werden und hier wird Energiewende gerade im Bereich der Windkraft Realität. Daher müssen wir den ländlichen Raum und die Menschen dort stärker in den Fokus nehmen, auch was unseren Wahlkampf angeht. Denn die Leute wollen eine bessere Mobilität, sie wollen mehr Netto vom Brutto und sie wollen effektiven Klimaschutz für zukünftige Generationen. Mit dem Projekt Moin+ haben wir Grünen im Landkreis Osnabrück durch aktive Beteiligung gezeigt, dass wir das Leben der Menschen durch nachhaltige Mobilität spürbar verbessern können. Das ist ein riesen Erfolg für die Grünen, die Menschen und den ländlichen Raum!

Grüne Politik muss soziale Gerechtigkeit bedeuten!

Ich möchte, dass die Menschen mit grüner Politik assoziieren, dass sie mit kleinem und mittlerem Einkommen weniger Steuern zahlen müssen, ich möchte dass die Mitarbeiterin bei VW bei grüner Politik sicher sein kann, dass ihr Arbeitsplatz, vor allem wegen der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft, Zukunft hat und dass die Aushilfe beim Bäcker weiß, dass Grüne Politik mindestens 15€ die Stunde bedeutet. Grüne Politik heißt für mich aber auch vor allem Solidarität und das heißt, dass die, die viel haben, auch etwas für die Gemeinschaft leisten müssen. Es kann doch nicht sein, dass während Krisenzeiten Aktionär*innen und Superreiche immer reicher werden, während bei vielen anderen die Kaufkraft abnimmt. Unsere Konzepte gehen klar in die richtige Richtung, aber hier müssen wir uns meiner Meinung nach lauter in die Debatte einbringen

Liebe Freund*innen, seit 3,5 Jahren bin ich Sprecher der Grünen im wunderschönen Osnabrücker Land. Ich weiß, was die Menschen bei uns im ländlichen Raum bewegt und ich weiß auch, warum wir in meiner Generationen aber auch bei vielen anderen Vertrauen verloren haben. Ich möchte die Perspektive meiner dortigen Arbeit, aber auch meine Haltung in den Parteirat einbringen und bitte Euch dafür um euer Vertrauen! Dankeschön, dass ihr schon mal bis hierhin gelesen habt! :)

Mein Grünes Engagement



Geburtsdatum:
31.03.2002

Kreisverband:
Osnabrück-Land

Themen:
Ländliche Räume, soziale
Gerechtigkeit, Parteientwicklung

E-Mail:
s.gast@gruene-os-landkreis.de

Seit April 2021
Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seit November 2021
Kreissprecher im Kreisverband Osnabrück-Land

Dezember 2021 – August 2023
Sprecher der Grünen Jugend Nordkreis Osnabrück

Dezember 2021 – Juli 2024
Vorstandsmitglied im Ortsverband Samtgemeinde Bersenbrück

Bildung

2019 – 2022
Schüler der IGS Fürstenau (Abitur)

Seit Oktober 2023
Student der Sozialwissenschaften B.A. an der Universität Osnabrück

Berufliche Erfahrungen

August 2022 – Juli 2023
FSJ in der Wohnungslosenhilfe der Caritas Bersenbrück

August 2023 – September 2024
Aushilfe im Verkauf der Bäckerei Wolke GmbH, Bersenbrück

Seit Oktober 2024
Aushilfe in der Unternehmenskommunikation der
Sievert SE, Osnabrück

P19 Mareen Guth

Antragsteller*in: Maren Guth (KV Osnabrück-Land)

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

ich bewerbe mich für den Parteirat, weil ich durchschnittlich bin.

- Wie 50,8% der Bevölkerung in Niedersachsen bin ich weiblich
- Wie 11,7% der Niedersachsen bin ich zwischen 40 und 50 Jahre
- Wie 57% der Bevölkerung in Deutschland lebe ich im ländlichen Raum
- Wie 34,2 % der Niedersachsen lebe ich in einem Zwei-Personen-Haushalt
- Wie 40% der Menschen meiner Altersgruppe habe ich ein Abitur
- Wie 87,2% der Menschen in meiner Altersgruppe bin ich berufstätig
- Wie 50% der erwerbstätigen Frauen in Deutschland arbeite ich in Teilzeit
- Wie 54,1% der erwerbstätigen Frauen arbeite ich als Angestellte im Dienstleistungssektor
- Wie 41,7% der Menschen in Deutschland nutze ich täglich das Auto

Diese Durchschnittlichkeit möchte ich gerne in den Parteirat einbringen. Denn der Parteirat soll nicht nur eine Schnittstelle zwischen den Menschen vor Ort, den kommunalen Mandatsträgern und der Landespartei darstellen, sondern auch die Breite der Bevölkerung widerspiegeln. Was passt da besser, als jemand, der ziemlich viel Durchschnitt mitbringt - so wie ich?

Doch keine Sorge, ich bin zwar Durchschnitt - aber keine "graue Maus"!

Als Fraktionsvorstand der Grünen Kreistagsfraktion im Landkreis Osnabrück arbeite ich nicht nur eng mit der ersten Grünen Landrätin Anna Kebschull zusammen, sondern koordiniere auch die Zusammenarbeit in einer Koalition aus Grünen, CDU und FDP. Dabei versuche ich, die Lücke zwischen den Zielen des Kreisverbandes und den Realitäten des auf kommunaler Ebene Umsetzbaren möglichst gering zu halten. Das Ringen um beste Lösungen und für alle tragbare Kompromisse gehört nicht nur dazu, sondern ist ein wesentlicher Bestandteil politischer Arbeit für mich. Daher bin ich 2019 nicht nur in die Partei eingetreten, sondern auch direkt seit 2021 als Kreistagsabgeordnete und Fraktionsvorstand aktiv, seit 2023 bin ich zudem auch Mitglied im Kreisvorstand, weil es mir wichtig war, eine Brücke zwischen Fraktion und Kreisverband zu schlagen.

Ich Sorge mich um den ländlichen Raum, in dem ich so gerne lebe und arbeite, der aber gefühlt immer weiter abgehängt wird - für einen bedarfsgerechten öffentlichen Nahverkehr fehlt das Geld, die Krankenhäuser verlagern sich in die Ballungsräume, die Ärzte gehen in die Städte. Dorfzentren werden



Geburtsdatum:

22.01.1976

Kreisverband:

Osnabrück-Land

Themen:

Gesundheit, Pflege, Ländlicher Raum

E-Mail:

mareen_guth@gmx.de

zur unbelebten Wüste, die Jugend sucht Abwechslung und findet sie oft nicht. Ein perfekter Nährboden für die AfD mit ihren populistischen Versprechungen ohne Substanz...

Ich Sorge mich auch um die Zukunft der Gesundheits - und Pflegeversorgung, ein wichtiges Thema, bei dem wir viel zu zurückhaltend sind. Denn keine andere Partei denkt hier so übergreifend, innovativ und nachhaltig wie wir – und trotzdem sind wir kaum hörbar.

Meine Erfahrungen aus der Kommunalpolitik im ländlichen Raum und aus der Gesundheitspolitik möchte ich gerne in den Parteirat einbringen und die Zukunft der Grünen Partei in Niedersachsen aktiv mitgestalten.

Ich bitte für mich und meine Durchschnittlichkeit um euer Vertrauen und eure Stimme für den Parteirat.

Mareen

Über mich:

Geboren am 22.01.1976 im Münsterland

Geschieden

Beruflich:

2000 Ausbildung zur Krankenschwester

2014 Fachwirtin im Sozial – und Gesundheitswesen

2020 Angewandte Psychologie B.Sc.

2022 Integriertes Versorgungsmanagement im Gesundheitswesen M.A.

Seit 05/2010 Pflegedienstleitung in einer Reha-Klinik

Grüne Politik:

Seit 2019 Mitglied bei den Grünen

Seit 2021 Kreistagsabgeordnete & Fraktionsvorstand

Seit 2021 Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

Seit 2021 Gesundheitspolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion

Seit 2022 Parlamentarische Geschäftsführerin der Kreistagsfraktion

Seit 2023 Bildungspolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion

Seit 2023 Beisitzerin im Kreisvorstand

Mitglied in der LAG Gesundheit und Pflege



Mareen Guth

P20 Lennart Quiring

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

hinter uns liegen Bundestagswahlen. Sie haben gezeigt, dass wir derzeit deutlich hinter unserem Potenzial in der Wähler*innengunst liegen. Wir müssen uns fragen, woran das liegt. Für mich sind das zwei Punkte. Zum einen gelingt es uns zu häufig nicht, unsere Themen zu setzen. Stattdessen laufen wir dem Agendasetting anderer hinterher. Hier müssen wir noch stärker proaktiv handeln, statt häufig Entwicklungen hinterher zu laufen. Zum anderen greifen Autokratien unsere liberale Demokratie an - und dabei ganz besonders uns GRÜNE, weil wir so sehr für die persönlich individuelle Freiheit der Lebensführung stehen, wie keine andere Partei.

Auch in Niedersachsen hat die AfD in den meisten Wahlkreisen mehr Stimmen bekommen als wir. Das ist kein Umstand, den wir einfach so hinnehmen können. Wir müssen in die Gesellschaft hineinwirken, damit unser gesellschaftlicher Liberalismus nicht Opfer des Backlashs von Rechts wird. Gemeinsam mit einer zu stärkenden Zivilgesellschaft braucht es die Verteidigung unserer Werte.

Dafür ist es richtig, dass wir uns auf unsere Ursprünge zurückbesinnen. Ökologie, Gleichstellung, sozialer Ausgleich und ja - auch Pazifismus.

In unserem Bundesland gibt es aber auch ganz praktische Probleme, die wir adressieren müssen. Da sehe ich als ganz drängend die Frage der Krankenhausfinanzierung in Verbindung mit der finanziellen Ausstattung unserer Kommunen. 600 Millionen Euro flossen 2024 aus den Kassen der Landkreise und kreisfreien Städte in die Krankenhäuser. Tendenz steigend. Auf der Strecke bleiben am Ende immer die freiwilligen Leistungen, das sind meist Ausgaben im Bereich von Kultur, Sport und Sozialem. Auf der Strecke bleibt dabei aber auch die Demokratie, denn wenn Stadträte und Kreistage kaum noch Gestaltungsspielraum haben, werden ihre Sitzungen fast schon zur Farce.

Beim Thema Wohnraum haben wir es mit einem starken Gefälle zwischen den Ballungszentren und den verhältnismäßig dünn besiedelten, ländlichen Räumen zu tun. In den Städten ist die Miete zu hoch, auf dem Land fehlen Mobilitätsangebote, soziale und kulturelle Infrastruktur, um das Wohnen dort attraktiver zu machen. Die Herstellung der gleichwertigen Lebensverhältnisse braucht daher weiterhin Anstrengungen.

Ein politischer Dauerlauf, der mir besonders am Herzen liegt, ist das Hinarbeiten auf die Postwachstumsgesellschaft. Die planetaren Grenzen sind in vielen Bereichen längst überschritten. Sei es zum Beispiel beim CO₂-Ausstoß, der Artenvielfalt oder dem Flächenfraß. Wir müssen den Raubbau an unseren eigenen Lebensgrundlagen stoppen. Das geht nur mit echten Rohstoffkreisläufen, mehr Nachhaltigkeit und Suffizienz.

Gerne möchte ich im Parteirat dem Vorstand beratend zur Seite stehen und bitte euch dafür um euer Vertrauen.



Geburtsdatum:
21.05.1979

Kreisverband:
Verden

Themen:
Bildung, Postwachstum,
Digitalisierung, Mobilität,
Antifaschismus

E-Mail:
lennart.quiring@gruene-achim.de

Lebenslauf

- seit 2012 Lehrer am Cato-Bontjes-van-Beek-Gymnasium Achim, Fächer Deutsch und Musik
- 2011-2012 Referendariat in Zeven (St.-Viti-Gymnasium) und Stade (Studienseminar)
- 2009-2010 freiberuflicher Liedermacher im Duo „Spieltrieb“
- Abitur, Zivildienst, Studium (Abschluss 2008)

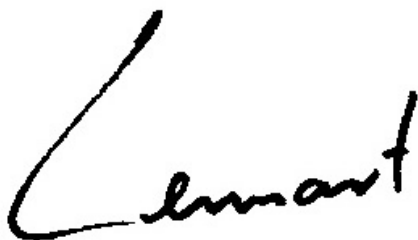
Politik/Ehrenamt

- seit 2024 Delegierter BAG-Bildung
- seit 2024 Mitwirkung im Koordinationsteam der Regionalkonferenz Elbe-Weser
- 2022 Landtagskandidat im Wahlkreis 61 - Verden
- seit 2021 Mitwirkung im Kreisvorstand des KV Verden
- seit 2021 Co-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Verden
- 2020 Co-Kreiskoordinator für das Volksbegehren Artenvielfalt
- seit 2019 aktiv in der LAG Schule
- seit 2018 stellv. Vorsitzender des Musik und Kultur am Cato e.V.
- 2018 bis 2021 beratendes Mitglied im Stadtrat Achim
- 2004 bis 2008 und seit Jan. 2018 wieder Mitglied BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2000-2019 Mytilus e.V., Hamburg
- 1995-2006 Engagement im Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder (BdP) von vor Ort bis bundesweit

Mitgliedschaften

- U.a. GEW, NABU, Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder (BdP), Sozialverband VdK, Medinger Mühlenverein, Musik und Kultur am Cato e.V., Genosse der Polygenos Kulturräume eG Oldenburg

Mit GRÜNEN Grüßen



P21 Anne Kura

Antragsteller*in: Anne-Friederike Kura (KV Osnabrück-Stadt)

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

im Parteirat kommen die politischen Ebenen in unserem Landesverband zusammen, um die anstehenden Aufgaben strategisch zu beraten und gemeinsam anzugehen. Daher bewerbe ich mich als Vorsitzende der Landtagsfraktion erneut um einen Sitz.

Der Parteirat für mich ein zentraler Ort für schlagkräftige Grüne Politik in Niedersachsen und dafür, die Erfolge unserer Politik klar zu kommunizieren.

Die letzten gut zwei Jahre zeigen: Grüne Politik ist gut für Niedersachsen. Damit nicht nur das Land, sondern auch die Partei profitiert, müssen wir die Köpfe und Herzen der Menschen für grüne Politik begeistern.

Erfolge gut kommunizieren

Wir haben in der Landespolitik viel vorzuweisen: Turbo beim Ausbau der Erneuerbaren statt GroKo-Stillstand, Offensive für die klimaneutrale Modernisierung statt Investitionsstau, Gründung einer Landeswohnungsgesellschaft statt Achselzucken; nachhaltige und tiergerechtere Landwirtschaft statt „Wachse oder Weiche“ und oberste Priorität für Bildungsgerechtigkeit und bessere Bedingungen für Lehrkräfte.

Kräfte bündeln für Veränderungen

Wir haben noch viel zu tun: Klimaneutralität, Bildungsgerechtigkeit, Mobilitätswende, nachhaltiger und sozial gerechter Umbau der Wirtschaft, den Strukturwandel in der Landwirtschaft und den Schutz von Natur, Artenvielfalt und Lebensgrundlagen erreichen wir nur, wenn es gelingt, das Land weiter zu verändern.

Dafür müssen wir die Gesellschaft zusammenhalten. Das kann eine Regierung nicht allein schaffen, dafür brauchen wir gesellschaftliche Unterstützung und Veränderungsbereitschaft auf allen politischen Ebenen. Durch das Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteur*innen im Landesverband können wir unsere Kräfte bündeln und mehr erreichen. Lasst uns das nutzen und unsere Ideen im Parteirat zusammentragen. Zum Beispiel, wie wir die riesige Chance nutzen, dass wir so viele Mitglieder haben, wie nie zuvor.

Kommunalwahl im Blick

Nach der Bundestagswahl ist vor der Kommunalwahl. Kommunalpolitik ist großartig und sie ist mir wichtig: Ich war viele Jahre Vorsitzende des Stadtverbands Osnabrück und sitze seit 2016 im Stadtrat. Für uns als Landesverband ist die Kommunalwahl die größte Wahl, mit den meisten Kandidierenden. Sie bietet die Chance, auch weiter Verantwortung zu übernehmen. Denn gerade die ehrenamtlich Engagierten vor Ort, überall im Land, in ländlichen Räumen, in Dörfern und Städten, zeigen jeden Tag,



Geburtsdatum:

03.08.1984

Kreisverband:

Osnabrück-Stadt

Themen:

sozial-ökologischer Umbau, Europa, Naturschutz

E-Mail:

kura@gruene-os.de

dass Grüne Politik Probleme anpackt und Lösungen entwickelt. Es liegt mir sehr am Herzen, dass wir hier erfolgreich sind.

Mit Sichtbarkeit und Erfolgen vor Ort und im Land schaffen wir außerdem die Voraussetzungen für die nächste erfolgreiche Landtagswahl.

Liebe Freund*innen,

da ich am Wochenende der LDK auf einer Delegationsreise mit dem Ministerpräsidenten unterwegs bin, kann ich leider nicht nach Celle kommen. Wenn ihr Fragen habt, meldet euch gerne im Vorfeld.

Ich freue mich über eure Unterstützung und auf konstruktive Debatten im neuen Parteirat.

Herzliche Grüße,
Eure Anne

P22 Angela Sanchez

Antragsteller*in: Maria Angela Sanchez Fernandez (KV Harburg-Land)

Tagesordnungspunkt: 7. Wahl des Parteirats

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

wir stehen vor multiplen Krisen – Klimawandel, soziale Ungleichheit, Biodiversitätsverlust und Wohnungsnot. Sie sind das Ergebnis jahrzehntelanger Politik, die Profite über das Gemeinwohl stellte. Auch in Niedersachsen zeigen sich die Folgen: Hitzewellen, Artensterben, Wohnraummangel, marode Schulen, unzureichende Gesundheitsversorgung und ein schlechter ÖPNV.

Ein wichtiges Anliegen ist mir die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit in Deutschland. Das reichste 1 % besitzt mehr Vermögen als 90 % der restlichen Bevölkerung – eine der stärksten Konzentrationen in der EU. Diese extreme Ungleichheit untergräbt Chancengleichheit sowie soziale Gerechtigkeit und gefährdet die Demokratie. Die jüngsten Wahlergebnisse haben uns dies schondeutlich vor Augen geführt.

Ich setze mich dafür ein, große Vermögen stärker zu besteuern, Kapital- und Arbeitseinkommen gleich zu behandeln und das Erbrecht gerechter zu gestalten.

Gedanken zum Tag der Frau

Noch immer haben Frauen nicht die gleichen Karrierechancen wie Männer. In Wissenschaft, Medizin und Wirtschaft stoßen sie an eine gläserne Decke, die ihnen den Aufstieg in Führungspositionen erschwert. Während es mehr Frauen in Aufsichtsräten gibt, bleiben sie in den Vorständen großer Unternehmen die Ausnahme. Aufstiegschancen dürfen kein Privileg für Männer bleiben.

Gleichberechtigung ist nicht nur ein moralisches Gebot, sondern auch ein wirtschaftlicher Vorteil. Länder mit hoher Gleichstellung sind innovativer, stabiler und erfolgreicher.

Meine Motivation

Wir stehen vor einem Überlebenskampf gegen die Klimakatastrophe und das Artensterben. Wir werden diese Probleme nur in einer resilienten Gesellschaft lösen können.

Ich kandidiere für den Parteirat der Grünen, um einerseits meine Herzenthemen voranzutreiben und andererseits den Landesvorstand darin unterstützen, die Institutionalisierung der Regionalkonferenzen weiter voranzutreiben. Wir brauchen die Stärkung der Regionen, um eine engere Verzahnung zwischen allen Ebenen zu haben.

Mit meiner Erfahrung, meinen Ideen und meiner Energie möchte ich mit euch für eine gerechte und nachhaltige Zukunft kämpfen.

Kurzprofil

Ausbildung: Staatlich-geprüfte Bankkauffrau



Geburtsdatum:
06.02.1964

Kreisverband:
Harburg-Land

Themen:
Soziale Ungleichheit, Frauenrechte,
nachhaltige Wirtschaft

E-Mail:
sanchez.angela@gmx.de

Studium: Diplom-Dolmetscherin

Politisches Engagement:

Seit 2018 Mitglied bei den Grünen

Von 2018 bis 2021 und erneut seit Oktober 2024 Vorstandsmitglied im OV Salzhausen-Hanstedt

2019 und 2020 Mit-Koordinatorin des Volksbegehrens Artenvielfalt im Landkreis Harburg

2021 bis 2022 Ersatzmitglied Länderrat der Grünen

Seit März 2024 Mitglied im Kreisvorstand

Mandate:

Seit November 2021 Mitglied im Kreistag des Landkreises Harburg

Seit November 2021 Mitglied im Rat der Samtgemeinde Hanstedt, Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende der Gruppe Grüne/SPD


Mitgliedschaften:

Berufsverbände: aiic, VKD im BDÜ e.V

Sonstige Mitgliedschaften: ADFC und Nabu

Herzliche Grüße

Angela



BuFiRat1 Andreas Hoffmann

Tagesordnungspunkt: 8.1. Bundesfinanzrat

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

wir stehen vor einer neuen politischen Realität: Nach der Bundestagswahl sind wir im Bund in der Opposition. Jetzt braucht es starke Grüne, um gegen Merz und Söder ein klares Zeichen zu setzen. Das zeigen nicht zuletzt die jüngsten Diskussionen zum Sondervermögen und einer Reform der Schuldenbremse. Immer mehr Menschen treten uns bei, weil sie wissen: Es braucht uns mehr denn je! Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Frieden – unsere politischen Aufgaben sind nicht weniger geworden, sondern größer. Damit wir sie bewältigen können, müssen wir Grüne finanziell handlungsfähig bleiben.

Aber unsere Bundestagsfraktion ist kleiner, in einigen Parlamenten im Osten sind wir nicht mehr vertreten – dies bedeutet weniger Mandatsträger*innen-Abführungen und geringere staatliche Grundfinanzierung. Gleichzeitig werden wir immer mehr, was zusätzliche Mitgliedsbeiträge mit sich bringt. Unsere Partei wächst, unsere Strukturen entwickeln sich weiter, und mit ihnen verändern sich auch die finanziellen Herausforderungen. Es geht nicht nur darum, Mittel zu verwalten, sondern darum, diese möglichst effektiv unter den verschiedenen Gliederungen zu verteilen und unsere Partei strategisch gut aufzustellen. Wie schaffen wir es, dass Kreis- und Landesverbände stark bleiben und unsere politische Arbeit weiterhin mit voller Kraft betrieben werden kann? Wie stellen wir sicher, dass die Grüne Jugend als progressiver Impulsgeber handlungsfähig bleibt? Gerade in den letzten Monaten musste sich die GJ stark erneuern und weiterentwickeln – doch ihre Finanzierung wird immer wieder in Frage gestellt. Dabei ist es essenziell, für eine faire und verlässliche finanzielle Unterstützung unserer GJ zu sorgen, denn sie bringt wichtige Perspektiven ein und treibt uns als Partei immer wieder zur Erneuerung an.

Im Landesfinanzrat arbeiten wir eng mit unserem Landesschatzmeister und dem Finanzreferenten zusammen und wissen, wie entscheidend eine durchdachte Finanzstrategie ist. Ob Wahlkämpfe, Mitgliederentwicklung oder politische Kampagnen – all das braucht eine solide finanzielle Grundlage. Viele Herausforderungen, die wir auf Landesebene bewältigen, gelten auch für den Bund. Ich bringe Erfahrung aus Kreis-, Landes- und Landtagsfraktionsebene als haushaltspolitischer Sprecher mit und bin überzeugt: Eine starke Partei braucht eine starke Finanzpolitik. Diese Erfahrung möchte ich in den Bundesfinanzrat tragen: für eine transparente, nachhaltige und strategisch ausgerichtete Finanzpolitik, die unsere Partei auf allen Ebenen stärkt.

Deshalb bitte ich um euer Vertrauen, uns im Bundesfinanzrat vertreten zu dürfen.

Herzlichst

Euer Andreas



Geburtsdatum:
20.09.1982

Kreisverband:
Braunschweig

Themen:
Haushalt & Finanzen, Klima,
Mobilität, Antifaschismus und Sport

E-Mail:
andreas.hoffmann@gruene-
braunschweig.de

Grüne Vita

- Seit 2008 Mitglied BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2009 – 2015 Sprecher diverser LAGen (LAG Europa; LFG Europa), LV Sachsen-Anhalt und Sachsen
- 2011 Wahlkampfmanager, Halle (Saale)
- 2011 Büroleiter MdL Dietmar Weihrich, Sachsen-Anhalt
- 2015-2020 Teil der Geschäftsführung, KV Braunschweig
- 2020-2022 Schatzmeister, KV Braunschweig
- Seit 2021 Mitglied im Landesfinanzrat, Niedersachsen
- Seit 2022 Sprecher, KV Braunschweig
- Seit 2022 Mitglied des niedersächsischen Landtags (haushaltpolitischer Sprecher)

Persönliches

- *20.09.1982 Halle (Saale)
- glücklich verheiratet und Papa einer Tochter
- Abitur und Zivildienst (Bahnhofsmission), Halle (Saale)
- Studium der Neueren und Neusten Geschichte sowie Politikwissenschaften, Halle (Saale) und Dresden
- Promotion Neuere und Neuste Geschichte, TU Dresden, Dresden
- Seit 2015 in Braunschweig
- letzte Stelle Koordinator EU-Mission 100 Klimaneutrale Städte bis 2030, Stadt Braunschweig
- Neben der Politik: meine Familie und am besten gemeinsam Radfahren, Reisen, Wandern, Laufen und zur Entspannung Podcasts und Bücher

Mitgliedschaften

- HSC Leu 06 Braunschweig e.V. (1. Vorsitzender)
- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (Beisitzer Arbeitsgemeinschaft Braunschweig)
- Allgemeiner Deutscher Fahrradclub e.V. (adfc)
- weitere Braunschweiger Vereine

LR3 Juli Klippert

Tagesordnungspunkt: 8.2. Länderrat

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

wenn ihr jemanden sucht, der im Länderrat nur die Hände hebt oder im richtigen Moment applaudiert, bin ich wohl nicht die richtige Wahl für euch. Ich kandidiere, weil wir unseren politischen Kompass neu ausrichten müssen. In den vergangenen Jahren haben wir auf Bundesebene oft versucht, es allen recht zu machen – ein Kurs, der für mich gescheitert ist. Jetzt brauchen wir den Mut, klare Ziele zu setzen und den Weg dahin gemeinsam zu bestreiten. Gerade nach der Bundestagswahl ist der richtige Moment für diesen Kurswechsel.

Seit über acht Jahren erlebe ich als Ratsmitglied im hannoverschen Stadtrat aus erster Hand, wo es in unseren Kommunen hakt. Gleichzeitig eröffnet mir meine Arbeit in der niedersächsischen Landtagsfraktion täglich wertvolle Einblicke in die spezifischen Herausforderungen und Chancen unserer städtischen und ländlichen Regionen. Diese vielfältigen Erfahrungen möchte ich gezielt im Länderrat für euch einbringen.

Privat lebe ich (im Wechselmodell) mit zwei kleinen Süßmäusen (4 und 8 Jahre alt) zusammen, die mich täglich anspornen, niemals den Mut zu verlieren. Denn gerade wenn uns der Wind entgegenweht, zeigt sich unsere Stärke – wir bleiben standhaft und finden auch in stürmischen Zeiten den Weg nach vorne.

Stan Lee hat es treffend formuliert: „With Great Power Comes Great Responsibility.“ Ich besitze keine Superkräfte, aber unsere Partei steht für eine gesellschaftliche Kraft, die eine große Verantwortung mit sich bringt: die politische Meinungs- und Willensbildung. Es wird Zeit, dieser Verantwortung noch mehr nachzukommen und den rechts-konservativen Kurs in unserem Land endlich die Mehrheiten zu entziehen.

Seid ihr dabei? Dann freue ich mich über eure Unterstützung!

Mit solidarischen Grüßen
Juli (es/keine Pronomen)

Grüne Vita für die Freund*innen von Fakten:

- Mitglied seit Januar 2024



Geburtsdatum:

02.01.1988

Kreisverband:

Region Hannover

Themen:

Feminismus, Gleichstellung,
Kommunales, Kultur, Queer, soziale
Gerechtigkeit und Soziales

E-Mail:

juli.klippert@gruene-hannover.de

- Co-Sprecher*in LAG Queer
- Delegiert für BDK und LDK
- Co-Sprecher*in Parteirat Hannover
- Sprecher*in für Gleichstellung und Queerpolitik im Stadtrat Hannover
- Ratsmitglied seit November 2016 (seit Dezember 2023 in der Grünen Ratsfraktion)
- Social Media Leitung bei der Grünen Landtagsfraktion Niedersachsen

LR4 Detlev Schulz-Hendel

Tagesordnungspunkt: 8.2. Länderrat

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

wir stehen vor großen Herausforderungen, aber auch vor vielen Chancen, um unsere Gesellschaft nachhaltig und gerecht zu gestalten. Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke, vernetzte und handlungsfähige Partei ist. Jetzt gilt es, mit Entschlossenheit nach vorne zu blicken und gemeinsam für eine demokratische Zukunft zu streiten.

Während auf Bundesebene eine Koalition aus Union und SPD regieren wird, setzen wir auf Landesebene unsere erfolgreiche Arbeit fort. Doch gerade jetzt brauchen wir eine starke grüne Stimme, die den notwendigen gesellschaftlichen Wandel vorantreibt. Unsere Erfolge im Bereich der Erneuerbaren Energien, der Mobilität und der sozialen Gerechtigkeit zeigen, dass wir etwas bewegen können – und genau das müssen wir weiterhin mit Leidenschaft und Tatkraft tun.

In meiner Funktion als Co-Vorsitzender der Landtagsfraktion weiß ich, wie wichtig es ist, Brücken zu bauen und einen konstruktiven Austausch zwischen den verschiedenen politischen Ebenen und Interessen zu ermöglichen. Der Länderrat spielt hierbei eine zentrale Rolle: Er ist das Bindeglied zwischen Bundespartei und Landesverbänden und bietet eine Plattform für strategische Weichenstellungen.

Gerade in diesen Zeiten ist es essenziell, dass wir als Grüne nicht nur reagieren, sondern aktiv gestalten. Ob es um eine soziale und gerechte Steuerpolitik, die notwendige ökologische Transformation oder die Verteidigung unserer demokratischen Werte geht – wir dürfen nicht zulassen, dass Fortschritt ausgebremst wird. Stattdessen müssen wir gemeinsam Lösungen entwickeln und mutige Entscheidungen treffen. Dafür braucht es eine enge Vernetzung und eine klare, progressive Strategie.

Ich bewerbe mich für den Länderrat, weil ich unsere Partei in diesen entscheidenden Fragen aktiv mitgestalten und meine Erfahrung in die bundesweite Arbeit einbringen möchte. Mit Leidenschaft, Fachwissen und Engagement werde ich mich dafür einsetzen, dass wir als Grüne weiterhin eine treibende Kraft für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Demokratie bleiben.

Ich bitte Euch um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung.

Euer Detlev



Geburtsdatum:
15.04.1962

Kreisverband:
Lüneburg

Themen:
Medien, Mobilität, Wirtschaft,
Ländliche Räume

E-Mail:
detlev-schulz-hendel@t-online.de

LR5 Pia Lucienne Bänecke

Tagesordnungspunkt: 8.2. Länderrat

Selbstvorstellung

Ihr Lieben,

in einer Zeit, in der über die Hälfte der Bevölkerung konservativ bis rechtsextrem wählen, unser Frieden in Europa mehr als nur gefährdet und unsere Lebensgrundlage bedroht ist, ist es wichtiger denn je, klare Haltung zu zeigen.

Haltung, die uns Grünen häufig fehlt, wenn wir doch schon Kompromisse für alle Beteiligten anbieten, bevor überhaupt Verhandlungen starten.

Der Bundestagswahlkampf und die daraus resultierenden Ergebnisse haben gezeigt, dass jetzt nicht die Zeit für einen Mitte-Kurs mit Merz ist, sondern wir wieder stärker für unsere Grundwerte eintreten müssen. Wir sind eine Partei der Ökologie, des Friedens und des Feminismus und genau diese Themen geraten in der heutigen Zeit besonders unter Druck. Deshalb braucht es eine starke Grüne, die sich für konsequenten Klimaschutz, Frieden in Europa ohne Eingriff in die Souveränität eines Staates und die Gleichberechtigung aller Menschen einsetzt.

Aber auch in Gerechtigkeitsthemen müssen wir bei der neuen Regierung den Finger in die Wunde legen. Zu viele Menschen können ihre Mieten und Lebensmittel nicht mehr bezahlen. Zu viele Menschen fallen durch unser marodes Bildungs- und Sozialsystem. Eine gute Sozialpolitik ist elementar für eine offene und solidarische Gesellschaft. Unter CDU und SPD wird es die aber nicht geben.

Daher brauchen wir eine Opposition, die den Menschen mit seinen Bedürfnissen konsequent in den Mittelpunkt stellt – ungeachtet von Geschlecht, Alter, Herkunft oder sexueller Orientierung.

Um unsere Partei bei einem progressiven Kurs zu unterstützen, bewerbe ich mich für den Länderrat und bringe dabei gerne meine Perspektiven und Erfahrungen als junge Ratsfrau aus einem Arbeiterhaushalt ein.

Ich freue mich aufs gemeinsame Streiten und guten Lösungen finden.

Danke an alle, die sich die Zeit genommen haben, diese Bewerbung zu lesen :)

Über mich:

Ausgebildete Marketingkommunikationskauffrau

Nebenberufliche Kickboxtrainerin

Seit 2021 Ratsmitglied in Buchholz i.d.N.

Beisitzerin im KV Harburg-Land

Delegierte für den Bundesfrauenrat

GJ-Mitglied



Geburtsdatum:
11.07.2000

Kreisverband:
Harburg-Land

Themen:
Soziale Gerechtigkeit, Feminismus

E-Mail:
pia@gruene-buchholz.de

LR6 Karina Sinn

Tagesordnungspunkt: 8.2. Länderrat

Selbstvorstellung

Liebe Freund:innen,

Wir alle haben uns ein stärkeres Ergebnis bei den Bundestagswahlen gewünscht.

In der Gruppe der 18-24 Jährigen verloren wir mit 13% mit Abstand den höchsten relativen Stimmenanteil, die Gruppe der 25-34% Jährigen folgt mit 7%.

So ein Wahlergebnis ist für mich als sehr junges Mitglied nicht akzeptabel und zu sehen, wie die Polarisierung meiner Generation immer weiter voranschreitet, tut mir weh.

Wir als Grüne Partei müssen wieder eine Politik gestalten, die sich an den Sorgen und Bedürfnissen junger Menschen orientiert – und das gelingt nicht ohne ihre direkte Beteiligung an Gestaltungsprozessen.

Dazu gehört, die große Frage der Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt zu rücken und den klaren Anspruch zu erheben, zukünftigen Generationen saubere Luft, fruchtbare Böden, eine funktionierende Demokratie und ein lebenswertes Klima zu hinterlassen.

Kurz zu mir:

Mein Name ist Karina Sinn, ich bin 18 Jahre alt und komme aus der Kleinstadt Damme, einer Region, die stark landwirtschaftlich geprägt ist. Daher ist mir Grüne Politik für ländliche Räume besonders wichtig. Ich gehöre zum KV Vechta und bin aktuell noch Schülerin in der 12. Klasse mit einer Begeisterung für Naturwissenschaften und Politik. Nach meinem Abitur möchte ich Medizin studieren.

In meiner Familie sind und waren Politik und politische Diskussionen fester Bestandteil unseres Alltags – besonders am Küchentisch wird leidenschaftlich debattiert.

Deshalb habe ich bereits in der Grundschule begonnen, mich als Schüler:innenvertretung einzubringen. Für die SV habe ich mich dann bis zum Ende der 10. Klasse durchgängig engagiert. In sämtlichen Ämtern, (Fach)Ausschüssen, Gremien und Konferenzen und bei der Organisation von Aktionstagen, Spendenaktionstagen, Demos, themenbezogenen Projekten zu den unterschiedlichsten Themen oder einer Abiturentlassungsrede hatte ich das große Glück immer wieder zu erleben, wie Engagement funktioniert.

Nach acht Jahren beschloss ich, mich politisch weiterentwickeln zu wollen und trat dann 2023 bei den Grünen ein. Vollkommen unerwartet wurde ich bereits an meinem ersten Tag in den GJ-Vorstand meines Kreisverbandes gewählt. Seitdem ist viel passiert: Diskussionen, Veranstaltungen, Besuche, Stammtische, Wahlkampf, Podiumsdiskussionen, auch mit mir als Moderatorin.

Ergänzend durfte ich in meiner Heimatstadt Damme vor über zwei Jahren ein Jugendteam mit aufbauen, um Jugendlichen mehr Gehör in unserer Kommunalpolitik zu verleihen. Ein Jugendteam ist vergleichbar



Geburtsdatum:
13.11.2006

Kreisverband:
KV Vechta

Themen:
Schule, Jugend und Soziales,
besonders Jugendpartizipation;
Chancengleichheit; Frauenpolitik;
Inklusion

E-Mail:
karina-sinn@hotmail.com

mit einem Jugendparlament, jedoch mit flexibleren Strukturen, die eine einfachere und niedrigschwelligere Partizipation ermöglichen.

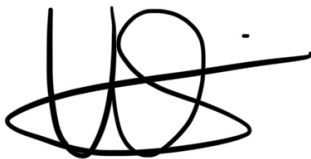
Wir sind ein unglaublich buntes und vielfältiges Team, das bis heute sehr aktiv ist und das bei allen Entscheidungen, die Jugendliche in Damme direkt betreffen mit einbezogen wird und auch selbstständig Anträge einreicht. Für eine stärkere Repräsentation von Jugendlichen sitze ich deshalb ebenfalls im Schul-, Jugend- und Sozialausschuss meiner Stadt und bin Mitglied im Stadt-Jugend-Ring.

Herzensthema ist für mich die Frage wie bessere Jugendpartizipation gelingen kann. Besonders wichtig ist mir dabei Chancengleichheit und Frauenpolitik. Auch das Thema Inklusion ist mir sehr wichtig – insbesondere in der Schule, wo jede:r die gleichen Möglichkeiten erhalten sollte.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in unserer Politik junge Menschen mehr in den Fokus nehmen müssen. Und das funktioniert nur, wenn jungen Menschen anteilig auch bei allen wichtigen parteiinternen Entscheidungen mit am Tisch sitzen.

Deshalb möchte ich eine junge, weibliche, grüne, ländliche Stimme in den Länderrat tragen und freue mich über euer Vertrauen und eure Unterstützung.

Karina



LR7 Anne Kura

Antragsteller*in: Anne-Friederike Kura (KV Osnabrück-Stadt)

Tagesordnungspunkt: 8.2. Länderrat

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

das Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD gibt einen bitteren Vorgeschmack auf die kommenden Jahre: Klimaschutz hat keine Priorität mehr. Natur- und Umweltschutz völlig Fehlanzeige. Auch Kinder und Frauen werden ins politische Abseits gestellt. Gerechte Verteilung von Wohlstand, ein gutes, bezahlbares Leben für alle weit in die Ferne gerückt. Stattdessen soll die ohnehin schon restriktive Asyl- und Migrationspolitik weiter verschärft werden. Dazu kommen die Attacken von CDU und CSU auf die Zivilgesellschaft.

Mehr in unsere Sicherheit zu investieren, ist zwar richtig. Die größte globale Bedrohung von Wohlstand und Sicherheit ist – neben autokratischen Herrschern – der Klimawandel. Bei sozialgerechten Investitionen zur Klimaneutralität muss deshalb gelten: „Whatever it takes“. Stattdessen sollen wohl mühsam errungene Fortschritte zurückgedreht werden.

Damit ist klar: für Bündnis 90/Die Grünen gibt es einen klaren Auftrag. Als Opposition sind wir die Anwältin der Zukunft, der Gerechtigkeit, der offenen Gesellschaft und menschenrechtsbasierter Politik.

Es bleibt kaum Zeit für Selbstbeschäftigung, dennoch ist es wichtig, die Regierungszeit – Erfolge und Fehler – gemeinsam aufzuarbeiten, um daraus zu lernen. Aber neben sorgfältiger Analyse und Selbstkritik brauchen wir auch wieder mehr Selbstbewusstsein. Haben wir den Mut, uns wieder stärker auf unsere Werte zu stützen – und sie offensiv zu vertreten.

Auch wenn Merz und Söder versuchen werden, die Ergebnisse grüner Regierungspolitik abzuwickeln – sie werden schnell versuchen, sich die Erfolge zum Beispiel beim Ausbau der Erneuerbaren selbst anzuheften. Wir müssen also immer darauf hinweisen, dass sie von der grünen Politik profitieren, die doch sie selbst immer bekämpft haben.

Wir dürfen uns nicht in der Rolle der Verteidigerin begnügen. Wir müssen in der Opposition Ideen nach vorne stellen, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft machen: Klimageld, Geschlechtergerechtigkeit und Lebensqualität. Ein solidarisches Europa. Eine nachhaltige Perspektive für unsere Wirtschaft. Umwelt- und Klimaschutz, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit für uns und künftige Generationen, dafür braucht das Land grüne Politik. Und dafür müssen wir Bündnisse bilden.

Es geht darum gesellschaftliche Mehrheiten für progressive Politik zu gewinnen und die Menschen davon zu überzeugen und zu begeistern, dass wir Grünen die entscheidende Kraft dafür sind.

Die Landessatzung sieht vor, dass die Landtagsfraktion innerhalb der Länderratsdelegation vertreten sein soll. Ich freue mich, wenn ihr meine Bewerbung für den Länderrat unterstützt.

Da ich am Wochenende der LDK auf einer Delegationsreise mit dem Ministerpräsidenten unterwegs bin, kann ich leider nicht nach Celle kommen. Wenn ihr Fragen habt, meldet euch gerne im Vorfeld.



Geburtsdatum:

03.08.1984

Kreisverband:

Osnabrück-Stadt

Themen:

sozial-ökologischer Umbau, Europa, Naturschutz

E-Mail:

kura@gruene-os.de

Herzliche Grüße, Anne

LR8 Lena Gumnior

Tagesordnungspunkt: 8.2. Länderrat

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

hinter uns liegt ein bewegter Start ins das Jahr 2025.

Mit einer Bundestagswahl mit dessen Wahlergebnis wir keinesfalls zufrieden sein können, mit einem völlig entfesselten US-Präsidenten Trump auf den keinen Verlass ist und mit einem möglichen Kanzler Merz, der seine Wahlversprechen schon vor Amtsantritt bricht.

Mitten in dieser Lage müssen wir Grüne als Partei uns nun eine neue Rolle einnehmen, die klar und hart kritisiert und trotzdem in diesen schwierigen Zeiten Verantwortung übernimmt.

Millionen Menschen ist der Schutz der Ökologie und die Einhaltung der Klimaziele ein großes Anliegen. Dass die Bekämpfung der Klimakrise in der politischen Debatte weiterhin vorkommt, wird nur mit uns möglich sein.

Ebenso der Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen und das Interesse an einer gerechteren Gesellschaft. Unter Merz werden die Rechte von FLINTA-Personen zerrieben. Die SPD wird nicht die Kraft finden, sich dagegen zu stellen. Es wird auf uns ankommen, diese Grundrechte zu schützen.

Ich will mit euch für eine zukunftsgerichtete Politik stehen, die unter Sicherheit nicht nur Verteidigungsausgaben versteht, sondern auch die effektive Bekämpfung der Klimakrise. Für eine Politik, die an der Seite unserer Bündnispartnerinnen steht und für die Einhaltung der Menschenrechte streitet. Für eine Politik für Alle und nicht nur die oberen 1%.

Und diese Aufgabe, unser Profil wieder zu schärfen und nach vorne zu stellen, ist auch Aufgabe unserer Partei. Auf unseren Parteitag und beim Länderrat. Und dafür möchte ich für und mit euch streiten.

Dafür bewerbe ich mich als Delegierte für den Länderrat und bitte um euer Vertrauen.

Eure Lena



Geburtsdatum:
10.12.1992

Kreisverband:
Verden

E-Mail:
lena.gumnior@gruen-kv-verden.de

LSG1 Thomas Rackow

Tagesordnungspunkt: 8.3. Landesschiedsgericht

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin Thomas Rackow, Vater von zwei erwachsenen Kindern und lebe mit meiner Partnerin in Stade. Selbstständiger IT-Berater und Co-Gründer des Coworking Spaces in Stade.

Im Ehrenamt bin ich beratendes Mitglied im Ausschuss Stadtentwicklung, Klima und Umweltschutz des Stader Rates, im Vorstand der BürgerEnergieGenossenschaft in Stade und, viel wichtiger für meine Bewerbung, als ehrenamtlicher Richter am Landgericht Stade tätig.

Aktiv mit euch für Grüne Politik bin ich seit 2021. Vor meiner Zeit als Selbstständiger und Unternehmer war ich in der betrieblichen Mitbestimmung (Betriebsratsvorsitzender) tätig.

Mit meiner Bewerbung biete ich den Mitgliedern unseres Landesverbands an, dass ich meine Erfahrung im Umgang mit Konflikten, meine Vertraulichkeit und Integrität sowie meine Überzeugungen in Fragen der Demokratie und der Rechtschaffenheit in den Dienst unseres Landesverbands stelle. Um zur Lösung von etwaigen Streitigkeiten beizutragen, werde ich mich an meinen Eid als ehrenamtlicher Richter halten und nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit dienen.

Dafür bitte ich euch um euer Vertrauen.



Geburtsdatum:
17.09.1977

Kreisverband:
Stade

Themen:
Digitalisierung, Wirtschaft,
Demokratie und Freiheitsrechte

E-Mail:
thomas.rackow@gruene-ov-stade.de

LSG2 Thoma Klein

Antragsteller*in: Thomas Klein (KV Osnabrück-Stadt)

Tagesordnungspunkt: 8.3. Landesschiedsgericht

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit 2018 bin ich Beisitzer im Landesschiedsgericht und seit 2023 dessen Vorsitzender.

Für mich ist die Mitarbeit im Landesschiedsgericht eine spannende Tätigkeit: Bin ich in meinem Beruf als Rechtsanwalt klarer Vertreter der Interessen meiner jeweiligen Mandant*innen, also parteiisch, muss ich im LSchG neutral und unabhängig über die jeweiligen Anträge entscheiden. Wichtig war und ist mir dabei stets, zunächst zu versuchen, mit den Beteiligten eine gemeinsame Lösung zu finden. Dann aber zu entscheiden und als Mitglied des LSchG dafür Verantwortung zu übernehmen, wenn eine gütliche Einigung nicht möglich ist.

Wir Grünen sind eine streitbare Partei, sowohl gegenüber der politischen Konkurrenz, als auch bei internen Debatten. Aber diese Streitbarkeit führt erfreulicherweise nur selten zum LSchG.

Nach zweijähriger Tätigkeit als Vorsitzender des des LSchG, bewerbe ich mich erneut um die Position des Vorsitzenden. Dabei kann ich auf meine langjährige Tätigkeit im LSchG, aber natürlich auch auf meine lange Berufstätigkeit als Rechtsanwalt zurückgreifen.

Ich bitte um Eure Unterstützung

Euer

Thomas

Zu meiner Person:

Ich wurde 1955 Jahren in Bremen geboren. Seit 1981 arbeite ich als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht in Osnabrück.

Von 2011 bis 2021 war ich Mitglied der grünen Ratsfraktion in Osnabrück und bin seit 2012 Mitglied der Partei Bündnis90/Die Grünen.

Seit 2018 gehöre ich dem Landesschiedsgericht an, bin Co-Sprecher der Landesgruppe Niedersachsen-Bremen von RechtGrün (Verein für grüne und grünahe Jurist*innen) und beteilige mich an der LAG und der BAG Demokratie und Recht.

Ehrenamtlich bin ich Mitglied im Fachausschuss Strafrecht der Rechtsanwaltskammern Oldenburg und Celle und bin Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen.

Bei Fragen zu mir und meiner Kandidatur meldet Euch bitte unter: klein@gruene-os.de



Geburtsdatum:
26.06.1955

Kreisverband:
Osnabrück-Stadt

E-Mail:
klein@gruene-os.de

LSG3 Dr. Mareike Morgenstern

Tagesordnungspunkt: 8.3. Landesschiedsgericht

Selbstvorstellung

Ich möchte erneut für das Landesschiedsgericht kandidieren.

Aufgrund der Erfahrungen mit dem LSchG in der letzten Wahlperiode würde ich diesmal gerne etwas mehr Verantwortung als stellvertretende Vorsitzende und Beisitzerin übernehmen.

Ich bin Mitglied im KV Osterholz und habe mehrjährige Erfahrung in der Vorstandsarbeit. Als Richterin am Landessozialgericht sowie als Mutter von drei Kindern bin ich Verhandlungsführung und Entscheiden aber auch Mediiere und Ausgleichen gewohnt.

Aufgabe des LSchG ist der Schutz der innerparteilichen Ordnung. Diese ist für das Funktionieren von Regierungsbeteiligung oder Opposition, für eine starke Stimme in der öffentlichen Meinungsbildung und letztlich für die Wahrung der Demokratie unerlässlich. Dafür stehe ich ein und bitte um Eure Unterstützung meiner Kandidatur.



Geburtsdatum:
27.02.1983

Kreisverband:
Osterholz

Themen:
Rechtsstaatlichkeit, Demokratie,
Sicherheit, Recht

E-Mail:
mareike.morgenstern@hotmail.de

RP1 Christian Björn Schmutte

Tagesordnungspunkt: 8.4. Rechnungsprüfung

Selbstvorstellung

Hallo liebe Alle,

ich bin Christian Björn Schmutte aus dem Kreisverband Vechta, bin aufgewachsen und lebe am Dümmer See und bin bei den Grünen aktiv, seit sich die Ortsgruppe Dammer Berge in meinem Café „Koffje een Welt – das grüne Café“ im Jahr 2019 gegründet hat.

Da ich unmittelbar am Naturschutzgebiet „westliche Dümmerniederung“ lebe und die Veränderung des Moores durch die Wiedervernässung beobachten konnte, liegt mir vor allem dieses Thema am Herzen und hat mich für die politische Arbeit bei den Grünen motiviert.

Seit mein Café im März 2020 coronabedingt geschlossen wurde, und ich zwischen Wattenmeer (habe auf Wangerooge gearbeitet, während der Coronazeit) und Dümmerniederung gependelt bin, ist mein Engagement im politischen und ehrenamtlichen Bereich stark gestiegen. Ob bei den Grünen im Vorstand als Kassierer des KV Vechta, im Verein APG, als Integrations-, Ganztags- und Ferienbetreuung und in der Steuergruppe UN-Kinderrechtsschule einer Grundschule, oder in der Ukrainehilfe im Feb/März 2022, die eine Freundin in Damme organisiert hat.

Meine Motive bei den Grünen engagiert zu sein

Durch den gemeinsamen Wahlkampf BTW/21 und LTW/22 für Tanja Meyer (MdL), in Zusammenarbeit mit ihrer jetzigen Assistentin und unserer damaligen Vorsitzenden Rebekka Polster und mehr noch durch Sarah Czychowski, habe ich Mut und Lust bekommen, mich auf Stellenausschreibungen bei Mandatsträgern sowie von Kreis- und Landesverbänden und des Bundesverbandes der Grünen zu bewerben.

Die Hilfsbereitschaft und Art der Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Nds und BB, sowie in den Kreisverbänden, die ich durch meine Arbeit kennenlernen konnte, sind ebenfalls Motivation, innerhalb der Partei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN lernen, arbeiten und mitgestalten zu wollen.

Ich halte mich für relativ gut vernetzt, von der Ortsgruppe Dammer Berge, über den KV Vechta, bis zu einigen Vertretern auf Landes-, Bundes- und Europaebene und freue mich darauf, viele weitere Menschen kennenzulernen, die sich für Grünen-Themen einsetzen.

Seit Dezember 2023 konnte ich Erfahrungen als Wahlkampfreferent in den Wahlkreisen von Britta Hasselmann (KV Bielefeld), während der Europawahl und aktuell bei Annalena Baerbock (LV Brandenburg / KV Potsdam) sammeln.

Die Kombination aus einerseits hauptamtlicher (Wahlkampfreferent in Kreisverbänden mit Britta und Annalena inkl. der Arbeit beim Landesverband Brandenburg) und andererseits ehrenamtlicher Arbeit (Geschäftsführer, Kreiskassierer, Mitgliederbeauftragter und Freiwilligenmanagement im KV Vechta) plus der kaufmännischen Ausbildung, qualifiziert mich hoffentlich und ich würde mich sehr freuen, die Position des Rechnungsprüfers für die kommenden 2 Jahre zu besetzen.



Geburtsdatum:

30.06.1976

Kreisverband:

Vechta

Themen:

Finanzen

E-Mail:

christian@schmutte.com

Lebenslauf

bis aktuell:

Wahlkampfreferent für die BTW25 im Wahlkreis 61 (Annalena Baerbock) für den Landesverband Brandenburg

bis Juni 2024

Wahlkampfreferent für die Europawahl 2024 im KV Bielefeld

ehrenamtlich (seit Nov. 2022)

bis aktuell:

Kreisschatzmeister (und damit Vorstandsmitglied)

Geschäftsführer

Mitgliederbeauftragter

Freiwilligenmanagement

Ausbildung

kaufmännischer Angestellter (Zerhusen Kartonagen GmbH in Damme)

WA1 Humusaufbau zur Co2 - Reduzierung

Gremium: Kreisverband Diepholz
Beschlussdatum: 05.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Hiermit wird die Landesregierung beauftragt, deutlich zum Humusaufbau und -
2 erhalt beizutragen.
3 Die Landesregierung sollte im Interesse der Allgemeinheit Maßnahmen stärker
4 fördern, die zum Humusaufbau bzw. -erhalt beitragen. Es braucht ein faires und
5 transparentes Honorierungssystem für Bodenaufbau durch Landwirt*innen. Dieses
6 muss eine "Rückversicherung" enthalten, denn auch wenn Landwirte regenerative
7 Maßnahmen anwenden, aber der Humusaufbau langsamer vonstattengeht als gedacht,
8 oder sehr verzögert erst nach Jahren eintritt, müssen die Landwirt*innen für
9 ihre Mühen honoriert werden. Gleichzeitig darf das System kein Greenwashing
10 begünstigen und muss daher maximal transparent gestaltet werden. Unternehmen und
11 Privatleute, die Zertifikate erwerben, müssen über ein unabhängig geprüftes
12 Berechnungsportal nachweisen, dass sie ihren CO₂-Fußabdruck bereits maximal
13 gesenkt haben und nur noch "unvermeidbare" Emissionen kompensieren. Das Projekt
14 "Humus-Klima-Netz" muss ausgeweitet und für weitere Betriebe geöffnet werden.
15 Die Förderung dafür muss anhalten und es müssen noch ambitioniertere Maßnahmen
16 als die aus dem jetzigen Katalog gefördert und honoriert werden.

Begründung

Der jüngste Bericht des Weltklimarates IPCC stellt klar: Wenn die Erderhitzung auf 1,5 Grad begrenzt werden soll, müssen in diesem Jahrhundert mehrere Hundert Gigatonnen des Treibhausgases CO₂ aus der Atmosphäre entfernt werden. Die Anreicherung von Kohlenstoff in Form von Humus gehört zu den wenigen Klimaschutzmaßnahmen, die nicht nur Emissionen vermeiden, sondern diese sogar rückgängig machen können (negative emissionstechnology).

So geht das Umweltprogramm der UN davon aus, dass durch Humus mehrende Bewirtschaftungsmethoden jedes Jahr bis zu 4.8 Gt CO₂e gespeichert werden können. Darüber hinaus erhöht Humusaufbau die Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft gegenüber den Folgen des Klimawandels. Sie wirkt sich positiv auf die Biodiversität im Boden, auf die Wasserspeicherkapazitäten und damit auf den Hochwasserschutz sowie auf die Ertragsstabilität aus.

Mit der vom Bundeslandwirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen „Bodenzustandserhebung Landwirtschaft“ hat das Thünen-Institut im November 2018 erstmalig eine umfassende und repräsentative Inventur der organischen Kohlenstoffvorräte in den landwirtschaftlich genutzten Böden Deutschlands vorgelegt. Insgesamt sind hier über 2,6 Milliarden Tonnen Kohlenstoff gespeichert. Damit wird die große Bedeutung der Agrarböden für den Klimaschutz hervorgehoben.

Bei der genaueren Betrachtung zeigt die Bodenzustandserhebung jedoch auch eine bedenkliche Entwicklung: Trotz Cross-Compliance Bestimmungen (Erhaltung des Anteils der organischen Substanz im Boden, GLÖZ 6) und der Greening-Prämie im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik sowie durch verschiedene GAK bzw. ELER-Maßnahmen gefördert zeigen die Monitoring-Ergebnisse, dass es in den letzten zwei Dekaden in Deutschland zu keiner Steigerung des Humusanteils in landwirtschaftlich genutzten Böden gekommen ist. Ganz im Gegenteil wurde auf den Ackerflächen sogar ein Humusabbau

festgestellt, während in Grünlandböden der Humusvorrat in etwa gleichgeblieben ist. Mit dem Humus geht unseren Böden Fruchtbarkeit und Widerstandsfähigkeit gegen die Folgen der Klimakrise verloren.

Etwa die Hälfte der Fläche Deutschlands ist landwirtschaftlich genutzte Fläche. Sie bestand 2023 zu gut 70 % aus Ackerland, zu 28 % aus Dauergrünland. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland ist seit der vorangegangenen Landwirtschaftszählung 2010 um 12 % auf 263 500 Betriebe gesunken.

Dieser erschreckende Trend des „Bauernsterbens“ oder des Verschwindens der „bäuerlichen Landwirtschaft“ in Deutschland wird sich zukünftig fortsetzen, wenn die Betriebe weiterhin unter enormem wirtschaftlichem Druck stehen. Eine sehr herausragende Bedeutung würde dagegen eine stärkere Honorierung der Landwirtschaft für Umweltdienstleistungen einnehmen! Die Wirkung gezielter flächendeckender Maßnahmen in der Landwirtschaft wäre aufgrund der sehr großen Flächenanteile im Vergleich zu den meisten bisherigen Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen von enormer Tragweite. Die bestehenden landwirtschaftlichen Förderprogramme für Umwelt- und Ressourcenschutzmaßnahmen genügen offensichtlich bei weitem nicht, um die Betriebe ernsthaft zu motivieren, aktiver für Klima-, Boden- und Gewässerschutz sowie für die Erhaltung der Biodiversität einzutreten.

Bodenschutz hat eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung! Deshalb sollte die Bindung von CO₂ und die Klimaanpassung durch Humus gesellschaftlich bezahlt werden. Bodenanalysen würden einen Humus-Nachweis erbringen.

WA2 Tourismusland Niedersachsen stärken- prädikatisierte Kommunen nachhaltig unterstützen

Gremium: KV Wesermarsch
Beschlussdatum: 05.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Das Land Niedersachsen erfreut sich als Tourismusdestination großer Beliebtheit.
2 Um die gute Nachfrage zu erhalten und weiterhin attraktiv zu bleiben, ist es
3 unverzichtbar, dass die Tourismuskommunen kontinuierlich in ihre Infrastruktur,
4 die
5 während der Saison manchmal von doppelt so vielen Gästen wie Einwohner:innen in
6 Anspruch genommen wird, investieren. Dieses wird angesichts der erwarteten
7 schwierigeren Haushaltslage in zahlreichen Kommunen immer problematischer,
8 zumal Einnahmen aus Gästebeiträgen, Tourismusbeiträgen und anderen Beiträgen
9 laut NKAG nur für bestimmte Zwecke eingesetzt werden dürfen.

10
11 Gerade die prädikatisierten Tourismuskommunen müssen einen hohen Aufwand
12 betreiben, um regelmäßig die Anforderungen des Landes Niedersachsen für das
13 jeweilige Prädikat zu erfüllen.
14 Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen haben frühzeitig erkannt, dass eine
15 nachhaltige positive Entwicklung des Tourismus ohne Unterstützung der
16 Tourismuskommunen gefährdet ist. Nachdem entsprechende Forderungen in das
17 Landtagswahlprogramm Eingang gefunden hatten, wurden auch Vereinbarungen in
18 den Koalitionsvertrag mit der SPD aufgenommen. Dort heißt es:
19 „Wir werden die Tourismusförderung weiterhin sicherstellen. Dabei wollen wir die
20 Spielräume für eine ganzheitliche Förderung schaffen, indem wir gezielter
21 Fördermittel der EU und des Bundes einwerben.

22
23 Unsere Tourismuskommunen wollen wir finanziell besser ausstatten und dabei ein
24 besonderes Augenmerk auf die zertifizierten Tourismuskommunen legen.“
25 Für das Haushaltsjahr 2024 haben die Fraktionen von SPD und Grünen 2 Millionen
26 Euro über die politische Liste in den Landeshaushalt eingestellt, die einen
27 ersten
28 Schritt zur Unterstützung der prädikatisierten Tourismuskommunen darstellen.
29 Diese Mittel sollen ausschließlich den hochprädikatisierten Kommunen zu Gute
30 kommen, nicht aber den prädikatisierten, die ebenfalls erhebliche Anforderungen
31 des Landes erfüllen müssen.

32
33 Die LDK Celle erkennt die ersten Schritte der rot-grünen Landesregierung zur
34 Unterstützung der zertifizierten Tourismuskommunen an. Sie fordert darüber
35 hinaus eine Ausweitung der Förderung auf alle vom Niedersächsischen Ministerium
36 für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung prädikatisierten
37 Tourismuskommunen in Niedersachsen sowie eine deutliche Anhebung der dafür
38 bereit gestellten Landesmittel auf mindestens 15 Millionen €.

WA3 Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im (Vereins-)Sport

Gremium: Landesarbeitsgemeinschaft Sport
Beschlussdatum: 24.10.2024
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen übernehmen das von der
2 Landesarbeitsgemeinschaft Sport am 24.10.2024 beschlossene Positionspapier
3 "Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im (Vereins-)Sport":

4 Der Rechtsextremismus versucht mit seiner menschenverachtenden Ideologie in die
5 Breite der Gesellschaft vorzudringen und verzeichnet nicht nur ausweislich der
6 Zustimmung zur AfD dabei inzwischen beträchtliche Erfolge. Dabei versuchen die
7 Rechtsextremen zumindest in der alten Bundesrepublik weitgehend auf eine
8 gewaltvolle Raumnahme und Einschüchterung zu verzichten. Vielmehr verfolgen sie
9 eine Strategie des „Wolfs im Schafspelz“ und dringen so zunächst in Vereine vor
10 oder nutzen bestehendes Engagement, um ihre Ideologiefragmente einzuspeisen.

11 Der Vereinssport ist immer schon ein Querschnitt der Gesellschaft gewesen und
12 soll es auch bleiben. Vereine fördern die Gemeinschaft, bilden Vielfalt ab und
13 funktionieren primär durch sehr starkes ehrenamtliches Engagement. Um einen
14 Querschnitt der Gesellschaft darstellen zu können, ist und bleibt es wichtig,
15 unterschiedliche, auch widerstreitende Meinungen in Vereinen abzubilden,
16 auszuhalten und zu diskutieren. Das heißt aber auch, die Grenzen zu definieren
17 und zu verteidigen, wo ein Meinungsbeitrag oder Grundeinstellungen in
18 menschenverachtende, antisemitische, queerfeindliche und vor allem
19 verfassungsfeindliche Positionen abdriften. Diese können und dürfen auch in
20 unseren Sportvereinen keinen Platz haben! Kein Platz für Rassismus braucht nicht
21 nur das Bekenntnis, sondern muss auch aktiv gelebt werden. Die Neue Rechte
22 versucht aber eben jene rassistischen, menschenfeindlichen, chauvinistischen
23 Ideologiefragmente langsam zu normalisieren. Dabei verhilft es den Akteur*innen
24 zu mehr gesellschaftlicher Akzeptanz, wenn sie nicht nur von der
25 sprichwörtlichen Außenlinie in das Geschehen einzugreifen versuchen, sondern
26 wenn sie dabei mit auf dem Platz stehen.

27 Die Neue Rechte als („intellektueller“) Versuch, den Rechtsextremismus zu
28 modernisieren, tritt dabei längst nicht mehr so brachial auf, wie die
29 Bomberjacken- und Springerstiefel-Neonazi der Neunziger Jahre, sondern er gibt
30 sich bürgerlich, engagiert, mitfühlend, kümmernd, bedacht. Durch sportliches wie
31 ehrenamtliches Engagement in den Vereinen versuchen Akteur*innen der Neuen
32 Rechten als die Guten, die Engagierten und die Helfen gesehen zu werden. Dabei
33 muss klar sein: Egal wie viel Engagement eine Person bringt, es macht kein
34 menschenverachtendes Weltbild gut! Bei allen Herausforderungen, vor denen der
35 Sport und die Sportvereine stehen, Ehrenamt, FSJ, Altersstruktur usw., dürfen
36 wir es dennoch nicht zulassen, dass radikal Rechte, menschenfeindliche
37 Positionen über den Vereinssports normalisiert werden können.

38 Mahnen kann uns hier die Geschichte: Die von der Diskriminierung, Ausgrenzung
39 und tödlichen Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Sport, die Stadien der DDR
40 als jene Orte, an denen schon in den 80er Jahren Hitlergruß und Sieg Heil rufe
41 aufkamen, rechter Kampfsport, der für den Tag X vorbereitet. Der Vereinssport

42 darf kein Katalysator der Rechten werden, im Gegenteil. Vereinssport ist
 43 schließlich eine wichtige Schule der Demokratie: Sport sei, so der
 44 österreichische Journalist Wolfgang Weisgram, der kleine Bruder der Demokratie.
 45 „Ein jüngerer, etwas verschrobener, jedenfalls verspielter und zuweilen
 46 ordentlich über die Stränge schlagender Bruder.“ Aber, „beide spielen nach
 47 denselben Regeln.“ Die Vermittlung von Fairness und Respekt, Teamplay und
 48 Rücksichtnahme, aber auch Wettbewerb, der Kampf um Millimeter, Sekunden, die
 49 größere Zahl auf der Anzeigentafel & nicht zuletzt die Sozialisation im Verein
 50 und in Verbänden. Mitbestimmung, formell, informell. Keine Macht den Drogen,
 51 Nazis raus aus den Stadien, pro Anti-Rassismus. (Vereins-)Sport ist Schule, ist
 52 Partner im Kampf um eine wehrhafte Demokratie! Wir müssen uns radikal rechten
 53 Ideologie entschlossen entgegenstellen, die demokratischen Brandmauern
 54 verteidigen und unsere Vereine schon jetzt vor einer potenziellen Übernahme
 55 schützen!

56 Und weil der Kampf gegen rechte Vereinnahmung nicht allein einer der wehrhaften
 57 Einstellung ist, sondern auch ein ganz praktischer sein kann, gilt es die
 58 Instrumente klar zu haben. Das schärfste Schwert eines jeden Vereins ist dessen
 59 Satzung. Und an genau dieser muss angesetzt werden. Viele Vereine führen schon
 60 jetzt in ihrer Satzung einen Paragraphen in welchem sie sich offiziell als
 61 überkonfessionell und/oder unpolitisch bzw. neutral positionieren. Dabei: Anders
 62 als bei Fragen des Glaubens kann und darf es keine Neutralität gegenüber unserem
 63 Grundgesetz geben, keine Neutralität gegenüber den Feinden unserer Verfassung.
 64 So richtig es ist, sich als Sportverein parteipolitisch neutral aufzustellen, so
 65 falsch wäre es, bei der Frage nach der Wehrhaftigkeit der Demokratie an der
 66 Seitenlinie zu stehen. Hier gehören, ohne die Vereine politisieren zu wollen,
 67 die Sportverein mitten auf den Platz, auf die Matte, in die Halle, ins
 68 Vereinsheim und in den Mannschaftsbus.

69 Mit diesem Selbstverständnis, das wir als grüne LAG gern unterstützen wollen,
 70 schützen sich die Vereine davor, von Rechtsaußen missbraucht zu werden. Dazu ist
 71 eine Satzungsänderung, welche rassistische und weitere menschenfeindliche
 72 Positionen ausschließt, nicht nur ein gut gangbarer Weg, sondern mutmaßlich ein
 73 zwingend notwendiger! Denn über solche Satzungen können alle Vereinsmitglieder
 74 ein gutes Rüstzeug und Rückenwind für Debatten bekommen und Menschen, welche
 75 durch menschenverachtende Positionen auffallen, in letzter Konsequenz auch aus
 76 dem Verein ausgeschlossen werden. Denn ein Verein sollte immer ein Ort für alle
 77 sein. Niemand darf aufgrund seiner Konfession, Herkunft, Sexualität o.ä.
 78 ausgeschlossen werden.

79 Selbstwirksamkeit, Demokratie lernen, Respekt und Resilienz, Integration und
 80 Diversität sind und bleiben selbstverständlicher Teil des Breiten- &
 81 Spitzensports.

82 Ein Beispiel für eine solche Satzungsergänzung findet ihr hier: Der Verein
 83 verhält sich parteipolitisch und konfessionell neutral und steht zur
 84 freiheitlich demokratischen Grundordnung. Er bekennt sich zu den Grundsätzen der
 85 Menschenrechte. Er tritt rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen
 86 Bestrebungen, sowie diskriminierenden oder menschenverachtenden
 87 Verhaltensweisen, insbesondere aufgrund der Nationalität, Abstammung, ethnischer
 88 Zugehörigkeit, Religion, des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Identität
 89 oder einer Behinderung aktiv entgegen.

90 Verantwortung tragen muss aber auch das Umfeld der Vereine. Schließlich sind
91 Vereine immer auch Teil einer gesamten Öffentlichkeit und natürlich auch
92 vielfältig eng mit der Öffentlichkeit verwoben und mit Fördermittelgebenden und
93 Unterstützungsnetzwerken verbunden und natürlich auch professionell organisiert.
94 Seitens der Politik, des Landessportbundes, Sponsorenetzwerken etc. kommt auch
95 diesen der Auftrag zu, in den Vereinen wortwörtlich nach den Rechten zu sehen,
96 um so ausschließen zu können, dass rechtsextreme Netzwerke aus ihren Mitteln zu
97 finanziert werden. Diese klare Haltung dann auch so öffentlich zu kommunizieren,
98 ist dabei von großer Bedeutung. Dabei bleibt die beschriebene Problematik, dass
99 eine solche Einmischung rechtsextremer Akteur*innen oft recht unauffällig
100 passiert. Deshalb ist eine Überprüfung und Ablehnung von privaten
101 demokratiefeindlichen Sponsorengeldern dringend erforderlich, umso eine dadurch
102 entstehende Abhängigkeit zu unterbinden. Eine Information an den Landessportbund
103 durch den Vereinsvorstand kann dazu beitragen auch andere Vereine vor möglicher
104 rechter Einflussnahme zu schützen. Die Positionierung des Landessportbundes
105 Niedersachsen zum „Umgang mit antidemokratischen, populistischen und
106 extremistischen Parteien, Gruppierungen, und Akteurinnen und Akteuren“ vom
107 21.02.2024
108 ([https://www.lsbniedersachsen.de/fileadmin/daten/bilder/Presse/LSB_SJ_Positionie-](https://www.lsbniedersachsen.de/fileadmin/daten/bilder/Presse/LSB_SJ_Positionierung.pdf)
109 [rung.pdf](https://www.lsbniedersachsen.de/fileadmin/daten/bilder/Presse/LSB_SJ_Positionierung.pdf)) unterstützen wir ausdrücklich. Wir möchten den Landessportbund darin
110 bestärken, die dort beschlossenen Maßnahmen auch noch stärker in die Breite bzw.
111 in die Vereine zu tragen. Hier gilt es, auf allen Ebenen eng und intensiv
112 zusammenzuarbeiten und bei Auffälligkeiten sofort Konsequenzen zu ziehen.

113 Insgesamt bleibt eines klar: Wir müssen alle gemeinsam darauf achten, dass
114 Sport-(Vereine) nicht von Rechtsextremen unterwandert oder beeinflusst werden,
115 um über diese hoch anerkannten, bestens vernetzten und integrativ wirkenden
116 Strukturen in die Breite der Gesellschaft vorzudringen. Menschenhass gehört in
117 das Abseits gestellt, jederzeit, unmissverständlich und konsequent. Hierfür
118 müssen wir alle frühzeitig warnen, aufklären und vorbereiten. Wir handeln
119 gemeinsam für Vielfalt und Toleranz, damit unser Sport weiter als Schule der
120 Demokratie, als Motor der Integration und als Ort von Vielfalt funktioniert und
121 offen für alle bleibt!

WA4 Qualzucht-Kommission für Heimtiere gründen

Gremium: LAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 07.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Das Qualzuchtevidenznetzwerk (QUEN) wurde für seine Arbeit 2024 mit dem
2 niedersächsischen Tierschutzpreis ausgezeichnet und erhielt eine weitere
3 Förderung vom niedersächsischen Landwirtschaftsministerium für die Erstellung
4 von Merkblättern für erblich bedingte Erkrankungen bei einigen besonders
5 beliebten Hunderassen. Die Merkblätter sind als sachverständige Gutachten vor
6 Gericht anerkannt.

7 Wir, Bündnis 90/Die Grünen, fordern die zusätzliche Einrichtung einer Qualzucht-
8 Kommission (zunächst) für Heimtiere beim niedersächsischen Ministerium für
9 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML), um den für die
10 Durchsetzung des Qualzuchtverbots aus dem Tierschutzgesetz zuständigen
11 Veterinärämtern unabhängige wissenschaftlich begründete Expertise dauerhaft und
12 verlässlich zur Verfügung zu stellen.

13 Dabei sollen

- 14 1. die bereits erarbeiteten fachlichen Grundlagen des
15 Qualzuchtevidenznetzwerks (QUEN) dauerhaft integriert werden,
- 16 2. die bisherige unabhängige wissenschaftlich begründete Expertise weiter
17 durch die Besetzung mit anerkannten Fachwissenschaftlern sichergestellt
18 werden und
- 19 3. eine technische Unterstützung der fachlichen Arbeit durch eine
20 Geschäftsstelle erfolgen.

Begründung

Bereits seit 1986 besteht im Tierschutzgesetz ein Qualzuchtverbot. Als Qualzucht wird die Zucht mit Tieren bezeichnet, bei deren Nachkommen erblich bedingt Schmerzen, Leiden oder Schäden auftreten, weil Körperteile fehlen, untauglich sind oder umgestaltet wurden. Dieses Qualzuchtverbot konnte bisher nicht wirkungsvoll durchgesetzt werden. Stattdessen hat sich die Gesundheitssituation bei vielen rassemäßig gezüchteten Heimtieren, v.a. Hunden eher verschlechtert. Ein 1999 von der Bundesregierung veröffentlichtes Gutachten zur Auslegung des Qualzuchtverbotes bei Heimtieren ist inzwischen völlig veraltet.

Ohne aktuelle, fachlich abgesicherte und gebündelt zur Verfügung stehende Informationen zu Qualzucht kann jedoch das Qualzuchtverbot nicht umgesetzt werden. In dieser Situation hat es das privatrechtlich organisierte Qualzuchtevidenznetzwerks (QUEN) seit 2021 übernommen, Merkblätter, wissenschaftliche Stellungnahmen und Gutachten zur Konkretisierung von Qualzuchtmerkmalen zu erstellen und in einer Datenbank öffentlich zur Verfügung zu stellen.

Diese für die Durchsetzung des Qualzuchtverbots durch die Veterinärämter mittels Anordnungen oder in Gerichtsprozessen wesentliche Informationsgrundlage kann nicht längerfristig allein durch eine von

wenigen Einzelpersonen getragene privatrechtliche Organisation erarbeitet und bereitgestellt werden, sondern sollte zur dauerhaften Absicherung direkt an staatliche Strukturen angebunden werden.

Als Vorbild hierfür kann die österreichische Qualzuchtkommission dienen, deren Aufgaben auch gesetzlich verankert sind. In Deutschland würde Niedersachsen damit eine Vorreiterrolle übernehmen, denn eine Aktualisierung des Gutachtens der Bundesregierung zur Qualzucht bei Heimtieren ist nicht in Aussicht.

Mit der Einrichtung einer Qualzucht-Kommission (oder auch Qualzucht-Informationszentrum – QIZ) wird die standardisierte Bewertung von Qualzuchtmerkmalen bei Heimtierrassen sichergestellt, für die Veterinärämter besteht ein reduzierter Prüfaufwand, durch die staatliche Anbindung und wissenschaftliche Evidenz entsteht Rechtssicherheit und durch die gezielte Delegation wissenschaftlicher Bewertung erfolgt eine effiziente Nutzung von zeitlichen und personellen Ressourcen, Mehrfacharbeit bei gleichen Sachverhalten wird vermieden.

Mit einer niedersächsischen Qualzucht-Kommission wird auch das erklärte Ziel aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag von 2022, das Qualzuchtverbot voranzutreiben, entscheidend vorwärts gebracht.

Längerfristig kann die Arbeit der Qualzucht-Kommission auch auf die Qualzucht bei Nutztieren ausgeweitet werden. Aufgrund der damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen der Nutztierhaltung und Erzeugung tierischer Produkte handelt es sich dabei jedoch um ein komplexes Themenfeld.

WA5 Beitragsfinanzierung ÖPNV

Gremium: LAG MoVe (Mobilität und Verkehr)
Beschlussdatum: 01.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

- 1 Wir Grüne setzen uns für eine Beitragsfinanzierung des ÖPNV ein. Die
- 2 Landesregierung Niedersachsen bitten wir, die Einführung eines ÖPNV Beitrags zu
- 3 prüfen, der einen ÖPNV ohne Nutzungs-Entgelte und damit fahrscheinlos in
- 4 Niedersachsen ermöglicht. Die Beiträge sind zweckgebunden und dienen langfristig
- 5 einer sicheren Finanzierung der ÖPNV-Infrastruktur. Es soll geprüft werden, wie
- 6 die Beitragsfinanzierung für die Menschen in Niedersachsen in das
- 7 Deutschlandticket integriert werden kann.

Begründung

Ziel ist eine solidarische Finanzierung durch die Einführung eines ÖPNV-Beitrags, der den ÖPNV als Daseinsvorsorge sichert. Zugleich wird eine unkomplizierte fahrscheinlose Nutzung zunächst niedersachsenweit ermöglicht. Zusätzliche Einnahmen sichern Ausbau, Taktverbesserung und Maßnahmen zur Barrierefreiheit. Die Angleichung der Lebensverhältnisse wird nachhaltig verbessert und Mobilitätsarmut wird wirksam entgegengewirkt.

Zur Finanzierung:

Um Menschen in schlechter angebotenen Regionen nicht zu benachteiligen muss die Höhe des Beitrags an die Bedienqualität des ÖPNV gekoppelt werden.

Beispielrechnung unter folgender Grundlage für Niedersachsen:

Beitragszahlende sind alle über 18-Jährigen mit Ausnahme der Pflegebedürftigen und Schwerstbehinderten. Sie zahlen je nach Angebotsqualität (mäßig/mittel/gut) eine Beitragshöhe von 10€/20€/29€. Der Rechnung liegt außerdem ein Beitrag der Arbeitgeber*innen (ab mittlerer Bedienqualität 20€/pro Arbeitnehmer*in und Monat; betrifft ca 50% der Arbeitgeber*innen), eine Übernachtungspauschale für Menschen, die nicht in Niedersachsen wohnhaft sind, sowie eine Beitrag für Großveranstaltende (3 Euro pro Nacht bzw. Person) zu Grunde. Es werden Beiträge in Höhe von 1,61 Mrd. Euro erzielt. Die Ticketeinnahmen betragen 2022 lediglich 0,85 Mrd. Euro. Damit stehen jährlich 760 Millionen Euro Mehreinnahmen zur Verfügung.

Beitragszahlende (über 18 Jahre, keine Pflegebedürftigen)

3,5 Mio. Person/10€ = 120€/Jahr/Person = +0,42€ /Mrd./Jahr

1,74 Mio. Person/20€ = 240€/Jahr/Person = +0,42€ /Mrd./Jahr

0,58 Mio. Person/29€ = 348€/Jahr/Person = +0,20€ /Mrd./Jahr

Zwischensumme = 1,02€ /Mrd./Jahreseinnahmen

Arbeitgeberbeitrag 2,08 Mio. Beschäftigte in gut versorgten Gebieten. Beitrag je Person 20€ = +0,50€ /Mrd./Jahr

Übernachtungsgäste (ohne Niedersachsen) 30 Millionen 3€ pro Nacht = + 0,09€ /Mrd./Jahr

Gesamteinnahmen = 1,61€ /Mrd./Jahreseinnahmen

abzüglich der Ticketeinnahmen 2022 = 0,85€ /Mrd.

„Überschuss“ für Investitionsmaßnahmen gegenüber 2022 = 0,76€ /Mrd.

Die Summe dieser Einnahmen würde demnach die aktuellen Ticketeinnahmen weit übertreffen und deutliche Investitionen in den ÖPNV in Niedersachsen ermöglichen.

Zur konkreten Umsetzung:

Da der ÖPNV Ländersache ist, ist eine Einführung des fahrscheinlosen Nachverkehrs in einem einzelnen Bundesland der logische erste Zwischenschritt. Alternativ soll geprüft werden, wie auf Grundlage der Beitragsfinanzierung den Reisenden eine deutschlandweite Nutzung des ÖPNV möglichst ohne weitere Kosten ermöglicht werden kann, da die Mobilität der Menschen nicht an Landesgrenzen endet.

WA6 Die Sanierung des Westschnellwegs Hannover zur Blaupause für Partizipation und integrierte Verkehrsplanung machen

Gremium: LAG MoVe (Mobilität und Verkehr)

Beschlussdatum: 01.03.2025

Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Der Planungsprozess für das Planfeststellungsverfahren zur Sanierung des
2 Westschnellwegs in Hannover hat begonnen. Er ist Teil des Schnellwegsystems der
3 Landeshauptstadt, und muss wie andere Straßen und vor allem Brücken in
4 absehbarer Zeit saniert werden. Um Planungen zu verhindern, die als Grundlage
5 keinem definierten Ziel zukünftiger Mobilität unterliegen, müssen von Anfang an
6 klare Rahmenbedingungen und eine Zieldefinition geschaffen werden. Andernfalls
7 besteht die Gefahr, dass durch eine als Sanierung deklarierte Maßnahme ein
8 faktischer und fehlgesteuerter Ausbau dieser Stadtautobahn in einem dicht
9 besiedelten Gebiet erfolgt.

10 Der Landesverband Niedersachsen von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich bei der
11 Landesregierung und insbesondere dem Niedersächsische Ministerium für
12 Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung dafür ein, dass...

- 13 • die überregionale Bedeutung des Westschnellwegs überprüft wird:
14 Es soll eine unabhängige Evaluierung stattfinden, ob die Einstufung als
15 überregionale Verkehrsachse gerechtfertigt ist oder ob eine Umwidmung z.B.
16 zur Stadtstraße erforderlich ist.
- 17 • die Planungen ausgerichtet sind an den Zielen des
18 Verkehrsentwicklungsplans 2035+ der Region Hannover und nicht an
19 Verkehrsprognosen ohne Zielsetzungen:
20 Die Planungen müssen sich nach den gesetzten Zielen einer zukünftigen
21 Mobilitätsentwicklung richten, wie sie z.B. im Verkehrsentwicklungsplan
22 der Region Hannover 2035+ und dem Ziel der Klimaneutralität im
23 Verkehrssektor sowie den Verlagerungszielen hin zu mehr Bus, Bahn, Rad-
24 und Fußverkehr beschreiben werden. Der Einfluss von geplanten ÖPNV- und
25 Radverkehrsförderung sowie Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung müssen in die
26 Planung einfließen.
- 27 • der Beteiligungsprozess demokratisiert, frühzeitig und transparent
28 beteiligt und geführt wird:
29 Der bestehende Bürgerrat und das Dialogforum müssen verbindlich in den
30 Entscheidungsprozess eingebunden werden. Eine professionelle, unabhängige
31 Begleitung muss gewährleistet werden.
32 Alle Planungsvarianten und Gutachten müssen öffentlich zugänglich gemacht
33 werden. Die frühzeitige Beteiligung von Umwelt- und Verkehrsverbänden muss
34 sichergestellt werden. Stellungnahmen des Beteiligungsgremiums müssen in
35 den Planungen berücksichtigt und öffentlich beantwortet werden. Der
36 Entscheidungsspielraum darf sich nicht auf Details einer Planung
37 beschränken.
- 38 • die Sanierung folgender Priorisierung unterliegt:
39 Ein Ausbau auf Autobahnstandard oder eine Verbreiterung der Fahrbahnen

40 wird abgelehnt.
41 Verkehrssicherheitsmaßnahmen sollen vorrangig durch intelligente
42 Verkehrsführung, Kontrollen, Tempolimits und Fahrbahnoptimierungen
43 erfolgen, anstatt durch eine Kapazitätserweiterung.
44 Die Bedarfe des Stadtbezirkes wie mehr Grünflächen und weniger Barrieren
45 sind Leitlinien der Planungen.

Begründung

Der Westschnellweg in Hannover soll nicht mittels Verkehrsprognosen geplant werden. Diese Methode ist veraltet und führt nicht zu definierten Zielen, sondern eine solche Planung würde zu einer überdimensionierten Straße oder Autobahn führen, die zukünftige Bedarfe nicht abbildet oder sogar den Zielen entgegenwirkt. Außerdem würde eine Verbreiterung der Fahrbahn Zerstörung wertvoller Naturräume führen und die Lebensqualität der Stadtviertel verschlechtern. Um eine Wiederholung einer solchen Fehlplanung beim Westschnellweg zu verhindern, ist es notwendig, die oben genannten Punkte frühzeitig zu als Grundlage der Planungen zu berücksichtigen.

Der derzeitige Planungsprozess tendiert zu einseitigen Festlegungen zugunsten eines massiven Ausbaus und bringt somit erhebliche Risiken für eine gesunde und Lebenswerte Stadtentwicklung mit sich. Insbesondere der Beteiligungsprozess ist nicht demokratisch da das Beteiligungsgremium kein Stimmrecht hat und keine eigene Stellungnahme einbringen darf. Dies widerspricht den demokratischen Grundsätzen und den Ansprüchen an eine faire Bürgerbeteiligung.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine nachhaltige, verkehrssichere und umweltfreundliche Sanierung des Westschnellwegs ein, die im Einklang mit den Klimazielen Niedersachsens sowie den Prinzipien einer menschenfreundlichen Mobilität steht. Daher ist es notwendig, dass der Landesverband sich klar positioniert und Einfluss auf den weiteren Planungsprozess nimmt.

WA7 Koalitionsvertrag im Bereich Kultur weiter umsetzen

Gremium: LAG Kultur
Beschlussdatum: 08.03.2025
Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Mit dem Antrag „Kultur in Niedersachsen stärken“, den wir bei der letzten LDK
2 in Gifhorn einstimmig angenommen haben, wurde von uns ein erstes Bekenntnis zu
3 einer vielfältigen und kraftvollen Kultur gegeben. Nun gilt es, diesem
4 Bekenntnis weitere Schritte folgen zu lassen, denn wahr ist auch, dass viele der
5 im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele noch nicht erreicht sind und auch nicht
6 erreicht werden, wenn wir sie jetzt nicht mit viel Energie angehen.

7 Deshalb müssen wir dringend konkret werden.

- 8 1. Wir fordern die Landtagsfraktion auf, die Erarbeitung eines
9 Kulturentwicklungsplans in Zusammenarbeit mit den Kulturakteur*innen im
10 Land zu unterstützen und die Weiterentwicklung der Förderinstrumente
11 voranzutreiben.
- 12 2. Wir fordern die Landtagsfraktion außerdem auf, zu prüfen, in welcher Weise
13 eine verlässliche Kulturförderung erreicht werden kann trotz des immensen
14 Spardrucks. Insbesondere soll geprüft werden, ob dem Kulturfördergesetz
15 eine Präambel vorangestellt werden kann, die eine feste Mindestprozentzahl
16 vom Gesamthaushalt für den Kulturbereich definiert.
- 17 3. Wir fordern die Landtagsfraktion auf, zu prüfen, wie eine auskömmliche
18 Finanzierung der freien Kultur erreicht werden kann. Insbesondere soll
19 geprüft werden, ob die Ausgaben für die freie Kultur prozentual an die
20 Förderung der staatlichen Kulturträger gekoppelt werden kann.

Begründung

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir der niedersächsischen Bevölkerung und in besonderem den niedersächsischen Kulturschaffenden ein Versprechen gegeben. Dies gilt es so gut wie möglich einzulösen, nicht nur, obwohl wir gleichzeitig diverse globale Krisen zu bewältigen haben, sondern auch, weil wir davon überzeugt sind, dass eine starke Kultur unsere Gesellschaft gegenüber antidemokratischen Tendenzen resilienter macht.

Im Koalitionsvertrag steht: „Wir werden daher gemeinsam mit den Kultureinrichtungen im Rahmen eines Kulturentwicklungsplans Perspektiven und Ziele entwickeln, um Kunst und Kultur in Niedersachsen nachhaltig zu stärken und zu fördern. Zur nachhaltigen Sicherstellung und Weiterentwicklung der kulturellen Angebote werden wir das Kulturfördergesetz in einem breiten Beteiligungsprozess den aktuellen Erfordernissen anpassen. Wir wollen Förderinstrumente weiterentwickeln, sodass sie eine strukturellere und damit nachhaltigere Wirkung erzielen.“ Und „Angesichts der sich überlagernden Krisensituationen steht der Kulturbetrieb unter enormem wirtschaftlichem Druck und es herrschen Existenzängste. Wichtig sind daher verlässliche Rahmenbedingungen.“

Mit der Stärkung der freien Kultur können wir unser kulturpolitisches Profil schärfen und mit vergleichsweise wenig finanziellem Aufwand ein starkes Signal an die freien Kulturschaffenden senden,

dass wir ihre zuletzt während der Pandemie viel diskutierten Sorgen aufgrund der prekären Arbeitsbedingungen nicht aus dem Blick verloren haben.

WA8 Verbesserung der Rechte und Einbringungschancen von Studierenden in Niedersachsen

Gremium: GRÜNE JUGEND Niedersachsen

Beschlussdatum: 09.03.2025

Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1. Gleichstellung ausbauen und Diskriminierung vorbeugen

Demokratische Mitbestimmung in der Hochschulpolitik kann nur dann gelingen, wenn alle Statusgruppen gleichermaßen Gehör finden. Die derzeitige Praxis, dass in vielen Hochschulgremien alle Statusgruppen außer den Hochschullehrer*innen in wichtigen Entscheidungen übergangen werden können, wird unserer Demokratie und Mitbestimmungsverständnis nicht gerecht. Wir fordern auf Basis der rechtlichen Lage, die studentische Mitbestimmung strukturell zu fördern und Gremien Statusgruppen demokratischer zu gestalten.

Zudem sind die Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen von zentraler Bedeutung für die Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen und den Schutz vor Diskriminierung. Wir fordern daher, dass Gleichstellungsbeauftragte mit erweiterten finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden und eine umfassende Sensibilisierung für migrantische Lebensrealitäten ermöglicht wird. Nicht zuletzt haben die Nahostproteste an den Hochschulen auch gezeigt, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen für Antidiskriminierungsstellen ebenfalls nicht dem notwendigen Rahmen gerecht werden.

Außerdem ist die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle an allen niedersächsischen Hochschulen notwendig, um diskriminierende Erfahrungen von Studierenden wirksam entgegenzuwirken und zu bearbeiten. Aktuell sind die Angebote der einzelnen Hochschulen zu unterschiedlich und oft nicht ausreichend. Wir fordern daher, dass einheitliche Standards für die systematische Erfassung und Bearbeitung von Beschwerden von Studierenden eingeführt werden, basierend auf dem Hessischen Hochschulgesetz. Diese unabhängige Stelle muss für Studierende niedrigschwellig zugänglich und von der Lehre sowie Forschung unabhängig sein.

Forderungen:

Studentische Mitbestimmung strukturell fördern und Gremien Statusgruppen demokratisieren. Mehr Ressourcen und erweiterte Kompetenzen für die Gleichstellungsbeauftragten und Antidiskriminierungsstellen an Hochschulen. Ergänzung von § 5 Abs. 4 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes: „Die Hochschulen stellen die systematische Erfassung und Bearbeitung von Beschwerden Studierender nach einheitlichen Maßstäben sicher.“

2. Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags (Änderung § 11) und von Langzeitstudiengebühren (Änderung § 13)

Die finanzielle Lage von Studierenden hat sich verschlechtert und das Armutsrisiko erhöht. Wir fordern die Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags in Niedersachsen, wie es in anderen Bundesländern bereits umgesetzt wurde. Dieser Beitrag belastet besonders armutsgefährdete Studierende und mindert die Attraktivität des Wissenschaftsstandorts, da dies eine kurzfristige Maßnahme darstellt.

41 Bildung muss ein Grundrecht sein und darf keine finanziellen Hürden aufwerfen.
42 Langzeitstudiengebühren verschärfen soziale Ungleichheit. Besonders betroffen
43 sind Studierende aus nicht privilegierten Familien, die Pflegearbeit leisten,
44 psychisch erkrankt sind oder neben dem Studium arbeiten. Viele Bundesländer
45 haben Langzeitstudiengebühren abgeschafft – Niedersachsen sollte folgen. Vor
46 allem zum Masterstudiengang nach Niedersachsen gezogene Studierende zahlen oft
47 bereits zu Beginn ihres Studiums Langzeitgebühren, selbst wenn ihr Bachelor in
48 einem anderen Bundesland gebührenfrei war, jedoch die Regelstudienzeit zu weit
49 überschritten wurde.² Studierende, die in Niedersachsen ihren Abschluss machen,
50 fangen statistisch auch eher an hier einen Beruf auszuüben.

51 Forderung:

52
53 Abschaffung der Langzeitstudiengebühren bis spätestens 2026. Minimalziel muss
54 dabei die Verlängerung des Studienguthabens und Ausweitung der Anerkennung von
55 ehrenamtlichem Engagement gemäß § 12 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4-5 und die Abschaffung
56 des Verwaltungskostenbeitrags in Niedersachsen sein.

57 3. Verbesserung der Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte (Änderung §
58 33)

59 Die Arbeitsbedingungen für studentische Mitarbeitende an Hochschulen müssen
60 deutlich verbessert werden. Wir fordern Mindestvertragslaufzeiten von 24
61 Monaten, ein Einstiegsgehalt von 16,50 € sowie die Einführung von Lohnerhöhungen
62 nach Erfahrungsstufen, damit die Arbeit, die häufig existenziell für die Lehre
63 ist, gerecht entlohnt wird. Darüber hinaus muss die demokratische Mitbestimmung
64 der studentischen Beschäftigten in Personalvertretungen gesichert werden. Durch
65 die hohe Abhängigkeit gegenüber den facheigenen Professor*innen kommen die
66 geltenden Regelungen oft nicht zum Tragen, da diese ohne strukturelle
67 Unterstützung eingefordert werden müssen, wodurch sowohl der Studienerfolg als
68 auch die Weiterbeschäftigung gefährdet sind.

69 Forderung:

70 Einführung von bindenden Mindestvertragslaufzeiten, Einstiegsgehältern und
71 demokratischer Mitbestimmung für studentische Hilfskräfte. Schaffung und
72 Förderung von studentischen Personalräten an niedersächsischen Hochschulen,
73 beziehungsweise Einbindung in vorhandene Personalratsstrukturen.

Begründung

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen stellt sich solidarisch an die Seite der Studierenden in Niedersachsen. Deshalb stellen wir mit diesem Antrag mehrere Forderungen auf, die eine grundlegende Verbesserung der Studienbedingungen, der geschlechtergerechten Mitbestimmung und der sozialen Absicherung für Studierende in Niedersachsen zum Ziel haben.

WA9 Sondervermögen sinnvoll einsetzen: Verkehrswende, Bildung, Gesundheit, Soziale Teilhabe und Klimaschutz statt Autobahn- und Straßenneubau

Antragsteller*in: Leonhard Pröttel (KV Wolfenbüttel)

Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Der Landesverband Niedersachsen von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich dafür ein,
2 dass die Mittel von Sondervermögen sowie durch Sondervermögen freiwerdende
3 Mittel im Regelhaushalt sowohl im Haushalt des Bundes als auch der Länder und
4 Kommunen zielgerichtet in die nachhaltige Stärkung unserer Infrastruktur
5 fließen. Das bedeutet für uns, dass die Mittel in die Verkehrswende, Bildung,
6 Gesundheit, soziale Teilhabe und den Klimaschutz fließen müssen und zwar in
7 voller Höhe. Eine Mittelverwendung für den Straßenbau, insbesondere den Neubau
8 und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen lehnt der Landesverband ab.

Begründung

Mehr Mittel für Verteidigung und Infrastruktur, haben Bündnis 90/Die Grünen schon vor der Bundestagswahl gefordert. Am besten geht das mit einer Reform der Schuldenbremse.

Der Bedarf der Bundeswehr und der Bedarf für die Sanierung und Ertüchtigung unserer Infrastruktur ist enorm und erfordert in den nächsten Jahren große Kraftanstrengungen von Bund, Ländern, Kommunen und der Wirtschaft. Als Landesverband Niedersachsen von Bündnis 90/Die Grünen haben wir uns daher schon lange für eine Reform der Schuldenbremse eingesetzt.

Bündnis 90/Die Grünen konnte in der letzten Bundesregierung im Verkehrsbereich schon einen deutlichen Richtungswechsel durchsetzen. Z.B. werden Mittel aus der Autobahnmaut nun auch für die Bahn verwendet und es wurde ein Fokus auf Sanierung vor Neubau gelegt.

Diese Erfolge sind nun in Gefahr und es droht eine Rückabwicklung durch eine kleine GroKo, die wieder eine autozentrierte Politik anstrebt. Friedrich Merz hat bereits angekündigt, dass die Mittel aus der Maut wieder ganz in den Straßenbau fließen sollen und nicht mehr anteilig in die Bahn. Einige Sozialdemokraten setzen sich in Niedersachsen seit Jahren für den Autobahnneubau und gegen eine Stärkung der Bahn ein. Mit den Mitteln aus den Sondervermögen sollten keine Neubauten von Straßen und Autobahnen erleichtert werden.

Gleichzeitig ist die Bauwirtschaft mit einem Umsatz von 160 Mrd. p.a nicht in der Lage einen Aufwachs von ca. 50 Mrd. p.a. umzusetzen, ohne dass die allgemeinen Baukosten dadurch spürbar steigen würden. Fließen mehr Mittel in den Autobahnneubau, werden daher z.B. die Baukosten für Wohnungsbau auch deutlich steigen und die Wohnungskrise sich verschärfen. Es gilt also die Mittel aus den Sondervermögen zu fokussieren, auf solche Projekte die unser Land nachhaltig stärken: Z.B. Sanierung von Schulen, Krankenhäusern, sozialen Einrichtungen, die Ertüchtigung der Bahn und der soziale Wohnungsbau.

Durch die Sondervermögen wird es ermöglicht Kosten aus dem Regelhaushalt in die Sondervermögen zu verschieben und damit freiwerdende Mittel im Regelhaushalt zu generieren. Selbst wenn ein Sondervermögen die Finanzierung von Autobahnneubauten also nicht zulässt, würden diese dennoch erleichtert. Daher dürfen die Mittel für Autobahn- und Straßenneubau im Regelhaushalt nicht anwachsen, sondern müssen gekürzt werden, um Baukapazitäten für die Infrastruktursanierung freierwerden zu lassen.

Da neben dem Bundestag auch der Bundesrat einem Sondervermögen zustimmen muss, richtet sich unser Antrag an die Bundes- und Landespolitik.

Unterstützer*innen

Lennart Fahnenmüller (KV Harburg-Land); Stephan Christ (KV Cloppenburg); Frerk Meyer (KV Harburg-Land); Frauke Rösick (KV Wolfenbüttel); Ulf Dunkel (KV Cloppenburg); Marius Meyer (KV Cloppenburg); Mandy Tamme (KV Cloppenburg); Christoph Meier (KV Oldenburg-Stadt); Martin Trojahn (KV Cloppenburg); Nico Söhnel (KV Wolfenbüttel); Lennart Quiring (KV Verden); David Windisch (KV Braunschweig); Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel); Nadja Weippert (KV Harburg-Land); Julia Stock (KV Hannover); Johannes Höing (KV Braunschweig); Wiebke Ecke (KV Hannover); Jan Kruse (KV Hannover); Maria Angela Sanchez Fernandez (KV Harburg-Land); Henning Greulich-Funch (KV Hannover); Hagen Schink (KV Gifhorn); Eva Viehoff (KV Cuxhaven); Sonja Hesse (KV Harburg-Land); Florian Imbt (KV Braunschweig); Josef Efken (KV Peine); Claus-Dietrich Werner (KV Hannover); Frank Bosselmann (KV Wolfenbüttel); Jens Krumsieck (KV Braunschweig); Sven Schulenberg (KV Hannover); Torsten Schönebaum (KV Ammerland); Kai Brunzel (KV Braunschweig); Lisa-Marie Jalyschko (KV Braunschweig)

WA10 A 39 stoppen!

Antragsteller*in: Julia Verlinden (KV Lüneburg)

Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

Antragstext

1 Wir Grüne Niedersachsen stellen uns klar gegen den Autobahneubau der A 39
2 zwischen Lüneburg und Wolfsburg. Der Neubau widerspricht den bundesdeutschen
3 Klimaschutzziele, durchschneidet einen der größten zusammenhängenden Naturräume
4 in Deutschland und mehrere Natura-2000- und Naturschutzgebiete, zerstört
5 wertvolle landwirtschaftliche Fläche und steht für eine falsche
6 Prioritätensetzung bei der Ausgestaltung eines zukunftsfähigen
7 Verkehrsinfrastruktursystems.

8 Die A 39 würde bei einer Realisierung die dritte Nord-Süd Verbindung zwischen
9 der A 7 und der im Bau befindlichen A 14 bedeuten. Der vollständige Ausbau der
10 vorhandenen Bundesstraße 4 zu einer 2 plus 1 Straße ist eine sinnvollere,
11 kostengünstigere, rascher realisierbare sowie natur- und klimafreundlichere
12 Alternative zur A 39.

13 Sanierung vor Neubau – Mittel gezielt einsetzen:

14 Deutschland hat einen massiven Sanierungsstau bei seinen Verkehrswegen. Rund 400
15 Brücken an Bundesfernstraßen in Niedersachsen sind sanierungsbedürftig, davon
16 rund 150 Brücken in einen sehr kritischen Zustand. Dafür braucht es neben
17 ausreichend Finanzmitteln vor allem auch Personalkapazitäten bei der Planung und
18 Umsetzung.

19 Wir erwarten von der neuen Bundesregierung eine Priorisierung von Sanierung und
20 Erhalt vor Neubau. Gleichzeitig fordern wir den niedersächsischen
21 Verkehrsminister auf, bei der neuen Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die
22 Sanierung maroder Infrastruktur oberste Priorität hat und alle weiteren
23 Planungen für Autobahneubauten eingestellt werden.

24 Für Neubau der A 39 gibt es nach Kriterien des Verkehrsministeriums keine
25 Rechtfertigung mehr.

26 Während Bundesverkehrsministerium und Autobahn GmbH weiterhin planen wie eh und
27 je, sprechen immer mehr harte Fakten gegen die A 39: Das Projekt wird ständig
28 teurer, nun weist die Verkehrsprognose für 2040 gar deutlich weniger Kfz-
29 Bewegungen auf dieser Strecke aus als bisher angenommen. Beides sind belegte
30 Aussagen des BMDV.

31 Der vermeintliche „Nutzen“ und die stetig steigenden Kosten stehen – selbst mit
32 der von uns Grünen hinterfragten Berechnungsmethode des BMDVs – nicht mehr im
33 Verhältnis: die Kosten übersteigen den vermeintlichen Nutzen dramatisch – das
34 hat das BMUV kürzlich veröffentlicht.

35 Mehr Bahn statt Autobahn!

36 Mit der grünen Beteiligung im Bund haben wir 2023 den Finanzierungskreislauf
37 Straße beendet und verwenden nun einen wesentlichen Anteil der Einnahmen aus der
38 LKW-Maut für die Schiene. Unter Beteiligung der Grünen in der Bundesregierung
39 wurde erheblich mehr in die Schiene – und erstmalig auch mehr als in die Straße
40 investiert. Das war die Konsequenz der Ampel-Verabredung von 2021, bis 2030 die

41 Verkehrsleistung in Personenschienenfernverkehr zu verdoppeln und den
 42 Schienengüterverkehrsanteil auf 25 % zu erhöhen. Um auf dem Weg dorthin weitere
 43 Fortschritte zu erzielen, braucht es weiterhin verlässlich hohe Finanzmittel.

44 Gemeinsam für Klimaschutz und zukunftsfähige Mobilität:

45 Wir Grüne Niedersachsen sind an der Seite der Umwelt- und Naturschutzverbänden
 46 sowie zahlreicher Bürgerinitiativen, die sich seit über 20 Jahren erfolgreich
 47 gegen den Bau der A39 wehren.

48 Gegen den Planfeststellungsbeschluss in Abschnitt 1 (Lüneburg) und Abschnitt 7
 49 (Gifhorn) hat der BUND Klage eingereicht, um rechtlich klären zu lassen, ob der
 50 Bau generell – oder in der geplanten Form – überhaupt rechtens ist. Wir
 51 unterstützen diese Klage.

52 Wir Grüne wollen die Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den
 53 Erfordernissen der Mobilitätswende ausrichten: Während unser Schienennetz
 54 deutschlandweit einen leistungsfähigen Ausbau braucht, ist das Straßennetz
 55 bereits flächendeckend gut ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt
 56 Neubau. Dazu braucht es einen integrierten Bundesmobilitätsplan, der Basis für
 57 eine klimaneutrale, flächenschonende und sozial gerechte Mobilität bis 2045 ist.

58 Wir fordern den Bundesverkehrsminister und die künftige Bundesregierung auf:

- 59 • den Neubau der A 39 nicht weiter zu verfolgen, das Projekt aus dem
 60 Bundesverkehrswegeplan (BVWP) zu streichen und dem Bundestag ein
 61 aktualisiertes Fernstraßenausbaugesetz vorzulegen;
- 62 • bei Straßen den Erhalt und die Sanierung klar zu priorisieren – sowohl bei
 63 der Bereitstellung von Mitteln als auch hinsichtlich von
 64 Personalkapazitäten;
- 65 • bei der Schiene ausreichend Geld bereitzustellen für Sanierung, Erhalt,
 66 Reaktivierung, Digitalisierung, Barrierefreiheit, Aus- und Neubau, um die
 67 Kapazitäten auf der Schiene deutlich zu erhöhen;
- 68 • einen Bundesmobilitätsplan zu entwickeln, der die Einhaltung der
 69 europäischen und deutschen Klimaziele im Verkehrssektor gewährleistet.

Unterstützer*innen

Detlev Schulz-Hendel (KV Lüneburg); Pascal Mennen (KV Lüneburg); Daniel Kosak (KV Lüneburg);
 Stephan Christ (KV Cloppenburg); Gerhard Voss (KV Osterholz); Nadja Weippert (KV Harburg-Land);
 Aiden-Prince Diaz Salazar (KV Rotenburg/Wümme); Torsten Franz (KV Lüneburg); Christoph Meier (KV
 Oldenburg-Stadt); Maria Angela Sanchez Fernandez (KV Harburg-Land); Swantje Henrike Michaelson
 (KV Hannover); Ines Franckenberg (KV Lüneburg); Lennart Quiring (KV Verden); Lennart Fahnenmüller
 (KV Harburg-Land); Christian Uhrig (KV Lüneburg); Kai Herzog (KV Lüneburg); Frauke Rösick (KV
 Wolfenbüttel); Birthe Schmidt (KV Lüneburg); Ralf Gros (KV Lüneburg); Simon Gast (KV Osnabrück-
 Land); Anne-Friederike Kura (KV Osnabrück-Stadt); Michael Lühmann (KV Göttingen); Yvonne Gleditzsch
 (KV Lüneburg); Leonhard Pröttel (KV Wolfenbüttel); Pippa Schneider (KV Göttingen); Lisa-Marie
 Jalyschko (KV Braunschweig); Ellen Russow-Henning (KV Lüchow-Dannenberg); Henrike Rudolph (KV
 Göttingen); Eva Viehoff (KV Cuxhaven); Anna Sofie Budau (KV Lüneburg); Cornelius Hantscher (KV

Göttingen); Martin Lühmann (KV Lüneburg); Martin Trojahn (KV Cloppenburg); Frerk Meyer (KV Harburg-Land); Susanne Stobbe (KV Göttingen); Heiner Scholing (KV Uelzen); Ulf Dunkel (KV Cloppenburg); Marius Meyer (KV Cloppenburg); Juli Klippert (KV Hannover); Mandy Tamme (KV Cloppenburg); Friedhelm Feldhaus (KV Lüneburg); Moritz Niklas Meister (KV Lüneburg); Britta Kamp (KV Cuxhaven); Christian Schroeder (KV Gifhorn); Hagen Schink (KV Gifhorn); Karen Rabbe (KV Lüneburg); Christoph Behnke (KV Stade); Daniel Beer (KV Celle); Julia Stock (KV Hannover); Martin Kirschstein (KV Celle); Michael Jäger (KV Cloppenburg)